



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Raum Baden zwischen 1933 und März 1938.

Fallbeispiel Baden und Traiskirchen (Möllersdorf)“

Verfasserin

Veronika Oeller

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A190 313 299

Studienrichtung lt. Studienblatt: Lehramtsstudium UF Geschichte, Sozialkunde, Politische Bildung;  
UF Psychologie und Philosophie

Betreuerin / Betreuer: Univ.-Doz. Fr. Dr. Irene Bandhauer-Schöffmann



## **Danksagung**

Besonderen Dank an meine Eltern, für ihre Unterstützung, ihr Vertrauen und ihre Geduld. Ebenso bedanke ich mich bei meinen Freunden und Verwandten, die mich moralisch immer aufgebaut haben.

Herzlichen Dank an Univ.- Doz. Fr. Dr. Irene Bandhauer-Schöffmann für ihr Engagement bei meiner Betreuung für die Diplomarbeit.

Danke auch die Leiter und MitarbeiterInnen der verschiedenen Archive, die mir die Arbeit im Archiv erleichtert haben



# Inhaltsverzeichnis

1 EINLEITUNG.....	1
1.1 ÜBERBLICK ÜBER DIE POLITISCHE ENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH WÄHREND DER 1930ER JAHRE.....	4
2 WIRTSCHAFT UND KRISE.....	9
2.1 DER KURBETRIEB IN BADEN.....	11
2.2 CASINO.....	14
2.2.1 DIE CASINOERÖFFNUNG.....	18
2.3 TRABRENNBAHN.....	21
2.4 THEATER.....	22
2.5 KINO.....	23
2.6 DIE WIRTSCHAFT IN TRAIKIRCHEN.....	23
2.6.1 INDUSTRIEBETRIEBE.....	24
2.7 HAUSIEREREI.....	25
2.8 BETTELEI.....	26
2.9 REORGANISATION DES SOZIALWESENS.....	28
2.10 WINTERHILFE.....	29
2.10.1 VERARMUNG IN BADEN.....	32
3 POLITIK.....	33
3.1 BADEN.....	33
3.1.1 VERÄNDERUNG IN DER KOMMUNALEN POLITISCHEN STRUKTUR.....	34
3.1.2 DIE GEMEINDEVERTRETUNG BADEN VON 1933 BIS MÄRZ 1938 ANHAND DER SITZUNGS- PROTOKOLLE.....	35
3.1.2.1 THEMEN IM JAHR 1933.....	36
3.1.2.2 DER GEMEINDERAT BADEN NACH DEM VERBOT DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI.....	38
3.1.2.3 THEMEN IM JAHR 1935.....	39
3.1.2.4 THEMEN IM JAHR 1936.....	41
3.1.2.5 THEMEN VON 1937 BIS 3. MÄRZ 1938.....	41
3.1.3 BADENER GEMEINDEHAUSHALT UND GEMEINDEFINANZEN 1933 – 1938.....	42
3.1.4 DARLEHEN.....	44

3.1.5 BUDGET.....	45
3.1.5.1 BUDGET 1933 UND 1934 .....	45
3.1.5.2 BUDGET 1935 .....	46
3.1.5.3 BUDGET 1936 UND 1937 .....	47
3.1.6 FEBRUARUNRUHEN.....	48
3.1.7 JULIPUTSCH .....	48
3.1.8 DOLLFUßGASSE IN BADEN .....	48
3.1.9 BUNDESKANZLER SCHUSCHNIGGS BESUCH IN BADEN .....	49
3.2 TRAIKIRCHEN .....	50
3.2.1 DIE GEMEINDEVERWALTUNG .....	50
3.2.2 BÜRGERMEISTER IN TRAIKIRCHEN.....	54
3.2.3 FEBRUARKÄMPFE IN TRAIKIRCHEN.....	54
3.2.4 VERHAFTETE WIDERSTANDSKÄMPFER AUS TRAIKIRCHEN .....	55
3.2.5 DIE TRAIKIRCHENER GENDARMERIE IM EINSATZ GEGEN DIE FEBRUARKÄMPFER.....	57
3.2.6 AUFFORDERUNG AN DIE FEBRUARKÄMPFER.....	57
3.2.7 TRAGEN DES ABZEICHENS DER VATERLÄNDISCHEN FRONT .....	58
3.2.8 STADTRANSIEDLUNG.....	58
3.2.9 BAU EINES WOHNHAUSES ALS ARBEITSBESCHAFFUNG .....	59
3.2.10 UMBENENNUNGEN .....	59
3.2.11 VERLEIHUNGEN VON AUSZEICHNUNGEN AN BÜRGER AUS BADEN UND TRAIKIRCHEN .....	61
3.3 DIE KOMMENTARE DER BADENER ZEITUNG ZUM DOPPELVERDIENERGESETZ UND MUTTERTAG.....	62
3.4 DIE VATERLÄNDISCHE FRONT IN BADEN UND TRAIKIRCHEN .....	66
3.4.1 KUNDGEBUNGEN UND TÄTIGKEITEN DER VATERLÄNDISCHEN FRONT .....	66
3.4.2 FUNKTIONÄRE DER VATERLÄNDISCHEN FRONT IN BADEN UND TRAIKIRCHEN.....	68
3.5 DIE SOZIALDEMOKRATEN IN BADEN UND TRAIKIRCHEN .....	68
3.5.1 ANKLAGEN UND URTEILE GEGEN WIDERSTANDSKÄMPFER IN BADEN.....	69
3.5.2 AUFLÖSUNG VON VEREINEN IN BADEN, DIE DEN SOZIALDEMOKRATEN NAHESTANDEN .....	69
3.5.3 AUFLÖSUNG DES BETRIEBSRATS IN DER KAMMGARNSPINNEREI UND VON VEREINEN IN TRAIKIRCHEN .....	70
3.6 KOMMUNISTEN.....	71
3.6.1 URTEILE GEGEN KOMMUNISTEN AUS BADEN UND TRAIKIRCHEN .....	72

3.7 DIE NSDAP IN BADEN UND TRAIKIRCHEN.....	73
3.7.1 NATIONALSOZIALISTISCHE GEMEINDERATSMITGLIEDER IN BADEN .....	75
3.7.2 DIE ABERKENNUNG DER MANDATE DER NATIONALSOZIALISTISCHEN PARTEI.....	76
3.7.3 DIE GEMEINDEANGESTELLTEN.....	76
3.7.4 AUSEINANDERSETZUNGEN MIT DEN NATIONALSOZIALISTEN IN BADEN UND AKTIVITÄTEN DER NATIONALSOZIALISTEN .....	77
3.7.4.1 DER ANSCHLAG AUF DIE BADENER BAHN.....	78
3.7.4.2 SCHLÄGEREI UND SCHMIERAKTIONEN.....	78
3.7.5 NATIONALSOZIALISTEN IN BADEN.....	79
3.7.6 AUSBÜRGERUNG VON NATIONALSOZIALISTEN.....	80
3.8 LEGITIMISTEN.....	80
3.8.1 ADLIGE IN BADEN UND TRAIKIRCHEN .....	81
3.9 WICHTIGE POLITISCHE PERSONEN .....	82
3.9.1 DER BADENER BÜRGERMEISTER JOSEF KOLLMANN (1868 – 1951).....	82
3.9.2 DER NATIONALSOZIALISTISCHE BADENER GEMEINDERAT FRANZ SCHMID (1877 – 1953) .....	85
4 GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN, VERANSTALTUNGEN UND VERKEHRSENTWICKLUNG.....	87
4.1 KIRCHENGEMEINDEN IN BADEN UND TRAIKIRCHEN .....	87
4.2 JÜDISCHE GEMEINDE BADEN.....	90
4.3 VERANSTALTUNGEN.....	93
4.3.1 TISCHTENNISMEISTERSCHAFT IN BADEN .....	93
4.3.2 AKTIVITÄTEN DES VEREINS „BEETHOVENGEMEINDE“ .....	94
4.3.3 BEISPIELE WEITERER VERANSTALTUNGEN .....	98
4.3.4 VERANSTALTUNGEN DER VATERLÄNDISCHEN FRONT.....	98
4.3.5 TRAIKIRCHEN .....	99
4.4 VERKEHRSENTWICKLUNG IM RAUM BADEN.....	100
4.4.1 INDIVIDUALVERKEHR UND DIE ZUNAHME DER KRAFTFAHRZEUGE.....	100
4.4.2 ÖFFENTLICHER VERKEHR.....	101
5 CONCLUSIO .....	106
6 ANHANG.....	112
6.1 VEREINE.....	112
6.1.1 VEREINE IN BADEN .....	112

6.1.2 VEREINE IN TRAIKIRCHEN UND MÖLLERSDORF .....	113
6.2 DIE BADENER ZEITUNG ALS QUELLE .....	114
6.2.1 AUFBAU DER ZEITUNG .....	115
7 INTERVIEWS.....	117
7.1 BADEN.....	117
7.2 TRAIKIRCHEN .....	120
7.3 RESÜMEE ZU DEN INTERVIEWS .....	127
8 ABSTRACT .....	128
9 ABSTRACT (ENGLISCH).....	130
10 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS .....	131



# 1 Einleitung

Diese Arbeit zum Thema „Raum Baden“<sup>1</sup> beschäftigt sich mit der Zeit des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes und beschreibt, welche Auswirkungen das autoritäre Regime auf regionaler Ebene hatte. Als Fallbeispiele dienen dabei die Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen. Warum eine Gegenüberstellung dieser beiden Gemeinden für die historische Forschung interessant ist, lässt sich unschwer erkennen.

Die Bevölkerung der Kurstadt Baden gehörte in den 1930er-Jahren großteils der bürgerlichen Schicht an. Die Stadtgemeinde Baden glänzte mit Prachtbauten und erfreute sich in guten Zeiten an zahlungskräftigen Kurgästen. Im Gegensatz dazu lebten im Traiskirchen der 1930er-Jahre überwiegend Arbeiter- und Bauernfamilien. Das Stadtbild war nicht von Villen und Prunkbauten, sondern von Zweckbauten, Fabriken sowie Feldern geprägt.

Die Ära des autoritären Regimes ist in beiden Orten noch wenig erforscht<sup>2</sup>, weswegen es aus regionalgeschichtlicher Sicht noch sehr viel zu berichten gäbe. Diese Arbeit beschränkt sich aber vornehmlich auf die Bereiche der Wirtschaft und Politik.

Die Recherchearbeit für diese Diplomarbeit begann mit einer langwierigen Archivarbeit im Stadtarchiv von Baden und Traiskirchen.

Die Archivarbeiten waren nicht immer leicht, da nicht in beiden Stadtgemeinden die gleichen Bedingungen herrschten beziehungsweise die Quellen unterschiedlich gut erhalten waren. Im Traiskirchener Archiv ist, bedingt durch einen Brand im Zweiten Weltkrieg, nur noch wenig über die Zeit 1933 – 1938 erhalten geblieben, in Baden hingegen hat man schon durch das lokale Blatt, die Badener Zeitung, eine umfangreiche historische Quelle, die auch von Zeit zu Zeit über die Aktivitäten in Traiskirchen berichtete. Diese Zeitschrift wurde systematisch von 1933 bis 1938 ausgewertet.

Ein weiteres Problem bei der Archivarbeit war, dass viele der Dokumente unvollständig waren, wodurch einige der Archivfunde für diese Arbeit unbrauchbar wurden.

---

<sup>1</sup> Als Bezirk erstreckt sich Baden im Südosten Niederösterreichs über 573,43 km<sup>2</sup>. Vgl. Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 4: Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Niederösterreich (Wien 1935) 4

<sup>2</sup> Rudolf Biegler, Franz Schlögl, Die Stadt Traiskirchen 2007. Festschrift, zur Erinnerung an die Stadterhebung am 30. Mai 1927 (Traiskirchen 2007); Kornelius *Fleischmann*, Baden 1918-1948. 30 Jahre im Spiegel der Badener Zeitung (Baden 1979)

Über den Raum Baden in den 1930er Jahren liegen einige lokalgeschichtliche Arbeiten vor. Diese vorhandenen Schriften beschreiben die Zeit der 1930er Jahre in den Gebieten der Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen, aber meist nur sehr kurz oder sie sind nicht in einer für eine wissenschaftliche Arbeit geeigneten Form verfasst. Das heißt nicht, dass sie generell ungeeignet wären, aber es bedurfte vielfach einer Überprüfung durch das Quellenmaterial.

### *Problem- und Fragestellungen*

Dadurch, dass die Stadtgemeinde Baden vor 1934 einen Christlichsozialen Bürgermeister hatte, hatte sie einen gänzlich anderen Ausgangspunkt für die Entwicklungen in der Zeit des autoritären Regimes als die zuvor sozialdemokratisch regierte Stadtgemeinde Traiskirchen. Außerdem hatte Baden im Gegensatz zu Traiskirchen wenig Industrie und lebte vor allem vom Tourismus. Traiskirchen hatte, wie oben erwähnt, neben den Bauernbetrieben in erster Linie einige große Industriebetriebe, wie die Kammgarnspinnerei und die Gummifabrik Semperit.

Über die Schwerpunkte „Wirtschaft“ und „Politik“ ergibt sich nun eine Reihe von Fragen: Welche Möglichkeiten hatten die Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen, um die regionale Wirtschaft zu beleben? Wie sah die „Neugestaltung“ der Gemeinden im autoritären Regime aus? Welche politisch-personellen Veränderungen gab es? Wie sah der Widerstand auf der regionalen Ebene aus? Was geschah mit politischen Gegnern beziehungsweise wie behandelte man diese?

Beschäftigt man sich mit zwei so großen Themenbereichen wie mit Politik und Wirtschaft, so ist es unumgänglich, dass man diese auch in einen Kontext setzt – einerseits miteinander, da sich Politik und Wirtschaft gegenseitig stark beeinflussen, und andererseits mit Themen, die nicht unmittelbar mit jenen großen Punkten zusammenhängen.

Daher enthält diese Arbeit ein drittes großes Kapitel „Religionsgemeinschaften, Veranstaltungen und Verkehrsentwicklung“, das diese Lücken schließen soll. Wichtige Themen sind dabei die katholische Kirche sowie die jüdische Gemeinschaft. Welche Stellung hatten sie? Und welche Veränderungen durchlebten sie in der Zeit des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes? Weiters sind Veranstaltungen als politische Propaganda, aber auch im wirtschaftlichen Kontext, hier in erste Linie für den Kurort Baden, von Bedeutung. Der letzte Punkt, gilt der Darstellung des Verkehrs im Raum Baden. Dieser war durch seine rasche Entwicklung von privaten und öffentlichen Fahrzeugen vor allem für den Kurort Baden wichtig. Welche

Möglichkeiten brachte diese Entwicklung für den Fremdenverkehr? Welche neuen Probleme ergaben sich daraus?

## 1.1 Überblick über die politische Entwicklung in Österreich während der 1930er Jahre

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs änderte sich die Politik in Österreich grundlegend. Die Demokratie ersetzte das bisherige System der Monarchie. Die politischen Vertreter wurden nun demokratisch durch freie Wahlen vom Volk bestimmt. Viele der nun wählbaren Parteien waren bereits in der Monarchie entstanden, konnten aber erst nach 1919 ihre politischen Ambitionen ernsthaft umsetzen.

Die beiden stärksten Parteien in der Ersten Republik waren die Sozialdemokraten und die Christlichsozialen, die zu Beginn als Koalition regierten, welche aber bereits 1920 zerbrach. Danach verblieben die Sozialdemokraten trotz ihrer zunehmenden Stärke – 1930 waren sie die stimmen- und mandatsstärkste Partei – in der Opposition. Hintergrund für diese Haltung waren die großen Differenzen zwischen der sozialdemokratischen Ideologie und der Christlichsozialen.<sup>3</sup>

In den ersten Jahren nach dem Krieg mangelte es in Österreich an allem. Dazu kamen noch die Plünderungen durch Soldaten, die auf ihrem Weg in die Heimat durch Österreich zogen. Das österreichische Militär, das durch den Vertrag von Saint Germain auf ein fixes Heer von 30.000 Soldaten beschränkt war, konnte kaum etwas ausrichten. Es gab aber noch viele Waffen und viele ehemalige Frontkämpfer, die sich zu regionalen Schutztruppen zusammenschlossen, um die Bevölkerung vor den Plünderern zu schützen. Aus diesen Frontkämpferverbänden entstanden die Heimwehren, als Reaktion darauf begründeten auch die Sozialdemokratische Partei eine Parteiarmee, den Republikanischen Schutzbund. Die faschistischen Heimwehren wurden von den Christlichsozialen unterstützt.

Als eigene Partei jedoch hatte die Heimwehr nach einer kurzen Blüte zwischen 1927 und 1929 zunehmend weniger Erfolg, wie man an dem schlechten Wahlergebnis von 1930 deutlich erkennen kann. 1930 legten die Heimwehren den „Korneuburger Eid“ ab, in dem sie die parlamentarische Demokratie verwarfen und sich für einen faschistischen Staat aussprachen.<sup>4</sup>

Das Datum, welches in gewisser Weise als ein Wegbereiter für das autoritäre Regime gesehen werden kann, ist der 24. Oktober 1929, der Beginn der Weltwirtschaftskrise. Man darf sich

---

<sup>3</sup> Emmerich Tálos, Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus, Politik- Ökonomie- Kultur 1933-1938 (Wien <sup>5</sup>2005) 7

<sup>4</sup> Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, 7-11, 14

nicht der falschen Annahme hingeben, dass dies der alleinige entscheidende Moment war, denn die Auswirkungen der Krise waren nicht sofort und überall gleich zu spüren und eine Wirtschaftskrise bedeutet nicht zwangsläufig eine Hinwendung zu autoritären Regierungsformen.<sup>5</sup>

Erst mit den 1930er-Jahren und dem Zusammenbruch der Creditanstalt traf die Wirtschaftskrise auch Österreich mit ganzer Kraft, und es kam zum Anstieg der Arbeitslosigkeit, die dazu führte, dass immer mehr Geld für die Arbeitslosenhilfe ausgegeben wurde. Die Christlich-soziale Regierung hätte aber gerne gerade bei den, ihrer Meinung nach, zu vielen Sozialleistungen gespart, konnte dies aber aufgrund der Opposition nicht. Die so veränderte und verschärfte wirtschaftliche Situation schaffte den Nährboden für eine Radikalisierung der politischen Bewegungen.<sup>6</sup>

Im Mai 1932 schied die Großdeutsche Volkspartei aus der Koalition aus. Die Regierungskoalition unter Bundeskanzler Dollfuß setzte sich damit aus den Christlich-sozialen, dem Landbund und den faschistischen Heimwehren zusammen. Durch das Ausscheiden der Großdeutschen Volkspartei war die Koalition nur noch mit einem Mandat in der Mehrheit, aber das war nicht das einzige Problem der Regierung. 1933 übernahmen die Nationalsozialisten in Deutschland die Führung und auch in Österreich gewannen sie an Popularität. Dazu kam, dass sich ehemalige Wähler der ausgeschiedenen Großdeutschen Volkspartei mehr von der NSDAP angesprochen fühlten. Die bürgerliche Regierung unter Bundeskanzler Engelbert Dollfuß machte sich nicht zu Unrecht Sorgen, von den Nationalsozialisten überholt zu werden. In dieser Situation nützte Dollfuß einen Formfehler im Nationalrat, um das Parlament auszuschalten.<sup>7</sup>

Im Parlament kam es am 4. März 1933 zu einer Sitzung, in der der Nationalrat über die Gehälter der Bahnangestellten diskutierte. Die Situation war sehr angespannt und als bei der Abstimmung den Sozialdemokraten eine Stimme fehlte, trat der sozialdemokratische Nationalratspräsident Karl Renner zurück, um an der Abstimmung teilnehmen zu können. Dies taten jedoch auch die beiden anderen Nationalratspräsidenten. Damit gab es niemanden, der die Sitzung formell hätte schließen können. Dass so etwas passieren würde, damit hatte keiner gerechnet. Es war daher ein Zufall, dass die Versammlung nicht korrekt aufgelöst wurde – ein Zufall, der von Bundeskanzler Dollfuß genutzt wurde, um den Nationalrat aufzulösen. Die Nationalratsabgeordneten versuchten zwar noch am 15. März 1933, die

---

<sup>5</sup> Walter *Manoschek*, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, 12

<sup>6</sup> Walter *Manoschek*, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, 11-13

<sup>7</sup> *Lehner*, Verfassungsentwicklung. In: Emmerich *Tálos* (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 53

Sitzung ordnungsgemäß zu beenden, wurden aber von 200 Beamten daran gehindert, in das Parlament zu gelangen. Bundeskanzler Dollfuß sprach von einer „Selbstausschaltung“ des Parlaments. De facto war es aber nur ein Formfehler gewesen, den Dollfuß nutzte, um das Parlament *auszuschalten*.<sup>8</sup>

Damit die von Dollfuß gesetzten Maßnahmen zumindest nach außen hin den Schein der Legalität wahrten, berief er sich auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917, wodurch die Gesetzgebung, zumindest vorübergehend, an die Regierung überging.

Unter Berufung auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz von 1917 verbrachte die Dollfuß-Regierung die nächsten Monate damit, Verordnungen zu erlassen, welche die Demokratie schrittweise demontierten. Dazu gehörte die Einschränkung der Pressefreiheit sowie der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, das Verbot politisch motivierter Streiks, die Gleichschaltung aller Medien sowie die Beamtäuberung; das heißt, alle Staatsangestellten wurden auf ihre politische Gesinnung hin überprüft. Wer politisch anders dachte, wurde entlassen. Weiters wurden die Wahlen ausgesetzt. Es kam zu einer Verschärfung des Strafrechts und das autoritäre Regime errichtete Anhaltelager. All diese Maßnahmen entsprachen, wie man leicht erkennen kann, nicht dem österreichischen Recht und so focht die Wiener Landesregierung die Änderungen beim Verfassungsgerichtshof an. Für die Dollfuß-Regierung war die logische Konsequenz, nun auch den Verfassungsgerichtshof auszuschalten. Dies gelang dadurch, dass die Dollfuß-Regierung einige korrupte Verfassungsrichter bestach.<sup>9</sup>

Nachdem die Regierung lange mit Defensivmaßnahmen gegen die anderen Parteien, vor allem gegen die Sozialdemokraten vorgegangen war, provozierte sie die Arbeiterschaft am 12. Februar 1934 gezielt. Die Polizei sollte das Arbeiterheim Hotel Schiff in Linz, wenn es sein musste auch mit Gewalt, durchsuchen. Die dortigen Sozialdemokraten weigerten sich jedoch, die Polizei hereinzulassen, und so kam es zu einem Schusswechsel. Damit begannen die Kämpfe der Arbeiter gegen die Regierung. Vier Tage lang herrschte in Österreich der Ausnahmezustand und ein Bürgerkrieg. Die Regierung ließ das Standrecht ausrufen.<sup>10</sup>

Die Sozialdemokraten beziehungsweise der sozialdemokratische Schutzbund waren jedoch nicht für so ein Szenario organisiert und mussten bald aufgeben. Von offizieller Seite wurde von 314 Toten und 800 Verletzten gesprochen, es dürften aber weit über 1.000 Tote gewesen sein. Neun Sozialdemokraten wurden zum Tod verurteilt und hingerichtet. Viele Anhänger wurden eingesperrt. Otto Bauer und Julius Deutsch gelang die Flucht in die

---

<sup>8</sup> Hugo Portisch, Österreich I. Die unterschätzte Republik. Ein Buch zur gleichnamigen Fernsehdokumentation von Hugo Portisch und Sepp Riff (Wien<sup>2</sup> 1989)

<sup>9</sup> Oskar Lehner, Verfassungsentwicklung, 53 Oskar Lehner, Verfassungsentwicklung, 53-54

<sup>10</sup> Walter Kleindl, Die Chronik Österreichs (Dortmund 1984) 511

Tschechoslowakei. Die Sozialdemokratische Partei wurde verboten und infolgedessen gab es für die ehemaligen Mitglieder des aufgelösten Schutzbunds ein Waffenverbot.<sup>11</sup> Die illegalen Sozialdemokraten organisierten sich als Revolutionäre Sozialisten.

Damit war der österreichische Rechtsstaat endgültig zerstört.

Dass es so weit kommen konnte, war laut Oskar Lehner einerseits Zufällen „zu verdanken“ und andererseits der Schwäche der Opposition, die dazu führte, dass die Dollfuß-Regierung immer mehr Möglichkeiten bekam und somit ein autoritäres Regime verwirklichen konnten.<sup>12</sup>

Die Entwicklung von der Demokratie zum Faschismus gab es nicht nur in Österreich. Es gab in Österreich jedoch einen gravierenden Unterschied im Vergleich zu Italien und Deutschland. Die Errichtung eines autoritären Regimes erfolgte nicht durch eine faschistische Massenbewegung, sondern durch die Regierung. Die faschistische Heimwehr hatte in Österreich nicht die Massen als Machtbasis. Die Vaterländische Front war 1933 als Einheitspartei von der Regierung installiert worden. Die Vaterländische Front hatte aber kein eigenes Programm und war deshalb nicht in der Lage, die Massen so an sich zu binden, wie es in den faschistischen Nachbarländern geschah. Im Gegenteil: Die Menschen sahen in der Vaterländischen Front einen Zwangsverein, der sie als „Schnüffelorganisation“<sup>13</sup> überwachte. Daraus resultierte, dass auch das Regime keine Chancen hatte, die Massen für sich zu gewinnen.<sup>14</sup>

Die nicht ordnungsgemäß beendete beziehungsweise unterbrochene Sitzung des Nationalrats vom 4. März 1933 wurde am 30. März 1934, also mehr als ein Jahr später, weitergeführt. Möglich war dies, weil das Dollfuß-Regime mit dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz von 1917 eine Verordnung erlassen hatte, welche die Geschäftsordnung des Nationalrats geändert hatte. In nur zwei Stunden wurde dabei ein Ermächtigungsgesetz durchgebracht, das dem Nationalrat und den Bundesrat erlöschen ließ. Die Zuständigkeit der Gesetzgebung lag nun ganz in der Hand der „Bundesregierung“.<sup>15</sup>

Das Ermächtigungsgesetz, das unter dem Titel „Ermächtigungsgesetz 1934“ lief, diente dazu, die neu beschlossene Verfassung legal erscheinen zu lassen. Dies war natürlich ein sinnloser Versuch, da das Ermächtigungsgesetz 1934 an sich schon verfassungswidrig war, denn nur 76

---

<sup>11</sup> Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung, 53-54

<sup>12</sup> Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung, 55

<sup>13</sup> Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung, 55

<sup>14</sup> Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung, 55

<sup>15</sup> Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung, 54

der nötigen 83 Abgeordneten waren versammelt gewesen und es war keine dafür notwendige Volksabstimmung gemacht worden.

Damit war der Prozess der Auflösung der Demokratie abgeschlossen. Das Volk war wieder von allen Entscheidungen ausgeschlossen, andere Parteien wurden verboten, die Macht lag in der Hand einer kleinen Funktionärsschicht. Das entscheidende Organ war ausschließlich die „Bundesregierung“ selbst. Sie konnte überall direkt und indirekt Einfluss nehmen und sich der ordentlichen und außerordentlichen Gesetzgebung bedienen. Nach der neuen Verfassung sollte es zu einer berufsständischen Ordnung kommen; das heißt, die Bevölkerung sollte nach ihren Berufen untergliedert werden und eine berufsständische Vertretung haben. Die Umsetzung war aber schwieriger als gedacht. In der ganzen Zeit des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes schaffte es das autoritäre Regime nur ansatzweise, die berufsständische Ordnung zu etablieren, jedoch war die Idee der berufsständischen Ordnung trotzdem namensgebend für diese Zeit, die deshalb unter dem Namen „Ständestaat“ oder „Christlicher Ständestaat“ bekannt ist. Die neue Verfassung die am 1. Mai 1934 verlautbart wurde, trat jedoch nicht sofort in Kraft. Zuerst kam es zu einer Verfügungspromesse und das Verfassungsübergangsgesetz 1934 wurde am 1. Juli 1934 teilweise in Kraft gesetzt. Die Zeit dazwischen, in der Österreich sozusagen verfassungslos war, war die Regierung an keine Bestimmungen gebunden. Sie hatte die absolute Macht.<sup>16</sup>

Diese neue Machtverteilung war bis zur kleinsten politischen Einheit zu spüren. Auf allen Ebenen wurden die Vertreter der anderen Parteien abgesetzt und durch Vertreter aus der Vaterländischen Front ersetzt, die vom autoritären Regime ernannt und nicht gewählt worden waren. Auch die Weisungen kamen nun von oben. Dabei kam es gerade auf regionaler Ebene, also jener, welche die Menschen am stärksten wahrnehmen, zu großen gemeindepolitischen Veränderungen, da oftmals die ganze Gemeindevertretung erneuert wurde und sich die Stellung des Bürgermeisters grundlegend änderte. Wie diese sowie die allgemeinen Veränderungen, auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation, genau aussahen, wird in den folgenden Kapiteln anhand der Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen dargestellt.

---

<sup>16</sup> Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung, 54-56



## 2 Wirtschaft und Krise

Um die wirtschaftlichen Entwicklungen während der Jahre 1934 – 1938 zu verstehen, ist es notwendig, einige Jahre zurückzugehen. In den Zwanzigerjahren war es nach den schlechten Nachkriegsjahren endlich wieder zum wirtschaftlichen Aufschwung gekommen, der jedoch mit dem Börsencrash 1929 jäh unterbrochen wurde. Zwar traf dieser die österreichische Wirtschaft nicht sofort, doch nach dem Zusammenbruch der größten österreichischen Bank, der Creditanstalt im Mai 1931, trafen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Österreich mit voller Wucht. Weiters muss man erwähnen, dass die österreichische Industrie in den Zwanzigerjahren an zu hohen Schuldenlasten bei zu geringer Kapazitätsauslastung und zu wenigen Investitionen gelitten hatte und stark vom Export abhängig gewesen war. Die Hälfte aller industriellen Erzeugnisse wurde exportiert. Da jedoch die anderen Länder während der Wirtschaftskrise ihre Importe stark drosselten, hatte dies für Österreich verheerende Auswirkungen. Von 1929 bis 1933 verdoppelten sich die Insolvenzen von Betrieben und die Zahl der Arbeitslosen verdreifachte sich. Damit war die Grundlage für jene politische Strömung geschaffen, die vom liberalen Wirtschaftssystem ohnehin nicht viel hielt und ein autoritäres System anstrebte.<sup>17</sup>

Mit dem „Ständestaat“ sollte dieses verwirklicht werden. Eines der Hauptziele der autoritären Wirtschaftspolitik war, die Währung stabil zu halten. Damit schlug Österreich einen ganz anderen Kurs ein als zum Beispiel die USA und England, die auf eine Inflationspolitik setzten, um ihre Produktpreise niedrig zu halten.<sup>18</sup> Der neue autoritäre Kurs brachte jedoch nicht die erhoffte Verbesserung für die österreichische Wirtschaft. Zwar konnte Österreich 1934 im Schwerindustriesektor, der chemischen und der Elektroindustrie sowie bei den Autoherstellern eine leichte Erholung spüren, dafür blieben aber andere Sektoren, wie die Textilindustrie, zum Beispiel, gänzlich davon unberührt und auch die Beschäftigungsrate nahm nicht zu.<sup>19</sup> Im internationalen Vergleich war Österreichs Wirtschaft weit abgeschlagen.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Gerhard *Senft*, Anpassung durch Kontraktion. Österreichs Wirtschaft in den dreißiger Jahren. In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer* (Hg.), *Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933-1938* (Wien <sup>5</sup>2005) 182-183, 185

<sup>18</sup> *Senft*, Anpassung durch Kontraktion, 196

<sup>19</sup> *Senft*, Anpassung durch Kontraktion, 188

<sup>20</sup> Siegfried *Mattl*, Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933- 1938. In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer* (Hg.), *Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933- 1938* (Wien <sup>5</sup>2005) 211

Der Agrarsektor, der im autoritären Regime eine Sonderstellung genoss, schnitt im Jahr 1934, als die erste leichte Besserung eintrat, beim Export besser ab als die Industrie. Allerdings wurden landwirtschaftliche Produkte extrem hoch subventioniert.<sup>21</sup>

1935 zeigte der Verbrauch seit 1929 das erste Mal wieder eine Besserung, aber auch hiervon blieben viele Branchen, wie zum Beispiel die Lebensmittelbranche, ausgeschlossen.<sup>22</sup> Eine richtige Aufwärtsbewegung seit der Krise gab es während der Jahre 1934 – 1938 nicht. Im Produktionssektor konnte Österreich 1937/38 nicht einmal die Zahlen von 1929 erreichen.<sup>23</sup>

Welche Auswirkungen hatten die Wirtschaftskrise und die autoritäre Wirtschaftspolitik auf die Stadtgemeinde Baden, die als Kurort vom Fremdenverkehr abhing, und auf die Stadtgemeinde Traiskirchen, die Textil-, Metall- und andere Industriebetriebe hatte?

Die 26,88 km<sup>2</sup><sup>24</sup> große Kurstadt Baden mit ihren 22.208 Einwohnern<sup>25</sup> konnte 1929 noch sorglos das Jubiläumsfest „450 Jahre Baden“ in der Weilburg feiern. Der ehemalige Erzherzog Friedrich Habsburg unterstützte die Feierlichkeiten, indem er Räume des Schlosses und einen Teil des Parks für das Jubiläum zur Verfügung stellte.<sup>26</sup> Und selbst 1930 war Baden als Kurort noch ausgelastet<sup>27</sup>, doch schon das Jahr darauf – im Jahr, in dem die Creditanstalt zusammenbrach – spürte man auch in Baden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Laut Meissner ging es jedoch vielen anderen Kurorten bei weitem wirtschaftlich schlechter als Baden.<sup>28</sup>

Die Wirtschaftskrise entmutigte die Badener jedoch, die es nicht mehr wagten, große Darlehen aufzunehmen, um neue Projekte zu finanzieren. Die Arbeitslosigkeit stieg sprunghaft an.<sup>29</sup> Um das Defizit der Gemeinde zu verringern, wurden die Gehälter der Gemeindebediensteten gekürzt. Meissner schreibt von einem „Solidaropfer, nach dem Vorbild der

---

<sup>21</sup> *Mattl*, Die Finanzdiktatur, 215

<sup>22</sup> *Senft*, Anpassung durch Kontraktion, 193

<sup>23</sup> *Senft*, Anpassung durch Kontraktion, 190

<sup>24</sup> Angabe zur Fläche vgl. Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 4: Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Niederösterreich (Wien 1935) 4

<sup>25</sup> Von den 22.208 Einwohnern waren 19.425 (87,46%) katholisch, 73 (0,32%) hatten ein alt-katholisches Bekenntnis, 1108 (4,98%) waren jüdischen Glaubens (die Zahl enthält auch Personen des griechisch-katholischen Glaubens), 1200 Personen waren (5,40%) evangelisch A. B., 70 (0,31%) evangelisch H.B., 50 (0,22%) hatten ein anderes Bekenntnis und 255 (1,14%) waren Personen ohne Glaubensbekenntnis Vgl. Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 4: Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Niederösterreich (Wien 1935) 5

<sup>26</sup> *Waltraud de Martin*, Die Weilburg in Baden. Entstehung und Geschichte (Baden 1978) 65

<sup>27</sup> *Otto Wolkersdorfer*, Josef Kollmann. Politiker der Verständigung. Eine Biographie (ungedr. Geisteswiss. Dipl. Wien 1993) 94

<sup>28</sup> *Hans Meissner*, Josef Kollmann. (1868-1951) Bürgermeister von Baden (Baden 2000) 172

<sup>29</sup> *Otto Wolkersdorfer*, Josef Kollmann, 94-95

Bundesangestellten.“<sup>30</sup> Die ersten Leidtragenden dieser Sparmaßnahmen waren 1931 die Mitglieder des Kurorchesters, die ebenfalls bei der Gemeinde angestellt waren.<sup>31</sup>

## 2.1 Der Kurbetrieb in Baden

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Regionen in Niederösterreich Schwierigkeiten, den Tourismus aufgrund der fehlenden Infrastruktur sowie veralteter Gaststätten zu beleben, und auch Baden litt unter diesen Problemen. Jedoch wurde gerade Baden dadurch für neue Gruppen, ungarische und tschechische Besucher, leistbar – eine Entwicklung, die nicht unbedingt nur mit Freude gesehen wurde. Weiters kamen dem Fremdenverkehr die neuen Postbuslinien zugute.<sup>32</sup>

„1920 hatte die Bundesverfassung Tourismus zur Angelegenheit der Bundesländer erklärt; drei Jahre später wurde das Bundesministerium für Handel und Verkehr mit der staatlichen Fremdenverkehrsförderung betraut und sämtliche Organisationen wurden eng mit den staatlichen Stellen verbunden. Der Ständestaat machte den Fremdenverkehr 1934 wieder ausschließlich zur Bundessache.“<sup>33</sup>

Als Kurstadt war das Kurhaus für Baden eine der wichtigsten Einnahmequellen für die Stadtgemeinde Baden. In den 1920er-Jahren wurde in Baden viel investiert. Unter anderem baute die Gemeinde ein Strandbad und eine Trinkhalle, wobei beide Einrichtungen sehr umstritten blieben, da sie bereits vor der Krise Defizite erwirtschaftet und nach der Wirtschaftskrise nur noch Verluste gebracht hatten.<sup>34</sup>

Ein weiteres Problem waren die Aufmärsche von Parteien und Wehrverbänden, die dem Kurbetrieb schaden. Daher verhandelte Bürgermeister Josef Kollmann jedes Jahr mit den lokalen Organisatoren der politischen Bewegungen. Schon seit 1928 gab es einen Wachschatz im Kurpark, damit die Gäste ungestört promenieren konnten.<sup>35</sup>

---

<sup>30</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 172

<sup>31</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 172

<sup>32</sup> Nikola Langreiter, Niederösterreich Tourismus 1918-1995. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 2: Wirtschaft (Wien 2008) 130

<sup>33</sup> Nikola Langreiter, Niederösterreich Tourismus 1918-1995, 130-131

<sup>34</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 176

<sup>35</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 94-95

Mit vermehrter Werbung wollte die Stadt dem Rückgang im Tourismus entgegenwirken. Unter anderem plante die Stadtgemeinde, die heilende Wirkung der Badener Quellen hervorzuheben, um wieder mehr Touristen anzuziehen. Auch die Betriebe wurden angehalten, für die Kurstadt zu werben, um zusätzlich noch die Vorsaison zu beleben. Die Hotelbesitzer sollten vor allem mit Pauschalkuraufenthalten werben, die die Ausgaben für die Gäste von vornherein kalkulierbar machten. Gast- und Kaffeehäuser wurden aufgefordert, ihre Preise zu senken, denn vielen, auch Bürgermeister Kollmann, erschienen die Preise zu hoch. Die Badener Zeitung berichtet von einer Rede Bürgermeister Kollmanns, in der er Preissenkungen bei Wein forderte. In dem Bericht ging es darum, dass ein Gastronom für ein Viertel Schankwein einen Schilling verlangte – ein Preis, der vielen Gästen (hier spricht man vor allem von Wienern) zu teuer war. 30 bis 40 Groschen für ein Viertel Schankwein, für einen sehr guten Wein 60 Groschen, sah Bürgermeister Kollmann als angemessen an.<sup>36</sup>

Ein Projekt, das Bürgermeister Kollmann durchsetzte, um Baden als Kurstadt interessant zu machen, war die Anschaffung des „Radiumquantum“, einer Apparatur zur technischen Herstellung von Emanationswasser. Als Emanationswasser wurde mit Radiumchlorid angereichertes Wasser bezeichnet, welches als Heilmittel eingesetzt wurde. Verkauft wurde es im Kurhaus und in jeder Apotheke in Baden.<sup>37</sup>

Die seit Jahren wegen der Krise unterbliebenen Investitionen führten 1936 zu einem für eine Kurstadt Baden unangenehmen Zwischenfall. Die Stadtgemeinde musste aus Geldnöten das Dampfbad für sechs Wochen im Winter schließen. Die Badener Zeitung kritisierte, dass es im Sommer, als kein Bedarf bestand, in Betrieb gewesen war, und in der kalten Jahreszeit, in der viele das Dampfbad besuchen wollten, geschlossen wurde. Die Stadtgemeinde hatte allerdings kein Geld, um Kohle für das Dampfbad zu kaufen. Der Schreiber der Badener Zeitung argumentierte, dass niedrigere Preise mehr Personen in das Dampfbad gelockt hätten und dann dieses Problem erst gar nicht entstanden wäre.<sup>38</sup> Aber schon in der nächsten Ausgabe der Badener Zeitung konnte man lesen, dass das Dampfbad nur ein Teilproblem war, da das ganze Kurhaus, vor allem die Heizungsanlagen, veraltet war und es zu wenig Strom gab.<sup>39</sup> Erst 1937 konnte das Kurhaus innen komplett renoviert werden.<sup>40</sup>

1930 waren die Besucherzahlen noch ganz gut ausgefallen, doch ab dem Krisenjahr 1931 gingen die Zahlen massiv und stetig zurück. 1932 sah der Rückgang folgendermaßen aus:

---

<sup>36</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 14 (18.2.1933) 1; Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 177

<sup>37</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 64 (11.8.1934) 1

<sup>38</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 83 (14.10.1936) 2

<sup>39</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 84 (17.10.1936) 1

<sup>40</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 70 (4.9.1937) 1

Tabelle 1: Gästerückgang 1932<sup>41</sup>

	Kurgäste	Sanatorien und Hotel	Wochenendgäste
1932	-14 %	-11 %	-19 %

Durch die Wirtschaftskrise fehlte vielen das Geld, um sich einen Kuraufenthalt in Baden leisten zu können. Andere Gäste nahmen günstigere Quartiere, beschränkten ihre Ausgaben und verkürzten ihre Aufenthaltsdauer.<sup>42</sup>

Dazu kam, dass Touristen aus Deutschland ab 1931 nur mit einem Erlag von 100 Reichsmark nach Österreich ausreisen konnten und 1932 einige andere Staaten mit Devisen und Reisebeschränkungen nachzogen. 1933 erleichterten einige Länder die Devisenregelung wieder,<sup>43</sup> dafür führte die neue NS-Regierung die „Tausend-Mark-Sperre“ ein, die besagte, dass jeder Deutsche bei der Ausreise nach Österreich 1.000 Reichsmark ohne Rückvergütung bezahlen musste.<sup>44</sup> Das schlug sich auch im Rückgang bei den Besucherzahlen der deutschen Urlauber nieder. 1931/32 kamen 1.112 Gäste aus Deutschland, 1932/33 nur noch 776 Gäste.<sup>45</sup>

Dafür kam es 1933 zu einer Erleichterung im Reiseverkehr für Ungarn, Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei und Baden wurde für diese Länder als Urlaubsdestination wieder interessant.<sup>46</sup> Trotzdem konnte das die fehlenden Gäste aus Deutschland nicht ausgleichen. Es blieb bei einem großen Frequenzrückgang.<sup>47</sup> 1935 gingen auch die Zahlen der ungarischen Touristen zurück und die Aufenthaltsdauer der Gäste war kürzer als in den vergangenen Jahren.<sup>48</sup> Ende des Jahres 1935 kam noch erschwerend hinzu, dass die ungarische Nationalbank einen Aufschlag von 13 Prozent für das Wechseln von der ungarischen Währung in Schilling verlangte und den Reiseverkehr dadurch behinderte. Wie die Badener Zeitung schrieb, war dies aber noch günstig, denn bei anderen Währungen verlangte die ungarische Nationalbank weit höhere Aufschläge beim Wechseln – in italienische Lira 20 Prozent, in andere Währungen sogar 40 bis 50 Prozent.<sup>49</sup>

<sup>41</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 173

<sup>42</sup> Nikola Langreiter, Niederösterreich Tourismus 1918-1995, 131

<sup>43</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 43 (31.5.33) 1

<sup>44</sup> Nikola Langreiter, Niederösterreich Tourismus 1918-1995, 131

<sup>45</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 46 (10.6.1933) 2

<sup>46</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 42 (27.5.1933) 1

<sup>47</sup> Nikola Langreiter, Niederösterreich Tourismus 1918-1995, 131

<sup>48</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 40 (18.5.1935) 1

<sup>49</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 100 (14.12.1935) 2

## 2.2 Casino

Eng verbunden mit dem Kurhaus und den Bemühungen der Stadtgemeinde Baden, den Tourismus anzukurbeln, war die Eröffnung des Spielcasinos. Bereits 1913 war eine Spielbank in der Löwenstein-Villa geplant gewesen, jedoch hatte die Bezirkshauptmannschaft keine Erlaubnis dafür gegeben. Der Badener Gemeinderat (damals noch unter dem großdeutschen Bürgermeister Franz Trenner) hatte jedoch bereits voreilig 100.000 Kronen in das Projekt investiert, die nun verloren waren.<sup>50</sup>

Obwohl der spätere Bürgermeister Kollmann 1913 noch als Gemeinderat vehement gegen das Spielcasino gewesen war, reiste er 1920 das erste Mal nach Zappot in Deutschland, um sich dort das Spielcasino anzusehen. Zusammen mit Kammeramtsdirektor Rudolf Sigmund reiste er 1931 auf Einladung des Casinogeneraldirektors Bruno Wolff erneut nach Zappot, um sich über den Betrieb des Casinos zu informieren.<sup>51</sup>

Bruno Wolff wurde damit für Kollmann der Mann, dem er in Casinofragen vertraute und der ihm als Berater zur Seite stand. Wolff hoffte natürlich, durch diese Beratertätigkeit auch die Konzession für das Badener Spielcasino zu bekommen, und hatte, wie Viktor Wallner in seinen „Badener Betrachtungen“ schreibt, sogar viel Geld (60.000 – 80.000 Schilling) investiert, um für die Idee eines Casinos in Baden zu werben und sie „ins rechte Licht zu rücken“.<sup>52</sup>

Für die Gemeinderatsmitglieder und die Bevölkerung von Baden gab es 1933 und 1934 nur noch ein Gesprächsthema: das Spielcasino und die Frage, ob ein Casino für Baden vorteilhaft sei und ob Baden die Erlaubnis zur Errichtung erhalten werde. Bundeskanzler Dollfuß hatte seine Meinung 1934 bezüglich des Spielcasinos jedoch geändert und favorisierte nun den Plan, „in den drei Orten Salzburg, Baden und Semmering abwechselnd spielen zu lassen.“<sup>53</sup>

Die Regierung forderte allerdings, dass alle Parteien im Gemeinderat dem geplanten Casino zustimmten, damit ein Spielcasino eröffnet werden konnte.<sup>54</sup> Weiters gab die Regierung als Bedingung vor, dass die österreichische Bevölkerung nicht zugelassen werde.<sup>55</sup>

Der großdeutsche Gemeinderat Franz Trenner nutzte die Gelegenheit und versuchte, Bürgermeister Kollmann in der Gemeinderatssitzung vom 7. Juni 1933 einen kleinen Seitenhieb zu versetzen, indem er ihn an das Jahr 1913 erinnerte, als Trenner selbst Bürgermeister war.

---

<sup>50</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 63

<sup>51</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen. Ausgewählte Reden (Baden 1987) 104

<sup>52</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 105

<sup>53</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 192

<sup>54</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 98

<sup>55</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 192

Trenner wollte damals eine harmlosere Variante, das sogenannte „Kurhausspiel“,<sup>56</sup> in Baden einführen und der damalige Gemeinderat Kollmann hatte sich scharf dagegen ausgesprochen. Kollmann erklärte, „dass sich an seiner persönlichen Meinung nichts geändert habe“,<sup>57</sup> aber wenn Spielcasinos in Österreich erlaubt würden, sollte eines in Baden errichtet werden.<sup>58</sup>

Gemeinderat und Landtagsabgeordneter Franz Schmid, der einzige Nationalsozialist im Badener Gemeinderat, brachte gegen das Casino große Bedenken vor und sprach von einem „unmoralischen Nervenkitzel“. Er meinte, Baden sei wirtschaftlich nicht auf ein Casino angewiesen.<sup>59</sup>

Gemeinderat Franz Schmid stand mit dieser Meinung nicht allein da. Selbst die Befürworter hatten immer noch moralische Bedenken. Mit der Ablehnung des Casinoprojekts durch den nationalsozialistischen Gemeinderat war ein scheinbar unerwartetes Problem aufgetaucht, denn um die staatliche Genehmigung für das Spielcasino zu erhalten, bedurfte es der Zustimmung aller Gemeinderäte im Gemeinderat.

Zu einer Wende kam es, als der großdeutsche Gemeinderat Kurtics während der Gemeinderatssitzung vom 7. Juni 1933 Bürgermeister Kollmann fragte, ob eine Spielbank von der Regierung für einen anderen Ort genehmigt werden würde, wenn der Badener Gemeinderat dagegen stimmte, denn „dann ist vielleicht mehr Klarheit gebracht, dann haben nicht wir entschieden, sondern haben dann nur als Bewerber aufzutreten.“<sup>60</sup> Gemeinderat Kurtics brachte damit zum Ausdruck, dass es dann eine Idee der Regierung wäre und nicht eine von Baden. Baden wäre nur „ein Bewerber“. Bürgermeister Kollmann bestätigte, dass Baden als Spielbankort ausscheiden würde, wenn der Gemeinderat dagegen stimmte, und ein anderer Ort die Berechtigung für den Betrieb eines Casinos bekommen würde. Damit war für den großdeutschen Gemeinderat Kurtics klar, dass Baden das Casino bekommen sollte.<sup>61</sup> Gemeinderat Schmid zögerte seine Entscheidung in der Frage hinaus. Er wollte die Sache mit dem Casino mit seiner Parteileitung besprechen und daher wurde die Entscheidung im Gemeinderat vertagt.<sup>62</sup> Im Juni 1933 stimmte Gemeinderat Schmid schließlich doch mit Nein.<sup>63</sup>

---

<sup>56</sup> Das Wort „harmlos“ muss man hier kritisch betrachten. In Wallners Buch „Kaiser, Kuren und Kommandos“ kann man lesen: „Weil die Oberbehörde dagegen einschritt (Glückspiel war verboten), wurden oft Vereine vorgeschoben, die sich notdürftig als Kursaal-Spiel (Geschicklichkeit) tarnten, eigentlich aber ‚wilde‘ Spielbanken [...] betrieben.“ Vgl. Viktor Wallner, Kaiser, Kuren und Kommandos. Baden von 1804 bis 1918 (Baden, 1999) 159-160

<sup>57</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 46 (10.6.1933) 1

<sup>58</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 191-192

<sup>59</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 46 (10.6.1933) 1

<sup>60</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933 (7.6.1933)

<sup>61</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 99

<sup>62</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 99

<sup>63</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 46 (10.6.1933) 1

Die Kurkommission hatte sich klar für die Spielbank ausgesprochen, während im Gemeinderat immer noch die Zustimmung von Gemeinderat Franz Schmid fehlte. Dies wollten einige Badener nicht hinnehmen. In der Badener Zeitung lud das Propagandakomitee „die Badener Geschäftswelt und alle am Fremdenverkehr interessierten Kreise“ zu einer geschlossenen Versammlung zur Errichtung des Spielcasinos ein, die am 26. Juni 1933 um 8 Uhr abends im Großen Kurhaussaal unter der Leitung von Kommerzialrat Anton Schilcher, einem Mitglied der Spielbankkomitees, und Josef Florian, dem Obmann des Spielbankkomitees, stattfand.<sup>64</sup> Man wollte dabei die wirtschaftliche Frage und die Bedeutung für den Fremdenverkehr behandeln.<sup>65</sup>

Der Saal war wegen des großen Interesses an dem Thema komplett besetzt, wie die Badener Zeitung berichtete.<sup>66</sup> Die Versammlung der Casinobefürworter beschloss, an Bürgermeister Kollmann heranzutreten, um ihn zu bitten, dafür zu sorgen, dass die Stimmeneinhelligkeit im Gemeinderat fallen gelassen wird, denn man befürchtete, dass Baden wegen des Neins von Gemeinderat Franz Schmid als Spielbankort ausscheiden würde. Die Redner der Versammlung betonten die Vorteile, die das Casino für den Fremdenverkehr und die Abgaben an die Gemeinde hätte.<sup>67</sup> Die Badener Zeitung berichtete über die Versammlung, dass es schon beim Verlesen der ersten Worte der Resolution an Bürgermeister Kollmann zu stürmischem Beifall gekommen war.

Bei der Versammlung im großen Kurhaussaal wurde auch die geplante Autorennbahn besprochen, die zwar fertig geplant, aber noch nicht finanziert war. Die Autorennbahn in Baden blieb auch deswegen eine unrealisierte Idee, weil die Regierung nicht ihre Einwilligung für die geplante Notanleihe der Gemeinde Baden in der Höhe von fünf Millionen Schilling gegeben hatte, da die Bundesregierung selbst gerade plante, eine Anleihe aufzulegen.<sup>68</sup> In einer größeren Wiener Zeitung (der Zeitungsname wurde in der Badener Zeitung nicht genannt) wurde kritisiert, dass das Casino nur eine Angelegenheit „einiger dem Bürgermeister nahe stehender Persönlichkeiten“ sei und die „Geschäftswelt im allgemeinen“ sich nicht dafür interessiere.<sup>69</sup> Dass dem nicht so war, zeigte laut Badener Zeitung die Versammlung am 26. Juni 1933. Die Badener Zeitung brachte viele Berichte zum Thema „Casino“, nicht nur weil viele daran interessiert waren, sondern auch weil die Zeitschrift selbst für das Casino war.<sup>70</sup>

---

<sup>64</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 50 (24.6.1933) 3

<sup>65</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 50 (24.6.1933) 3

<sup>66</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 51 (28.6.1933) 1

<sup>67</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 50 (24.6.1933) 3

<sup>68</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 101

<sup>69</sup> Badener Zeitung Jg. 5,4 Nr. 51 (28.6.1933) 1

<sup>70</sup> StAB Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994 (Baden) 21



Auffällig am Versammlungstermin der Casinobefürworter ist, dass die NSDAP bereits vorher, seit 19. Juni 1933, ein Betätigungsverbot hatte und Gemeinderat Schmid am 25. Juni 1933 verhaftet worden war.

Durch das Betätigungsverbot für die NSDAP in Österreich konnte im Badener Gemeinderat ein einvernehmlicher Beschluss für die Errichtung eines Casinos gefasst werden. Dass die autoritär regierende Dollfuß-Regierung ihre politischen Gegner verbot, kam letztlich dem Entscheidungsprozess für das Casino zugute. Am 7. Juli 1933 gab Bürgermeister Kollmann bekannt, dass alle Mandate der nationalsozialistischen Gemeinderäte aufgrund ihres Betätigungsverbots erloschen waren und der Weg für die Stimmeneinhelligkeit frei war.<sup>71</sup> Weiters informierte Bürgermeister Kollmann den Gemeinderat, dass er bereits vor zwei-einhalb Jahren (1931) um eine Konzession im Innenministerium angesucht hatte.<sup>72</sup> Obwohl die Spielbank offiziell noch nicht genehmigt war, wurde in der Gemeinderatssitzung vom 4. Oktober 1933 schon vorsorglich ein Spielbankkomitee gewählt. Gewählt wurden von den Christlichsozialen Josef Kollmann, Anton Schilcher, Rudolf Woisetschläger, Karl Höld und Fritz Fischer-See, von den Sozialdemokraten Leitner, Meixner und Werba und von den Großdeutschen Franz Trenner.<sup>73</sup>

Blieb noch die Frage, wo das Casino errichtet werden sollte. Infrage kam die Weilburg oder das Kurhaus. Anfangs schien es wahrscheinlich, dass die Weilburg zum Casino werden würde. 1933 war die Pacht für den Strandbadpark abgelaufen, den die Stadt von der Güterverwaltung der Weilburg gepachtet hatte. Die Pacht hatte 8.000 Schilling im Jahr betragen und da es ein Vorverkaufsrecht gab, wurde Kollmann „von der Güterverwaltung der Weilburg nach Wien bestellt und man machte ihm das Angebot, dass bei einer Förderung des Standortes Weilburg der Strandbadpark der Gemeinde kostenlos zur Pacht überlassen würde.“<sup>74</sup> Da Kollmann aber im Interesse der Geschäftswelt handelte und die Weilburg für einen Casinobesuch doch nicht zentral genug lag, wurde das Kurhaus zum Casinoort. Allein die Verpachtung der Kurhausräume an die Betriebsgesellschaft des Casinos brachte im Jahr 24.000 Schilling für Baden. Dazu kamen noch Abgaben und Steuern. Außerdem hatte das Casino für die Adaption und die Reparaturen im Inneren des Kurhauses aufzukommen. Die Gemeinde war nur für den Außenbereich zuständig. Weiters sollte die Pacht auf 48.000 Schilling erhöht werden, wenn das Spielbankkomitee, das 1934 in einen Fremden-

---

<sup>71</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 193

<sup>72</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 192

<sup>73</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 4.10.1933

<sup>74</sup> StAB Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III, 22

verkehrsverein umgestaltet wurde, seine Forderung durchsetzen sollte, dass das Casino das ganze Jahr betrieben werden darf und auch Österreicher spielen können.<sup>75</sup> Mit Einführung des Ganzjahresbetriebs im Mai 1934 einigte sich der Gemeinderat darauf, die Lustbarkeitssteuer von 10 % auf 5 % zu senken, aber nur solange das ganze Jahr gespielt wird.<sup>76</sup> Als ab Mai 1934 die Österreicher als Spieler ins Casino durften, galten für Inländer und Ausländer andere Eintrittspreise, da es nicht im Sinn der Stadtverwaltung war, dass Österreicher das Casino überfüllten. Deshalb betrug für Inländer der Eintrittspreis an Wochentagen 5 Schilling und an Sonn- und Feiertagen sogar 10 Schilling, während Ausländer unter der Woche 3 Schilling und sonn- und feiertags 6 Schilling zahlten.<sup>77</sup>

### 2.2.1 Die Casinoeröffnung

Der Wunschkandidat Bürgermeister Kollmanns als Unternehmer für das Casino war Bruno Wolff, der Generaldirektor des Zappoter Casinos. Doch wegen des herrschenden Antisemitismus kam er als Casinobetreiber nicht in Frage. Wolff war Jude und hatte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten seine Beschäftigung im Zappoter Casino verloren. Die Fehringer-Grimeisen-Gruppe (kurz Casino AG) mit Fehringer als Direktor gewann den Zuschlag für den Casinobetrieb in den Orten Salzburg, Semmering und Baden, wobei Salzburg und Semmering als die bedeutenden Orte für Casinos galten, worüber Bürgermeister Kollmann sehr verstimmt gewesen sein soll. Er fehlte auch bei der Eröffnung des Semmeringer Spielcasinos am 3. Februar 1934.<sup>78</sup>

Zwei Monate später, am 12. April 1934, wurde das Spielcasino Baden feierlich eröffnet.<sup>79</sup>

In der Gemeinderatssitzung vom 25. April 1934 berichtete Bürgermeister Kollmann, dass die Kurkommission die Kurhausräumlichkeiten an die Casino AG für die Dauer von zehn Jahren verpachtet hatte. Nach fünf Jahren sollte die Höhe der Pachtsumme neu festgesetzt werden.<sup>80</sup>

Das Casino übertraf sogar die Erwartungen der Befürworter. Die Stadt Baden hatte von Oktober 1933 bis April 1934 einen Rückgang von 971 Besuchern zu verzeichnen gehabt. Im

---

<sup>75</sup> StAB Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994, 23

<sup>76</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 23.5.1934

<sup>61</sup> Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994, 22-23

<sup>78</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 106

<sup>79</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 109-110

<sup>80</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 25.4.1934

April 1934 waren es 843 Besucher mehr. Es parkten im April 1934 150 Autos in Baden und an Sonntagen machte der Gesamtverkehr 1.000 Autos aus, was für die damalige Zeit in Baden sehr viel war.<sup>81</sup> Kollmann berichtete am 13. Juni 1934 dem Gemeinderat vertraulich, dass das Casino wöchentlich 1.500 Schilling Lustbarkeitssteuer zahlte. Im Mai 1934 nahm die Gemeinde durch das Casino 23.000 Schilling ein.<sup>82</sup>

Der vermehrte Verkehr zum und um das Casino musste neu geregelt werden. Der Verkehrsausschuss erließ dafür eigene Vorschriften, unter anderem auch deshalb, um das Hupen in der Nacht zu vermindern.<sup>83</sup> Außerdem fuhren Busse mit speziellen Reifen und ersetzten nach einiger Zeit die lauterer Straßenbahnen ganz.<sup>84</sup>

1935 kam es im Zusammenhang mit dem Casino erstmals zu einer für die Gemeinde Baden unangenehmen Wende, denn das Land Niederösterreich erhob nach einem bis dahin nicht angewendeten Gesetz Anspruch auf ein Zehntel der Spielabgaben. „Das Land Niederösterreich, das ebenso wie die Stadt Baden einen 5%igen Anteil an der Bundesspielabgabe hat, nimmt ohne jede Gegenleistung und auf Grund eines bisher nicht ausgenützten Gesetzes der Gemeinde nun ein Zehntel der ihr gebührenden Gelder weg.“<sup>85</sup> Dies bedeutete einen Verlust von 76.000 Schilling für die Stadt Baden.<sup>86</sup>

Einige Kritiker unter der Bevölkerung meinten, es gäbe Versäumnisse in anderen Bereichen, wie dem Kurorchester oder der Trabrennbahn, und dass auch zu wenig Werbung für die Stadt Baden gemacht werde. Die Spielbank brachte der Gemeinde Baden im ersten Jahr Einnahmen von 364.000 Schilling, womit sie die gesamten Ausgaben von 359.000 Schilling decken konnte. Trotzdem meinten einige Badener, dass mehr Werbung für Baden oder auch nur für das Casino kein Fehler gewesen wäre, denn jede Werbung hätte auch den anderen Wirtschaftsbereichen geholfen.<sup>87</sup>

Casinodirektor Fehringer selbst verursachte 1937 einen „Skandal“, indem er die Croupiers gesetzeswidrig behandelte. Er hatte die Croupiers unterschreiben lassen, dass sie zuerst 50 % und dann 30 % ihres Anteils aus der Cagnotte an die Casinogesellschaft abtreten mussten. Die Cagnotte war ein im Spieltisch eingelassener Behälter mit Schlitz, in den die Spieler, wenn sie gewannen, nach allgemeinem Brauch einen Teil ihres Gewinns hineinwarfen. Die Croupiers

---

<sup>81</sup> StAB Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994, 25-25

<sup>82</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 194

<sup>83</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 45 (6.6.1934) 1

<sup>84</sup> StAB Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994, 23

<sup>85</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 104 (28.12.1935) 1

<sup>86</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 104 (28.12.1935) 1

<sup>87</sup> Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 112-113

hatten neben einem Grundgehalt Anspruch auf einen bestimmten Anteil an diesen Trinkgeldern. Rechtlich gesehen beging Fehring damit einen Verstoß gegen das Gesetz. Da die Croupiers aber immer nur für kurze Zeit angestellt waren und leicht gekündigt werden konnten, übte das einen großen Zwang auf die Croupiers aus, sich den Anordnungen der Casinoleitung zu fügen. Im Jahr 1937 reichten gekündigte und später auch die aktiven Croupiers Klage ein und ihr Verteidiger Dr. Gürtler konnte sogar nachweisen, dass die Cagnotte als Geschenk für die Dienstleistung zwischen Croupier und Gast anzusehen und damit das Verhalten der Casino AG als sittenwidrig zu bewerten ist. Den rund 160 Croupiers wurde recht gegeben.<sup>88</sup> Fehring versuchte danach, ein „willfähiges“<sup>89</sup> Vertretungskomitee für die Belegschaft zu installieren, damit er nicht mehr jeden Croupier einzeln unterschreiben lassen musste, dass dieser auf einen Teil der Cagnotte verzichtete, sondern dieses Vertretungskomitee für die ganze Belegschaft bestimmen konnte. Er hatte dabei aber übersehen, dass in einem ständestaatlichen Land Kandidaten nicht gewählt, sondern ernannt wurden.<sup>90</sup> Die Gruppe der Croupiers unter der Leitung von Alfred Stranz hingegen hatte an die neuen Regeln der Arbeiternehmervertretung gedacht und fuhr nach Wien, um sich zu Belegschaftsvertretern ernennen zu lassen. Knapp vor der von Fehring angesetzten willkürlichen Wahl schafften sie es zurück nach Baden, um ihre Ernennung als Vertretungskomitee der Belegschaft zu verkünden.<sup>91</sup> Die Casino AG musste nachgeben und Fehring wurde nach dieser Auseinandersetzung mit den Mitarbeitern durch Dr. Freiherr von Hennemel als Präsident der Casino AG ersetzt.<sup>92</sup>

Da es Bruno Wolff gewesen war, der Bürgermeister Kollmann alles Wichtige über Casinos beigebracht hatte, und dieser durch die rassistische Politik des NS-Regimes in Deutschland alles verloren hatte, half ihm Bürgermeister Kollmann 1936, in Österreich Fuß zu fassen, und ließ ihn so lange im Herzoghof wohnen, bis er 1937 doch eine Anstellung im Casino bekam.<sup>93</sup> Für diese Hilfeleistung für einen Juden wurde Kollmann nach der Übernahme Österreichs durch das nationalsozialistische Deutschland vor Gericht gestellt.

1937 wurden das Kurhaus und somit das Casino umgebaut.<sup>94</sup> Die Neueröffnung des für den Spielbetrieb umgebauten Kurhauses erfolgte noch kurz vor dem Einmarsch der Nationalsozialisten am 11. Dezember 1937.<sup>95</sup>

---

<sup>88</sup> Viktor Wallner, *Badener Betrachtungen*, 113-114

<sup>89</sup> Viktor Wallner, *Badener Betrachtungen*, 115

<sup>90</sup> Viktor Wallner, *Badener Betrachtungen*, 114-115

<sup>91</sup> Viktor Wallner, *Badener Betrachtungen*, 115

<sup>92</sup> Hans Meissner, *Josef Kollmann*, 194

<sup>93</sup> Hans Meissner, *Josef Kollmann*, 194

<sup>94</sup> StAB Viktor Wallner, *Neue Badener Blätter*. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994, 23

## 2.3 Trabrennbahn

Die Geschichte der Trabrennbahn in Baden reicht zurück bis 1875, als der Badener Sportverein auf der Hutwiese bei Oyenhausen eine Rennbahn anlegte. Als in Wien 1878 eine Trabrennbahn eröffnet wurde, bedeutete das das vorübergehende Ende der Rennen in Baden, denn schon 1892 wollte der Sportverein ebenfalls eine Trabrennbahn beantragen und gründete den Trabrennverein. 1893 errichtete dieser in Leesdorf den Trabrennplatz. In nur drei Monaten wurde die Rennbahn mit Tribüne fertig gestellt.<sup>96</sup>

1932 wurde auf der Badener Trabrennbahn noch einmal ein Rekord im Trabrennen aufgestellt. Die Badener Gemeinde ließ sogar prüfen, ob sich die Bahn nicht auch für Motorradrennen eignen würde. Mit der Wirtschaftskrise jedoch verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Trabrennbahn rapid. Dazu kam noch der Brand 1933, bei welchem 30 Holzboxen abbrannten, die allerdings wieder aufgebaut wurden.<sup>97</sup>

Am 23. Mai 1934 beschloss man im Gemeinderat, dass aufgrund der schlechten Zeiten und der zunehmenden Zahlungsunfähigkeiten vieler Unternehmen die Trabrennbahn von der Lustbarkeitssteuer befreit werden sollte und dass das Geld, das sich die Trabrennbahn ersparte, für den jährlichen Preis der Stadt Baden genommen werden sollte, den zuvor die Gemeinde Baden gespendet hatte.<sup>98</sup>

Der Trabrennverein war durch die wirtschaftlich schlechte Lage auf die Subventionen der Gemeinde angewiesen. Als diese die Subventionen 1936 strich, war nicht mehr gewährleistet, dass man in diesem Jahr Rennen veranstalten konnte. Im Gemeinderat kamen die Gemeindevertreter überein, dass es sinnvoll wäre, die Gebühren für die Trabrennen zu ermäßigen und so die Sportveranstaltungen zu ermöglichen.<sup>99</sup>

Aufgrund der finanziellen Probleme im Trabrennverein kam es dann jedoch zur vorübergehenden Zwangsverwaltung der Trabrennbahn. Der Präsident und der Vizepräsident der Trabrennbahn Baden traten zurück. 1937 übernahm der Vizepräsident Friedrich Holocher auf Vorschlag des Wiener Trabrennvereins die Rennen in Baden. 1938 wurde der Badener

---

<sup>95</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 194

<sup>96</sup> Viktor *Wallner*, Kaiser, Kuren und Kommandos, 92

<sup>97</sup> StAB Hans *Hobik*, Gerhard *Reicheberger*, Viktor *Wallner*, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 3. Jahrgang Nummer III: 100 Jahre Trabrennverein zu Baden bei Wien (Baden) 1934- 199439

<sup>98</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 23.5.1934

<sup>99</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 23 (18.3 1936) 1

Trabrennverein samt Vermögen vom Wiener Trabrennverein unter der Leitung von Ehrenpräsidenten KR Karl Sukfüll übernommen.<sup>100</sup>

## 2.4 Theater

Bereits 1716 gab es in Baden ein Theater. Damit gehört Baden zu den Orten mit der ältesten Theatertradition in Niederösterreich. An jener Stelle, wo auch heute das Theater steht, war bereits 1775 ein Theater erbaut worden. Ende 1811 musste es aufgrund seines Alters abgerissen und neu errichtet werden. Ursprünglich wurde im Badener Stadttheater nur im Sommer gespielt, aber da die Kurgäste unterhalten werden wollten, kam es ab 1867 langsam zu einem Jahresbetrieb.<sup>101</sup>

Anfang des 20. Jahrhunderts musste das Badener Theater erneut abgerissen werden, da der Bau veraltet und brandgefährdet war. Für den neuen Bau schrieb die Gemeinde einen Wettbewerb aus. Da dieser für 1908 geplant war und dies das Jahr des 60-jährigen Regierungsjubiläums von Kaiser Franz Josef war, wollte Baden das Theater ihm zu Ehren „Kaiser-Franz-Josef-Jubiläums Theater“ nennen, aber der Hof bewilligte dies nicht und so wurde es nur „Jubiläums Theater“ genannt. Die Kosten des Neubaus wurden unter anderem vom Trabrennverein, dem Vergnügungsverein und der Sparkasse Baden übernommen. 1909 war es in der Rekordzeit von einem Jahr fertig.<sup>102</sup> Bereits 1929 musste erneut verbessert werden. Der komplette Umbau erfolgte 1979.<sup>103</sup>

Neben dem Stadttheater gibt es seit dem 19. Jahrhundert auch die Sommerarena, in welcher bei schönem Wetter unter freiem Himmel Stücke aufgeführt wurden beziehungsweise auch heute noch werden. 1841 wurde an der Stelle, wo heute die Sommerarena steht, ein Holztheater errichtet und zuvor hatte dort das „k. u. k. privilegierte Tagstheater der landesfürstlichen Stadt Baden“<sup>104</sup> gestanden. Das Holztheater musste immer wieder ausgebessert werden. 1905 kam es zum großen Umbau. Das Theater wurde nun gemauert und mit einem

---

<sup>100</sup> StAB Hans *Hobik*, Gerhard *Reicheberger*, Viktor *Wallner*, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 3. Jahrgang Nummer III, 40

<sup>101</sup> <http://www.buehnebaden.at/spielstatten/geschichte-stadttheater> 20.2.10 10:35

<sup>102</sup> Viktor *Wallner*, Kaiser, Kuren und Kommandos, 154

<sup>103</sup> <http://www.buehnebaden.at/spielstatten/geschichte-stadttheater> 20.2.10 10:35

<sup>104</sup> <http://www.buehnebaden.at/spielstatten/geschichte-stadttheater> 20.2.10 10:35

Rolldach, das man bei Bedarf öffnen oder schließen konnte, versehen. Die Kosten fielen allerdings weit höher aus als geplant, trotzdem kam es 1906 zur glanzvollen Eröffnung.<sup>105</sup>

Die neu aufkommenden Kinos in den 1930ern waren allerdings eine starke Konkurrenz, vor allem durch die weit niedrigeren Preise.<sup>106</sup>

### *Kartenpreise für das Theater*

Im Jahr 1934 kostete die Praterloge 15 Schilling, ein Orchestersitz in der ersten bis dritten Reihe 5,50 Schilling, der Stehplatz (Galerieentree) kostete als günstigste Karte 80 Groschen.<sup>107</sup>

Frau G. erinnerte sich, dass der günstigste Sitzplatz im Kino weniger gekostet hatte als der Stehplatz im Theater.<sup>108</sup>

## **2.5 Kino**

In Baden gab es in der Zeit von 1934 bis 1938 insgesamt vier Kinos: das Pichlerkino, das Steinerkino, das Zentralkino und das Beethovenkino. Regelmäßig wurden die Programme in der Badener Zeitung veröffentlicht.

## **2.6 Die Wirtschaft in Traiskirchen**

Die 20,40 km<sup>2</sup> große Stadtgemeinde Traiskirchen mit ihren 6781 Einwohnern<sup>109</sup> hatte im Gegensatz zu Baden viele Industrieunternehmen, war jedoch kein reines Industriegebiet.

---

<sup>105</sup> Viktor *Wallner*, Kaiser, Kuren und Kommandos, 153

<sup>106</sup> Mündliche Auskunft von Frau Grill, Interview Herbst 2009

<sup>107</sup> StAB: Plakate 1934, vom 11.2.34 „Ball von Savoy“

<sup>108</sup> Mündliche Auskunft von Frau Grill, Interview Herbst 2009

Viele Menschen lebten noch als Bauern. Traiskirchen ist heute noch als Weinort bekannt. Allerdings war die damals verwendete Landwirtschaftstechnik oft veraltet und vieles wurde noch mit der Hand gemacht.<sup>110</sup>

### **2.6.1 Industriebetriebe**

In Traiskirchen und Möllersdorf gab es in den 1930er-Jahren folgende Industriebetriebe:

*Im Ort Traiskirchen waren folgende Industriebetriebe angesiedelt:*

Eugen Dahm-Fabrik für Papierrollen und gummierte Papiere (gegründet 1910), Koch-Druck Buch-Kunst-Offsetdruck (gegründet am 21. Mai 1919), Österreichische Linoleum, Wachstum und Kunstlederfabrik Aktiengesellschaft ÖLKAG (gegründet 1922), Kokoskuppel Blaschke (Traiskirchen – Wienersdorf) (gegründet 1902), Semperit AG Werk Traiskirchen (Wienersdorfer Straße) (gegründet 1896).

*Im Ort Möllersdorf waren folgende Industriebetriebe angesiedelt:*

Elin-Union AG für elektrische Industrie, Eisengießerei Möllersdorf, Elinstraße 7 (gegründet 1909), Stoffdruck Möllersdorf (gegründet 1852), Metallwerk Möllersdorf (gegründet 1907)<sup>111</sup>, Kammgarnspinnerei Möllersdorf (heute ist ein Teil davon das Museum Traiskirchen)

---

<sup>109</sup> Von den 6.781 Einwohnern waren 6145 (90,62%) katholisch, 395 (5,83%) waren evangelisch A.B., 19 (0,28%) waren evangelisch H.B., und 15 (0,22%) hatten ein altkatholisches Bekenntnis, 17 (0,25%) hatten ein jüdisches oder armenisches-katholisches Bekenntnis, 3 (0,04%) hatten ein anderes Bekenntnis und 187 (2,76%) waren ohne Glaubensbekenntnis. Vgl. Bundesamt für Statistik (Hg.): Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 4: Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Niederösterreich (Wien 1935) 5

<sup>110</sup> Mündliche Auskunft von Frau Drexler, Interview Dezember 2009

<sup>111</sup> DAW Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, 241-251



## 2.7 Hausiererei

Da der Straßenhandel eine potenzielle Konkurrenz zum Kaufmann war, sahen viele Geschäftstreibende Hausierer nicht gern. Die „Nachrichten der Kaufmannschaft des Landes Niederösterreich“ von 1937 betonten, dass sich der Handel an dem Verkauf von Kleinigkeiten nicht störe, man aber fürchtete, dass mit größeren Produkten Hausierhandel betrieben würde und darin sah man die eigene Existenz ernsthaft bedroht.<sup>112</sup>

Hausier- und Wanderhandel wurden schon vor der Krise von der Mehrzahl der Menschen als unnötig angesehen und deshalb kam es bereits 1922 zu einer Hausierergesetznovelle, wodurch nicht mehr jeder die Hausierbewilligungen bekommen konnte. Nur noch Personen, die mittellos oder für andere Arbeiten nicht fähig waren, sollten eine staatliche Bewilligung erhalten.<sup>113</sup>

In den „Nachrichten der Kaufmannschaft des Landes Niederösterreich“ von 1937 wird den Hausierern vorgeworfen, mit „der Vortäuschung einer Notlage“<sup>114</sup> die Leute zum Kaufen zu bewegen. Den Hausierern wurde auch vorgeworfen, oft (angeblich) minderwertige Waren zu überkauften Preisen zu verkaufen. Es wurde argumentiert, dass ein Mensch, der dies als ehrlichen Nebenverdienst ausübt, nicht unredlich handeln könnte oder es nicht wagen würde, Waren zu erhöhten Preisen zu verkaufen.<sup>115</sup> In Baden ging es so weit, dass sich der Weinbauverein und die Genossenschaften der Zuckerbäcker und Lebzelter an die Gemeinde wendeten, da sich angeblich viele Gäste schon von dieser „Unsitte“ des Hausierens belästigt fühlten.<sup>116</sup> Der Christlichsoziale Gemeinderat Anton Schilcher forderte ein striktes Verbot des Hausierens. Da durch die schlechte wirtschaftliche Lage für viele Familien die Hausiererei oft das einzige Einkommen war, konnte man ihnen nicht so einfach die letzte Existenzmöglichkeit nehmen.

Eigentlich gab es ein Hausierverbot in Baden, das aber, im Gegensatz zu vielen anderen niederösterreichischen Gemeinden, wo Hausieren seit 1931 strikt verboten war und streng überwacht wurde,<sup>117</sup> nie zur Anwendung gekommen war. Für die Gemeinde Baden entstand nun eine schwierige Situation. Einerseits nahm das Hausieren überhand und schadete dem Fremdenverkehr, andererseits würde ein Verbot noch mehr Erwerbslose produzieren. Da viele Kinder als Hausierer unterwegs waren, einigte sich der Gemeinderat in der Sitzung am 16.

---

<sup>112</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert Bd. 2: Wirtschaft (Wien 2008) 540

<sup>113</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 545

<sup>114</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 560-541

<sup>115</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 540- 541

<sup>116</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1933 16. 11. 1933

<sup>117</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 540, 545, 553

November 1933 darauf, die Wirte und Gaststättenbesitzer wieder an das Verbot zu erinnern und vor allem darauf zu achten, dass Kinder nicht hausierten. Der Gemeinderat argumentierte mit moralischen Gründen, „da die jungen Mädchen oft sehr zudringlich“ wurden.<sup>118</sup> Unter dem Titel „Strenges Verbot für Betteln und Hausieren in Gaststätten und Heurigenschenken“ berichtete die Badener Zeitung über den Beschluss der Gemeinde.<sup>119</sup>

In der Ausgabe der Badener Zeitung vom 25. Februar 1933 warnte man die Bevölkerung von Baden vor Hausierertricks wie dem besonders günstigen Preis oder vor „besonderen Gelegenheitskäufen“<sup>120</sup>, denn meist würden Hausierer nur minderwertige Stoffe verkaufen.<sup>121</sup>

## 2.8 Bettelei

Durch die hohe Arbeitslosigkeit und die oft unzureichenden staatlichen Unterstützungen waren viele Menschen gezwungen, betteln zu gehen. Durch Betteln oder die Inanspruchnahme von privaten Zuwendungen von karitativ tätigen Vereinen versuchten die Betroffenen, über die Runden zu kommen. „Das Überleben auf der Landstraße erforderte häufig die Kombination mehr oder minder legaler und/oder mehr oder minder illegaler Tätigkeiten. Klar und eindeutig war diese Unterscheidung selten. Einige Strategien, einen Lebensunterhalt zu finden, waren staatlich geduldet, reguliert und erforderten Bewilligungen, die allerdings nur selten vergeben wurden und zahlreichen Beschränkungen unterlagen.“<sup>122</sup> Viele hielt das Gesetz nicht vom Betteln ab, da sie oft gar keine andere Wahl hatten. Dazu kam, dass in „der zeitgenössischen Vorstellung“<sup>123</sup> davon ausgegangen wurde, dass nicht jedes Betteln krisenbedingt war, und man unterstellte Bettlern, „Missbrauch mit der Armut“<sup>124</sup> zu treiben. Gerade in Niederösterreich sah man Wien als Schuldigen für diese „Bettelplage“.<sup>125</sup> Um das Überhandnehmen der Bettler zu regulieren, entstand 1935 die „Heimatgesetznovelle“. Diese schuf zwei Arten von Aufenthaltsgemeinden: eine „dauernde“ und eine „vorübergehende“.

---

<sup>118</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1933 16. 11. 1933

<sup>119</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 94 (25.11.1933) 3

<sup>120</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 16 (25.2.1933) 1

<sup>121</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 16 (25.2.1933) 1

<sup>122</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 537

<sup>123</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 538

<sup>124</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 538

<sup>125</sup> Sigrid Wadauer, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren, 537 – 538

Die Heimatgemeinde der „Bettlern“ war laut diesem Gesetz nur noch bei Sachaufwendungen, die eine andere Gemeinde hatte, regresspflichtig. Weiters kam hinzu, dass „Fremdzuständigen“ (das heißt „Bettlern“ aus anderen Gemeinden) nur mit einem Unterstützungsausweis der jeweiligen Heimatgemeinde Unterstützung zustand, wenn sie in eine andere Gemeinde kamen.<sup>126</sup> „Dieser Regelung kam enorme Bedeutung zu, waren doch selbst in den 1930er Jahren in den Städten noch ungefähr die Hälfte und in den Landgemeinden etwa ein Drittel der BewohnerInnen nicht in ihren Aufenthaltsgemeinden ‚zuständig‘, d. h. nicht heimatberechtigt. Angesichts nicht unbeträchtlicher Fürsorgeunterstützungen für Fremdzuständige führte dies zu endlosen Streitigkeiten zwischen den Gemeinden um entsprechende Regressforderungen.“<sup>127</sup> Ziel der „Heimatgesetznovelle“ war es, das „berufsmäßige“ Wandern beim „Betteln“ zu unterbinden und größere Gemeinden finanziell zu entlasten, da kleinere Gemeinden (angeblich) erfahrungsgemäß weniger sparsam mit der Unterstützung von „Hilfsbedürftigen“ umgingen.<sup>128</sup>

In der Stadtgemeinde Baden, die als Kurstadt vom Fremdenverkehr lebte, wurde Betteln als ein besonderes Problem gesehen. Die Bettelei hatte angeblich teilweise schon „aggressive“ Züge angenommen und war für viele Badener und vor allem für die Touristen zur Plage geworden. In Kornelius Fleischmanns „Baden 1918-1938“ wurde zur Veranschaulichung der Situation aus der Badener Zeitung von 1933 ein Leserbrief entnommen:

„So wie die politischen Straßendemonstrationen sind auch die unheimlich wachsenden Straßenbettelereien geeignet, den Fremden fortzuekeln. Ein Beispiel bietet die Weilburgstraße. Wer, wie ich, diesen Weg täglich zwei- bis sechsmal geht, wird vier- bis zwölf-, ja zwanzigmal angebettelt, manchmal von ganzen Familien, und hat nicht selten Verwünschungen und Beschimpfungen einzustecken, wenn er nichts gibt [...]“<sup>129</sup>

Vor allem an den bettelnden Kindern nahm man Anstoß. In der Gemeindetagssitzung vom 12. Dezember 1934 wurde ein Antrag auf „Bekämpfung des Bettelunwesens“ gestellt.<sup>130</sup> Es wurde dabei beschlossen, das sogenannte „Bettelgeld“ einzuführen. Das „Bettelgeld“ waren Wertmarken um 2, 5 und 10 Groschen, die von der Bevölkerung beim örtlichen Polizeiamt erworben werden konnten und den Bettlern anstelle von Geld gegeben werden sollten. Diese Marken konnten von den Bettlern beim Badener Polizeiamt gegen Geld oder Verköstigung eingelöst werden, aber nur dann, wenn sie nachweisen konnten, dass sie unter die Zuständigkeit

---

<sup>126</sup> Gerhard Melinz, Fürsorgepolitik(en). In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938 (Wien <sup>5</sup>2005), 243

<sup>127</sup> Gerhard Melinz, Fürsorgepolitik(en), 243

<sup>128</sup> Gerhard Melinz, Fürsorgepolitik(en), 243

<sup>129</sup> Kornelius Fleischmann, Baden 1918-1948, 74-75; Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 47 (14.6.1933) 3

<sup>130</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 100 (15.12.1934) 1

von Baden fielen, wodurch man Ortsfremde und Vagabundierende, die den größten Teil der Straßenbettler ausmachten, vom Betteln ausschloss und aus Baden „vertrieb“.<sup>131</sup>

Bei „Bettelrazzien“ wurden immer wieder Bettler verhaftet. In Baden wurden im Sommer 1936 einmal um die 120 Bettler – darunter 20 Roma und Sinti – verhaftet. Mit Lastautos wurden sie aus der Stadtgemeinde Baden und anderen Orten des Bezirks abtransportiert und vom Bezirksgericht wegen Betteln verurteilt. Sie bekamen fast durchwegs Arreststrafen von 24 bis 48 Stunden. Da aber im Polizei- und Bezirksgerichtsarrest in Baden zu wenig Platz war, um so viele Verurteilte aufzunehmen, wurde der größte Teil der Bettler in der Strassergasse in einem Notarrest untergebracht.<sup>132</sup>

## 2.9 Reorganisation des Sozialwesens

Das Sozialwesen wurde von der autoritären Regierung in vielen Bereichen stark verändert und damit änderten sich auch die mit dem Beginn der Ersten Republik eingeführten sozialen Errungenschaften. Viele der Erneuerungen wie zum Beispiel die Sozialversicherung erleichterten vor allem das Leben der Arbeiter, stellten aber während der Wirtschaftskrise auch eine große finanzielle Belastung für das Budget dar. Weil ein Widerstand gegen diesen Sozialabbau im Parlament nicht mehr möglich war, konnte die autoritäre Regierung unter dem Deckmantel der krisenbedingten Einsparung nun viele Sozialleistungen kürzen.<sup>133</sup>

Eine neue Form der Sozialhilfe wurde eingeführt. Diese jedoch wurde nicht vom Staat, sondern von privaten Vereinen und Privatpersonen getragen. Geprägt war die Vorstellung einer „guten“ katholischen Sozialhilfe von der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“. Sie sollte frei von Bürokratie im Sinne der christlichen Nächstenliebe sein und ehrenamtlich von Männern und Frauen ausgeführt werden, wobei der private Sektor gefördert und mit dem öffentlichen System über eine Zentrale zusammengefügt werden sollte. Diese Vorstellungen

---

<sup>131</sup> Kornelius *Fleischmann*, Baden 1918-1948, 74-75

<sup>132</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 56 (11.7.1936) 4

<sup>133</sup> Emmerich *Tálos*, Sozialpolitik im Austrofaschismus. In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer* (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933-1938 (Wien <sup>5</sup>2005) 223

kamen aber nicht allein von der päpstlichen Enzyklika „Quadragesimo anno“, sondern waren schon im Christlichsozialen Fürsorgeprogramm von 1926 enthalten.<sup>134</sup>

In der Praxis des autoritären Regimes sah es so aus, dass die Fürsorge und Wohlfahrtspflege Sache der Länder und Kommunen waren.<sup>135</sup> Daher ist es nicht verwunderlich, dass dieses Thema auch im Badener Gemeinderat immer wieder zur Sprache kam ebenso wie die zunehmende Zahl an Bettlern und Hausierern.

## 2.10 Winterhilfe

Beispielhaft für die schlechten Zeiten ist auch der Erlass von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg betreffend die Einsparungen bei Auszeichnungen, der bei der Gemeindetags-sitzung am 10. April 1935 verlautbart wurde. Der Erlass sah vor, „dass bei künftigen Ehrenbürgerernennungen von der Ausstellung von kostbaren Ehrenbürgerdiplomen mit Rücksicht auf die hohen Herstellungskosten Abstand genommen werden soll.“<sup>136</sup> Aus dem Erlass ging weiters hervor, dass, wenn die Gemeinde für solch einen Zweck eine bestimmte Summe bereitstellte, diese lieber für Wohltätigkeitszwecke verwendet werden sollte.<sup>137</sup>

Eine der wichtigsten Hilfsmaßnahmen für verarmte Menschen war die Winterhilfe. Auch auf Gemeindeebene hatte das Thema durch die geringe staatliche Unterstützung für Arbeitslose große Relevanz. Die Winterhilfe wurde von der Gemeinde Baden regelmäßig mit Spenden unterstützt. Unter anderem gab es in Baden Ausspeisungen für Kinder und bedürftige Haushalte erhielten Lebensmittelpakete.<sup>138</sup>

Dass die Aufteilung der Hilfsmittel nicht immer problemlos verlief, zeigt das vertrauliche Gemeinderatsprotokoll vom 22. März 1933. Bürgermeister Kollmann nahm zur Verteilung folgendermaßen Stellung und wies die Kritik der sozialdemokratischen Gemeinderätin Jagenbrein zurück:

---

<sup>134</sup> Gerhard *Melinz*, Fürsorgepolitik(en). 240

<sup>135</sup> Gerhard *Melinz*, Fürsorgepolitik(en). 245

<sup>136</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 30 (13.4.1935) 1

<sup>137</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 30 (13.4.1935) 1

<sup>138</sup> Badener Zeitung Jg. 59, Nr. 9 (29.1.1938) 3

„Frau GR. Jagenbrein hat mir die Liste übergeben von Leuten, die angeblich nichts von der Winterhilfe erhalten haben. Schon der erste Name, der mir in die Augen fällt, wenn ich die Liste aufschlage, ist ein Ausländer. Die Kinder bekommen bestimmt Ausspeisungen. Bei Kindern wird kein Unterschied gemacht, bei Erwachsenen ist dafür gesorgt, dass die Österreicher etwas bekommen. Ich werde die Sache Ihnen genau aufschreiben lassen bei jedem einzelnen Fall, aber ich sehe schon bei dem ersten Fall, dass die Sache nicht so ist, wie sie hingestellt wird.“<sup>139</sup>

Am 29. März 1933 teilte Bürgermeister Kollmann in der vertraulichen Sitzung mit, dass alle armen Kinder in Baden jetzt Unterstützung bekommen würden, und meinte, dass sich die Eltern einfach mit der Fürsorgebürokratie nicht auskannten.<sup>140</sup>

Im öffentlichen Gemeindetagsprotokoll vom 9. Jänner 1935 wurde die Zahl der von der Winterhilfe versorgten Personen in Baden angegeben. Bürgermeister Kollmann sagte:

„Ich teile mit, dass die Winterhilfe im Allgemeinen mit 7. Jänner eingesetzt hat. Bisher sind in Versorgung: 365 Kinder, 137 Erwachsene in der Ausspeisung, ferner wurden an 1058 Parteien je ein Kilogramm Speck und ein Lebensmittelpaket, bestehend aus 2 kg Mehl, 1 kg Kristallzucker, 1/2 kg Malzkaffee und 1 kg Bohnen, ausgegeben. Die Zahl der durch diese Hilfe Befürsorgten beträgt gegenwärtig 3485 Köpfe. Außerdem gelangten zur Ausgabe 25.000 kg Holz und 12.000 kg Kohle. Bitte das gütigst zur Kenntnis zu nehmen. Es wird natürlich eine Menge Klagen geben, die werden untersucht und revidiert und ev. wird es anders gemacht.“<sup>141</sup>

Ein Jahr später war der Gemeindetag sogar gezwungen, die Rentensteuerreserven anzugreifen, da das Fürsorgewesen vermehrt Geld brauchte, um die bedürftigen Badener weiterhin zu versorgen.<sup>142</sup>

Die Badener Zeitung berichtete regelmäßig über die Aktionen der Winterhilfe. Im Jänner 1933 berichtete die Badener Zeitung, dass es der Gemeinde Baden gelungen war, Milch zum Verkaufspreis von 34 Groschen den Liter an Ausgesteuerte beziehungsweise Arbeitslose gegen Vorweis des Bescheids oder der Arbeitslosenkarte am Strohmarkt zwischen 7 und 9 Uhr von der Meierei Haidhof anzubieten.<sup>143</sup> Selbst die Spendensummen für die Winterhilfe beziehungsweise die Spender wurden aufgezählt. In der Badener Zeitung vom 21. Jänner 1933 konnte man Namen von Privatpersonen lesen, die gespendet hatten, aber auch der Kreditverein, das Sanatorium Gutenbrunn und die Stadtgärtnerei unterstützten die Aktion

---

<sup>139</sup> StAB Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 1932, 22.3.1932

<sup>140</sup> StAB Vertrauliche Gemeinderatsprotokolle 1932, 29.3.1932

<sup>141</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1935, 9.1.1935


<sup>142</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 10.12.1936

<sup>143</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 3 (11.1.1933) 2

„Winterhilfe“ finanziell.<sup>144</sup> 1934 und 1935 wurden erneut die Spendernamen in der Badener Zeitung veröffentlicht.<sup>145</sup>

Für die Winterhilfe wird auch geworben, wie in der Ausgabe der Badener Zeitung vom 12. Jänner 1935:<sup>146</sup>

---

 **Bergesst nicht auf die Winterhilfe!**

---

Weitere Hilfsmaßnahmen bestanden darin, Veranstaltungen zu machen, deren Erlöse der Winterhilfe zugute kamen, wie zum Beispiel die regelmäßig veranstalteten Winterhilfskonzerte in der Trinkhalle.<sup>147</sup>

Selbstverständlich beteiligte sich die Vaterländische Front an der Winterhilfe. Die Badener Zeitung berichtete von einer Kleidersammlung, die von der Vaterländischen Front veranstaltet wurde.<sup>148</sup>

Im Winter 1936/37 hatte sich die soziale Lage nicht verbessert. Es gab immer noch viele Menschen, die von der Winterhilfe abhängig waren. Die Bundesregierung wendete sich mit Aufrufen wieder an die Bevölkerung, um diese „um tatkräftige Mithilfe zu bitten“, damit die Betroffenen unterstützt werden konnten.<sup>149</sup> Auch Anfang des Jahres 1938 berichtete die Badener Zeitung von Ausspeisungen für Erwachsene und Kinder sowie von der Lebensmittelpaketausgabe.<sup>150</sup>

Die Badener Zeitung berichtete zwar viel über die Winterhilfe, blieb aber bei ihren Berichten kurz oder erzählte nur über die Veranstaltung selbst. Einen Kommentar zur Armut und der Sozialunterstützung findet man nicht.

---

<sup>144</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 6 (21.1.1933) 3

<sup>145</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 7 (24.1.1934) 3; Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 11 (6.2.1935) 2

<sup>146</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 4 (12.1.1935) 1

<sup>147</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 94 (25.11.1933)

<sup>148</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 94 (23.11.1935) 2

<sup>149</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 8 (25.1.1936) 1; Nr. 90 (7.11.1936) 1

<sup>150</sup> Badener Zeitung Jg. 59, Nr. 9 (29.1.1938) 3

### 2.10.1 Verarmung in Baden

Die generelle Verarmung der Bevölkerung Badens belegt unter anderem der Fall des verstorbenen Dachdeckers Peter Weber, der der Gemeinde noch 378,47 Schilling an Lohnabgaben schuldete, dessen Erbe aber nicht einmal ausreichte, um die Begräbniskosten zu decken.<sup>151</sup> Die Gemeinderats- und Gemeindetagsprotokolle von Baden belegen, dass die Zahl derer, die ihre Steuern und Abgaben an die Gemeinde nicht bezahlen konnten, immer größer wurde. Immer öfter kam es zu Anfragen an die Gemeinde auf Wertzuwachsabgabensenkungen und Lustbarkeitsabgabennachlass, welche der Gemeindetag auch genehmigte, da keiner der Betroffenen hätte bezahlen können.<sup>152</sup> Auch in den Jahren darauf änderte sich nichts an der Situation. Viele steuer- und abgabepflichtige Bürger konnten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen und erhielten von der Gemeinde einen Steuernachlass. Selbst das Theater konnte seine Kokslieferungen nicht mehr bezahlen.<sup>153</sup>

---

<sup>151</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1935, 10.4.1935

<sup>152</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1935, 10.4.1935

<sup>153</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 12.3.1936



## 3 Politik

### 3.1 Baden

Im Jahr 1929, in welchem die letzten Gemeinderatswahlen stattfanden, wurde zum fünften Mal der Christlichsoziale Josef Kollmann (1868 – 1951) mit knapper Mehrheit zum Bürgermeister gewählt.<sup>154</sup> Kurz davor war ein neues Wahlgesetz in Kraft getreten, das ein striktes Verhältniswahlrecht vorsah und die Anzahl der Gemeinderatsmitglieder neu festlegte. Nach der Wahl vom 10. November 1929 gab es in Baden 39 Gemeinderäte, die sich folgendermaßen auf die Parteien verteilten:

Christlichsoziale: 21 Mandate mit 6.924 Stimmen

Alois Berger, Alois Beck, Friedrich Bernhofer, Alois Brusatti, Louise Ecker, Leopold Fahner, Hugo Fischer-See, George Gehrler, Karl Gleichweit, Julius Hahn, Karl Haydn, Karl Höld, Anton Schilcher, Vilma Schlick-Bolfras, Robert Schmidt, Franz Schwabl, Karl Schwanke, Albert Seyk, Otto Sulzenbacher, Rudolf Woisetschläger und Bürgermeister Josef Kollmann

Sozialdemokraten: 15 Mandate mit 4.896 Stimmen

Vilma Balzarek, Alexander Berka, Ludwig Brunner, Fritz Döhner, Siegfried Justitz, Franz Klinger, Hugo Leitner, Franz Meixner, Franz Schefzig, Franz Schulz, Anton Schwarz, Franz Spröck, Ludwig Werba, Rudolf Zach, Anton Jorgo

Nationalsozialisten: 1 Mandat mit 627 Stimmen

Franz Schmid

Großdeutsche: 2 Mandate mit 715 Stimmen

Franz Trenner, Richard Kurtics<sup>155</sup>

Unter den sozialdemokratischen Abgeordneten gab es zwei Frauen: Balzarek und später Jadenbrein. Die Christlichsozialen hatten eine Frau, Vilma Schlick-Bolfras, in den

---

<sup>154</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 162

<sup>155</sup> *Badener Zeitung* Jg. 50, Nr. 91 (11.11.1929) 1

Gemeinderat entsendet. Erst nach der Ausschaltung der Demokratie kam mit Jenny Funder<sup>156</sup> eine zweite Frau aufseiten der Christlichsozialen in den Badener Gemeinderat.

Der nationalsozialistische Gemeinderat Franz Schmid legte gegen das Wahlergebnis 1929 Protest ein, da der Nationalsozialistischen Partei sechs Stimmen auf ein zweites Mandat fehlten, und verschob dadurch die konstituierende Sitzung um einige Tage.<sup>157</sup>

In seiner Rede zur Amtseinführung 1929 appellierte Bürgermeister Josef Kollmann an die Parteien, zusammenzuarbeiten, sie hätten alle Projekte, die für die Gemeinde Arbeitsplätze brachten, mit beschlossen und sollten dazu auch stehen. Der sozialdemokratische Gemeinderat Hugo Leitner betonte, dass es zwar richtig sei, dass alle zugestimmt hatten, aber die Gemeinderäte hätten weder Zeit gehabt, sich dies länger zu überlegen, noch wären sie genau informiert worden.<sup>158</sup>

Es gab zwischen Bürgermeister Kollmann und den sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern immer wieder solche Unstimmigkeiten, wie zum Beispiel bei dem Rechnungsausschuss 1930, wo die Opposition erst den Rechnungshof einschalten musste, um Einsicht zu bekommen.<sup>159</sup> Die Kritik des sozialdemokratischen Gemeinderats Leitner bezog sich in erster Linie auf den Bau des Strandbads und der Trinkhalle, bei dem er die Ansicht vertrat, von Bürgermeister Kollmann hereingelegt worden zu sein. Es ist natürlich fraglich, inwieweit eine Argumentation, in der man zugibt, „überrumpelt“<sup>160</sup> worden zu sein, wie Gemeinderat Leitner es ausdrückte, wirklich Sinn macht, denn so eine Aussage lässt sich auch leicht als Schwäche der Partei auslegen. Generell sollte diese Kritik von Gemeinderat Leitner aber nicht überbewertet werden, denn wären die beiden Projekte ein Erfolg geworden, wären alle Parteien froh gewesen, dass sie ihnen zugestimmt hatten.

### 3.1.1 Veränderung in der kommunalen politischen Struktur

Das autoritäre System, das Dollfuß in Österreich etablierte, berief sich nicht mehr auf demokratische Legitimation, sondern griff wieder auf hierarchisch bestimmte Entschei-

---

<sup>156</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 169; Viktor Wallner, Badener Betrachtungen, 112

<sup>157</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 162

<sup>158</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1929, 9.12.1929

<sup>159</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 170-171

<sup>160</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1929, 9.12.1929

dungen, Verordnungen und Ernennungen zurück.<sup>161</sup> Dies spiegelte sich in der neuen Position des Bürgermeisters wider. Dieser war nun die allumfassende Macht in der Stadtgemeinde, die er nach außen hin vertrat. Er hatte in der Stadtgemeinde die Aufsicht über sämtliche Ämter im Bereich Personalpolitik und Organisation sowie die Aufsicht und Kontrolle.<sup>162</sup>

Diese mächtige Position des Bürgermeisters im autoritären Regime hieß aber nicht, dass alle Personen in der Gemeinde unter dem Bürgermeister standen. War der Badener Bürgermeister Kollmann zu Beginn ein Anhänger des autoritären Regimes, so änderte sich diese Einstellung schon sehr bald hin zu einer loyalen, aber kritischen Haltung. Eines der Beispiele, das die neue Ordnung sehr deutlich zeigt, war der Fronleichnamsumzug, bei dem sich Bürgermeister Kollmann ärgerte, dass er als Bürgermeister nicht hinter dem Himmel, sondern hinter einem ernannten Bundesbediensteten niedrigen Rangs gehen soll. Bürgermeister Kollmann fand aber laut Meissner einen Weg, doch direkt hinter dem Himmel zu gehen.<sup>163</sup>

Verfolgt man die Gemeindetagsprotokolle, so stellt man fest, dass die Sitzungen immer bedeutungsloser wurden. Die wichtigen Verordnungen kamen von oben. Unten wurde mehr oder weniger nur noch abgelesen. Die Frustration im Gemeindegeldtag kann man regelrecht aus den Protokollen herauslesen. Die Interpretation von fertigen Gesetzestexten löste die einstigen produktiven Debatten ab.

### **3.1.2 Die Gemeindevertretung Baden von 1933 bis März 1938 anhand der Sitzungsprotokolle**

Jede Sitzung des Gemeinderats in Baden wurde nach demselben Schema abgehalten: Der Bürgermeister eröffnete die Sitzung mit einer Mitteilung. Danach kamen die Tagesordnungen, bei denen die Gemeinderäte die Möglichkeit hatten, sich zu äußern.

Baugenehmigungen und Pacht, Reparaturen, Parzellierungen, Konzessionen, Ansuchen, Genehmigungen bis hin zum Erlassen von Gebühren oder zum Bau von Häusern etc. waren die häufigsten Aufgaben. Weiters kamen Themen wie das Budget der Gemeinde, die Gemeindegeldverwaltung und die Weiterleitung von Anordnungen zur Sprache. Generell

---

<sup>161</sup> Emmerich Tálos, Walter Manoschek, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933- 1938 (Wien <sup>5</sup>2005) 126

<sup>162</sup> Maren Selinger, Führerprinzip und Berufständische Vertretung auf kommunaler Ebene?, In: In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933- 1938 (Wien <sup>5</sup>2005) 167-168

<sup>163</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 189

kann aber aufgrund der Durchsicht der Protokolle des Gemeinderats beziehungsweise ab 1934 des Gemeindetags behauptet werden, dass die Gemeinderats- beziehungsweise Gemeindegtagssitzungen immer weniger und kürzer wurden. Neben der Anzahl und Länge der Sitzungen änderten sich auch die besprochenen Themen Weiterleitungen von Gesetzen und Steuernachlässe dominierten nun die Protokolle. Debatten gab es deshalb meist nicht mehr.

### *3.1.2.1 Themen im Jahr 1933*

Ein allgegenwärtiges Thema, das die Stadtgemeinde während der Jahr 1933 – 1938 beschäftigen sollte, war die Winterhilfe, für die am 18. März 1933 zusätzlich ein Nachtragskredit von 9.000 Schilling genehmigt wurde.<sup>164</sup> Doch nicht nur die Armut vieler Bürger belastete die Gemeinde.

#### *Das Problem der Aufmärsche in einem Kurort*

Die rivalisierenden Parteien, die mit ihren Aufmärschen und anderen Aktionen im öffentlichen Raum den Kurbetrieb störten und damit auch den Geschäften Badens schaden, stellten zu jener Zeit ein besonderes Problem dar. Aus diesem Grund befasste sich der Gemeinderat mit Maßnahmen zur Sicherung von Ordnung und Ruhe in Baden. Der Christlichsoziale Vizebürgermeister Julius Hahn schlug in der Gemeinderatsdiskussion vom 5. April 1933 vier Verbote für den Zeitraum von 15. April bis 15. Oktober jedes Jahres vor: Das Tragen von Uniformen bzw. das Tragen von eindeutig zuordenbaren Teilen von Uniformen sollte verboten werden.

Zweitens sollte das Herumtragen oder Anschlagen von Plakaten etc. mit politischem Inhalt verboten werden.

Drittens sollten öffentliche Versammlungen und Umzüge in der Zeit unterbunden werden.

Zum vierten Verbot, das unter anderen Bummeln und Singen im öffentlichen Raum betraf, hieß es im Gemeinderat vom 5. April 1933: „Spaziergänge (Bummeln) politischer Parteien und Vereinigungen auf den Fahrbahnen und Gehsteigen sind, wenn wiederholt bestimmte Wegstrecken begangen werden und Verkehrsstörungen möglich sind, verboten. Verboten ist ferner das Herumstehen mit Fahrrädern und Motorrädern auf Strassen und Gehsteigen ähnlich alles Lärmen und Schreien (Sprechchöre, Wanderlieder, etc.).“<sup>165</sup>

Wer sich nicht an dieses Verbot hielt, konnte mit bis zu 14 Tagen Arrest oder einer Geldstrafe von bis zu 200 Schilling bestraft werden. Dieser Vorschlag wurde vom Gemeinderat am 5.

---

<sup>164</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 24 (25.3.1933) 3

<sup>165</sup> Stadtarchiv Baden (StAB), Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 5.4.1933

April 1933 angenommen. Vizebürgermeister Schulz forderte im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder ein Verbot aller politischen Organisationen. Hierfür benutzte er den Sammelbegriff „Selbstschutzformationen“. Vizebürgermeister Julius Hahn gab zu bedenken, dass sich viele Gruppen mit dem Wort „Selbstschutzformation“ nicht angesprochen fühlen würden. Es war jedoch für die Stadtgemeinde wichtig, dass keine der Organisationen durch eine unzureichende Klassifizierung dem neuen Gesetz entgehen konnte, da die Straßendemonstrationen den Kurbetrieb und die Touristen massiv störten.<sup>166</sup> Die Badener Zeitung berichtete über den Beschluss des Gemeinderats Baden, dass die Gemeinde Baden den Landeshauptmann von Niederösterreich bitten werde, ein Verbot für politische Aktivitäten durchzusetzen, wie es Vizebürgermeister Julius Hahn im Gemeinderat vorgebracht hatte.<sup>167</sup>

In Deutschland führte die nationalsozialistische Regierung die sogenannte 1.000-Mark-Sperre ein; dies bedeutete, dass jeder deutsche Bürger, der nach Österreich reisen wollte, dafür ohne Rückvergütung 1.000 Mark zahlen musste – eine Maßnahme, die das wirtschaftlich geschwächte Österreich hart traf.<sup>168</sup> Durch die Sperre kam es auch in Baden zu einem Rückgang der Gästezahlen. Um neue Kurgäste zu gewinnen, hielt es die Stadt Baden für notwendig, mehr Reklame für den Kurort zu machen, und man beschloss daher im Oktober 1933 eine Erhöhung des Werbebudgets:

„Referent Vizebürgermeister (Vbgm.) Dr. Hahn: Wir haben im Voranschlage für Reklame eine Ausgabesumme festgesetzt gehabt von S 29.860. — Nun sind wir heuer im Sommer genötigt gewesen, größere Ausgaben zu machen mit Rücksicht auf die allgemeine Ausreisesperre aus Deutschland und mussten wir daher mehr Propaganda im übrigen Ausland betreiben. Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Reklamepost zu überschreiten. Wir haben bereits S 29.022.64 ausgegeben, haben noch restliche Zahlungsverpflichtungen v. S 205.33, haben daher jetzt schon mit noch offenen Posten eine Überschreitung, die aber nicht mehr als S 4.000. — ausmachen soll. Die Kurkommission<sup>169</sup> hat sich bereit erklärt, die Hälfte der Überschreitung zu tragen, und bereits einen diesbezüglichen Beschluss gefasst. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen, dass die Gemeinde die andere Hälfte, also S 2.000. — trägt. Es wäre also zu beschliessen, die Reklamepost um S 4.000. — zu erhöhen, wovon die Hälfte die Kurkommission trägt.“<sup>170</sup>

Der Antrag auf Erhöhung des Werbebudgets wurde vom Gemeinderat angenommen. Dass die Kurkommission einen finanziellen Betrag leistete und auch sonst eng und gut mit dem

---

<sup>166</sup> Kornelius *Fleischmann*, Baden 1918- 1948. 30 Jahre im Spiegel der Badener Zeitung (Baden 1979) 74

<sup>167</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 28 (8.4.33) 3

<sup>168</sup> Nikola *Langreiter*, Niederösterreich Tourismus 1918-1995, 131

<sup>169</sup> Die Kurkommission ist die oberste Verwaltungsebene, wenn es um das Kurhaus und jeden anderen Bereich der Kurbetriebes und Heilquellen geht

<sup>170</sup> StAB, Gemeinderatsprotokolle 1933, 4.10.1933

Bürgermeister zusammenarbeitete, hing damit zusammen, dass Bürgermeister Kollmann den Vorsitz der Kurkommission über hatte.<sup>171</sup>

### *3.1.2.2 Der Gemeinderat Baden nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei*

Nach den Februarkämpfen 1934 kam es zu einem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und den sozialdemokratischen Gemeinderäten wurden die Mandate aberkannt. Nach der Beseitigung der Demokratie auf Bundesebene im März 1933 war nun auch auf Gemeindeebene die Demokratie beendet worden:

„Die Bezirkshauptmannschaft hat folgende Mitteilung anher gelangen lassen: (Bezirkshauptmannschaft Baden) 22.II. 1934, Z: II- 280, sozialdemokratische Partei; Erlöschen der Mandate. Z: 520 Stadtvorstand Baden)

Mit der Verordnung der Bundesregierung v. 12. Feb. 1934, L.G.BL.NR. 78 wurde der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs jede Betätigung verboten. [...]"<sup>172</sup>

Die Badener Zeitung berichtete am 31. März 1934 darüber: „Der Bürgermeister eröffnet kurz nach 5 Uhr die Sitzung und teilte das amtliche Verbot der sozialdemokratischen Partei sowie das Erlöschen aller Mandate dieser Partei mit.“<sup>173</sup>

Der veränderte Gemeindetag, wie der Gemeinderat nun hieß, hatte damit statt wie früher 39 nur noch 25 Mitglieder. Bei den Mandataren der Christlichsozialen kam es zu folgenden Änderungen: Der Christlichsoziale Karl Gleichweit ging in Pension. Ihm folgte Josef Prechtl nach, und die Christlichsoziale Jenny Funder sowie Karl Pazeller wurden in den Gemeindetag aufgenommen. Der Gemeindetag in Baden sah im März 1934 wie folgt aus:

Bürgermeister: Josef Kollmann  
Vizebürgermeister: Julius Hahn

Geschäftsführende Gemeinderäte: Otto Sulzenbacher, Alois Berger, Alois Beck, Georg Gehrler, Robert Schmidt, Anton Schilcher

Gemeinderäte: Friedrich Bernhofer, Johann Buchhart, Louise Ecker, Leopold Fahnler, Fritz Fischer-See, Jenny Funder, Karl Höld, Richard Kurtics, Vladimir Mikunda, Karl Pazeller, Franz Schwabl, Rudolf Stricker, Franz Trenner, Rudolf Woisetschläger, Albert Seyk, Vilma Schlick-Bolfras, Josef Prechtl

---

<sup>171</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 145

<sup>172</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 28.3. 1934

<sup>173</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 26/27 (31.3.1934) 4

Schriftführer: A.V. Alfred Kobl und GR Louise Ecker<sup>174</sup>

Mit dem Betätigungsverbot für die NSDAP und dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei gab es mit Ausnahme vom Großdeutschen Franz Trenner nur noch Mitglieder der Christlichsozialen Partei im Badener Gemeinderat. Die Großdeutsche Volkspartei hatte sich im Mai 1933 zu einem „Kampfbündnis“ mit der NSDAP zusammengeschlossen und sich selbst aufgelöst. Im Gemeindetag in Baden verblieb Franz Trenner jedoch als großdeutscher Mandatar. Im Laufe des Jahres 1934 löste sich die Christlichsoziale Partei auf und die Parteifunktionäre wurden Funktionäre der Vaterländischen Front.

### *3.1.2.3 Themen im Jahr 1935*

Nach der Ausschaltung der politischen Opposition regierten die ehemals Christlichsozialen Gemeinderäte allein. Erst 1935 wurden von der Vaterländischen Front neue Mitglieder in den Gemeindetag berufen. Die Badener Zeitung beschreibt am 12. Jänner 1935 die autoritäre Regierungsform auf Gemeindeebene folgendermaßen:

„Im Saal herrschte Premierienstimmung. Es war zwar nicht ganz so, wie ehemals beim Zusammentritt eines neu gewählten Gemeinderates. Damals wurde gerne die politische Zugehörigkeit betont, die einzelnen Fraktionen suchten untereinander wenig persönliche Berührung. Dieses Mal standen die Gemeinderäte in Gruppen plaudernd beisammen, schlossen untereinander Bekanntschaft. Unverkennbar ist die Ausschaltung der trennenden politischen Momente. [...] Geflissentlich verteilen sich die Vertreter auf alle Bankreihen. Die Scheidung in ‚Rechts‘ und ‚Links‘, Mehrheit und Minderheit, Zustimmende oder Oppositionelle fällt weg, getreu dem Verfassungsgrundsatz, dass Parteienzugehörigkeit im neuen Österreich mangels Bestehens politischer Parteien unmöglich ist.“<sup>175</sup>

Dieser Auszug aus dem Artikel der Badener Zeitung vom 12. Jänner 1935 spiegelt eine Situation wider, die ganz dem Bild des autoritären Regimes angepasst war. Feierlichkeit, das Gefühl von Zusammengehörigkeit und die Betonung, wie schädlich sich die anderen demokratischen Parteien auf die „Gemeinschaft“ ausgewirkt hätten, da diese nur, wie der Artikel den demokratischen Parteien vorwirft, auf politische Zusammengehörigkeit geachtet hätten. Man gewinnt dabei den Eindruck einer Siegerstimmung, fast als sei „eine Last“ abgefallen. Kurz gesagt stellt der Artikel einen „der Höhepunkte“ der verklärten Darstellungen des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes in der Badener Zeitung dar.

Der 1935 berufene Gemeindetag hatte folgende Mitglieder:

---

<sup>174</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 28.3.1934

<sup>175</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 4 (12.1.1935) 3

Bürgermeister: Josef Kollmann

Vizebürgermeister: Julius Hahn, Otto Sulzenbacher (ab 1936)

Geschäftsführende Gemeinderäte: Alois Berger, Alois Beck, Georg Gehrer, Robert Schmidt, Anton Schilcher

Gemeinderäte: Friedrich Bernhofer, Johann Buchhart, Louise Ecker, Leopold Fahner, Fritz Fischer-See, Jenny Funder, Karl Höld, Richard Kurtics, Vladimir Mikunda, Karl Pazeller, Franz Schwabl, Rudolf Stricker, Franz Trenner, Rudolf Woisetschläger, Albert Seyk, Vilma Schlick-Bolfras, Josef Prechtl

Die neuen Gemeindetagsmitglieder aus der Vaterländischen Front waren:

Leopold Breinschmidt, Heinrich Doblhoff-Dier, Alexander Eisler, Franz Ekert, Julius Tanisch, Wilhelm Malanuit, Richard Putz, Franz Schreiber

Schriftführer: A.V. Alfred Kobl und GR Louise Ecker<sup>176</sup>

Bürgermeister Josef Kollmann erhielt 1935 die Ehrenbürgerschaft.<sup>177</sup> In der Biografie von Meissner kann man lesen, dass er bereits 1924 dafür vorgeschlagen wurde und von den Badener Sozialdemokraten im Jahr 1933.<sup>178</sup>

Im April 1935 wurden zwölf Gemeinderatsvertreter in die Kurkommission gewählt und das im Sinne des Wortes „wählen“, denn Bürgermeister Kollmann ließ wie in Zeiten der Demokratie wählen, obwohl er die Mitglieder autoritär hätte bestimmen können. Die Wahl der Kurkommission war natürlich kein nennenswertes Ereignis, das auf die Bundespolitik irgendwelche Auswirkungen gehabt hätte, aber es zeigt, dass zumindest Bürgermeister Kollmann nicht mehr ganz mit den Maßnahmen und Verordnungen des autoritären Regimes einverstanden war.

Im Gemeindetag erklärte Bürgermeister Kollmann, warum er eine Wahl der Mitglieder der Kurkommission einer Ernennung vorziehe:

„Wir haben jetzt für diese Art der Geschäftsführung keine entsprechende Vorschrift. Nach der Alten wurde gewählt. In der Zwischenzeit hatten die Parteien auf Grund des Verhältniswahlrechtes das Vorschlagsrecht und der Vorschlag war schon die Wahl. Nachdem wir keine Parteien mehr haben und doch eine Auswahl getroffen werden soll, bleibt ein anderer Weg nicht übrig und ich muss an Stelle der Ernennung, die ich Autokrat vornehmen

---

<sup>176</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 4 (12.1.1935) 3; StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 28.3.1934

<sup>177</sup> In der Festsitzung waren der Bezirkshauptmann Karl Rupprecht, Bürgermeister-Stellv. Julius Hahn, Altbürgermeister GV Franz Trenner und Amtsleiter Alfred Kobl (als Schriftführer) anwesend: StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1935, 13.3.1935

<sup>178</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 195



hätte müssen, zur Wahl greifen und glaube mit derselben sind die Mitglieder des Gemeindetages zufrieden.“<sup>179</sup>

Bei der Wahl wurden folgende Personen in die Kurkommission gewählt:

„Bürgermeister Stellvertreter Dr. Julius Hahn, Gemeindevertreter Friedrich Bernhofer, Gemeinderat Alois Beck, Gemeindevertreter Franz Eckert, Gemeindevertreter Richard Kurtics, Gemeinderat Georg Gehrler, Gemeindevertreter Dr. Karl Höld, Gemeindevertreter Dr. Wilhelm Malanuk, Gemeinderat Anton Schilcher, Gemeinderat Robert Schmidt, Gemeindevertreter Rudolf Stricker, Gemeindevertreter Dr. Franz Trenner.“<sup>180</sup>

#### *3.1.2.4 Themen im Jahr 1936*

Im Jänner 1936 wurde die Wahl zum zweiten Bürgermeisterstellvertreter abgehalten. Gemeinderat Bundeskulturrat Hofrat Prof. Dr. Otto Sulzenbacher wurde mit 26 Stimmen gewählt.<sup>181</sup> Bis dahin hatte es keinen zweiten stellvertretenden Bürgermeister gegeben.

#### *Veränderung auf der Gemeindeebene*

Ein Beispiel für die kommunale politische Veränderung durch die Politik des autoritären Regimes, die zeigt, warum immer weniger Sitzungen des Gemeindetags nötig waren und warum über immer weniger Themen von den Gemeindetagsmitgliedern „diskutiert“ werden musste, ist die Satzung der Krankenfürsorge der Stadtgemeinde Baden, bei der all jene Gemeindeangestellten Mitglieder waren, die der allgemeinen Dienstordnung unterstanden. Dieser Verein wurde in „Verein der Gemeindeangestellten“ umbenannt und die Statuten wurden geändert.<sup>182</sup> Bürgermeister Stellvertreter Julius Hahn sagte:

„Bei der Stadtgemeinde besteht seit vielen Jahren eine Krankenfürsorge. Dieselbe musste dem Verfassungsgesetze angepasst werden, einen anderen Namen erhalten und die Satzungen in formaler Rechnung geändert werden, sodass z. B. statt Gemeinderat jetzt Gemeindetag zu stehen hat, kurz dass die Ausdrücke nach der neuen Verfassung geändert werden. Ich stelle den Antrag, dass die Satzungen so genehmigt werden.“<sup>183</sup>

#### *3.1.2.5 Themen von 1937 bis 3. März 1938*

Im Jahr 1937 und in den Monaten vor den Anschluss kam es nur noch zu sehr wenigen Sitzungen des Gemeindetags und die wenigen, die es in dieser Zeit bis März noch gab,

---

<sup>179</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1935, 10.4.1935

<sup>180</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1935, 10.4.1935

<sup>181</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 23.1.1936

<sup>182</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 12.8.1936

<sup>183</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 12.8.1936

befassten sich mit der Abschreibung von Lohnabgaben, Nachlässen bei der Lustbarkeitssteuer und Ähnlichem.<sup>184</sup>

### 3.1.3 Badener Gemeindehaushalt und Gemeindefinanzen 1933 – 1938

Der härteste Streitpunkt zwischen den demokratisch gewählten Parteien im Gemeinderat war die Verschuldung der Gemeinde, die auf Bauten Ende der 1920er-Jahre zurückging. Bürgermeister Kollmann hatte versucht, den Kurbetrieb in Baden auszubauen. Unter anderem hatte er eine Trinkhalle errichten lassen, die 1928 eröffnet wurde. Da sich die Baukosten aufgrund der teuren Inneneinrichtung verdoppelt hatten, wurde dieser Bau von der Opposition im Gemeinderat kritisiert. Gemeinderat Franz Trenner von den Großdeutschen und früherer Bürgermeister klagte in einer Gemeinderatssitzung:

„Wie hätte ihn der damalige Gemeinderat Kollmann vermöbelt bei einer solchen ungenehmigten (!) Kostenüberschreitung, wenn der Bau 15 Jahre früher [in Trenners Amtszeit] gebaut worden wäre.“<sup>185</sup>

Die Sozialdemokraten waren sowohl gegen die Errichtung der Trinkhalle als auch gegen das 1926 erbaute Strandbad, da diese Einrichtungen ihrer Meinung nach wenig mit dem Kurbetrieb zu tun hatten und außerdem das Geld der Gemeinde nur in diese Bauten, nicht aber in die städtischen Bäder geflossen war. Sie kritisierten weiters, dass das Strandbad im Jahr 1928 einen Verlust von 110.000 Schilling erwirtschaftet hatte.<sup>186</sup> Zugestimmt hätten sie den Projekten trotzdem, wie ihnen Bürgermeister Kollmann schon bei seiner Amtseinführungsrede 1929 vorgehalten hatte.<sup>187</sup>

Bürgermeister Kollmann schätzte die Verschuldung der Gemeinde auch nicht als dramatisch ein wie die sozialdemokratischen Gemeinderäte und argumentierte, dass sinnvolle Bauvorhaben realisiert wurden. Die Gemeinde Baden hatte Ende 1931 sogar einen Schuldenstand von 17.580.636,- Schilling und Ende 1933 16.322.000,- Schilling Schulden.<sup>188</sup>

---

<sup>184</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1937, 3.6.1937

<sup>185</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 151, Meissner bezieht sich auf des von Gemeinderatsprotokoll vom 29.11.1928.

<sup>186</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 150-151, 163

<sup>187</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1929, 9.12.1929

<sup>188</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1934, 12.12.1934

Bürgermeister Kollmann rechtfertigte sich damit, dass im Vergleich zu anderen Gemeinden und Städten die Schulden nicht sehr hoch waren, aber nicht jeder im Gemeinderat war damit zufrieden. Einer davon war der nationalsozialistische Gemeinderat Franz Schmid, der die Finanzpolitik von Baden immer wieder stark kritisierte. Er verlas in der Gemeinderatssitzung vom 29. März 1933 einen Bericht des Obersten Rechnungshofs, in dem die Finanzgebarung der Gemeinde kritisiert wurde:

„Seit Jahren besteht bei der Stadtverwaltung (Baden) die Gepflogenheit, dass sehr beträchtliche Ausgaben für laufende wertvermehrende Ablagen vollzogen werden, für die im ordentlichen Gemeindebudget nicht vorgesorgt wird, für die sich nicht durchwegs die vorherige Genehmigung des Gemeinderates eingeholt wird. Es handelt sich hier vielmehr um Ausgaben, die allenfalls, gestützt auf die Zustimmung eines der Gemeinderatsausschüsse zunächst aus ordentlichen Gemeindemitteln – neuerdings unter Zuhilfenahme eines Kontokorrentkredites der Sparkassa – bestritten werden, und zwar in der bestimmten Voraussetzung, dass die ausgegebenen Beträge aus einem später aufzunehmenden Gemeindedarlehen wieder an die Sparkassa zurückfließen werden. Die Ausgaben selbst werden zumeist erst anlässlich der Genehmigung der Darlehnsaufnahme vom Gemeinderate nachträglich genehmigt.“<sup>189</sup>

Bürgermeister Kollmann und der stellvertretende Bürgermeister Julius Hahn rechtfertigten ihre Finanzpolitik, indem sie auf den Wert der Gemeindeimmobilien verwiesen. Julius Hahn kritisierte, dass sich der nationalsozialistische Gemeinderat Schmid nur die Stellen aus dem Bericht des Obersten Rechnungshofs herausgenommen hatte, die seine Sicht untermauerten. Andere Stellen aus dem Rechnungshofbericht, die positiv für die Gemeinde Baden waren, hatte er nicht erwähnt. Laut dem Rechnungshofbericht brauchte sich die Gemeinde um die Wertminderung von Immobilien keine Sorgen zu machen. „Es braucht Baden keine Sorge wegen dieses Abganges zu haben, weil es noch immer in dieser Reserve die Möglichkeit hat, die Sorge aus der Welt zu schaffen.“<sup>190</sup>

Es dürfte immer wieder einige Verschleierungen („Geheimniskrämerei“) in der Finanzpolitik der Gemeinde gegeben haben – etwas, dass die Sozialdemokraten Bürgermeister Kollmann vorwarfen. Unter anderem gab es bereits 1930 einen kleinen Skandal, als der Bürgermeister die Vorlagen der Jahresabrechnung immer wieder verschob und die anderen Gemeinderatsmitglieder schließlich den Rechnungshof einschalteten. Gemeinderat Franz Schmid kritisierte die Geldwirtschaft von Baden nicht nur im Badener Gemeinderat. Er benutzte auch den niederösterreichischen Landtag, „um die Badener Gemeindeverwaltung massiv anzugreifen. Unter anderem hieß es, dass für Empfänge und Saufgelage von der Gemeinde horrenden Summen ausgegeben würden, so z. B. für einen internationalen Rotarierkongress 2400. —S. für die Bundesbahndirektoren etwa 770. —S. Dem Gemeinderat gegen-

---

<sup>189</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 29.3.1933

<sup>190</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 29.3.1933

über bestritt er, das inkriminierte Wort Saufgelage verwendet zu haben.“<sup>191</sup> Zwar hatte Gemeinderat Franz Schmid, wie es ihm Bürgermeister Kollmann vorhielt, die Beschlüsse mitgetragen, aber Schmid konnte dem Bürgermeister nachweisen, dass dieser einen Passus des Berichts des Rechnungshofs nicht vorgelesen hatte. Bürgermeister Kollmann wurde im Gemeinderat auch immer wieder von den Sozialdemokraten kritisiert, weil er Informationen vorenthielt.<sup>192</sup>

### 3.1.4 Darlehen

1926 hatte der Gemeinderat eine Stadtanleihe aufgenommen. Dafür bestimmte die autoritäre Regierung Stichtage – bei Baden war es der 30. Juni 1934. Der Gemeindetag beschloss daher in der Gemeindetagssitzung am 27. Dezember 1934, die Kündigung der siebenprozentigen Badener Stadtanleihe im Betrag von 3.000.000,- Schweizer Franken bis 30. Juni 1935 zu vollziehen.<sup>193</sup>

Den Antrag, die Anleihen, die 1936 ausgelaufen wären, vorzeitig zu kündigen, begründete Bürgermeister Kollmann damit, dass er in der Zeitung gelesen hatte,

„[...] dass in ganz Österreich verschiedene Anleihen von Ländern und Gemeinde konvertiert werden und sehen, dass der Zeitpunkt dazu gegenwärtig sehr günstig ist, es ist auch eine niedrige Verzinsung möglich, daher haben wir die Empfindung, dass es besser ist, jetzt an diese Frage heranzutreten [...] In einem Jahr könnte es ungünstiger für uns sein. Im Wege der Konvertierung wird das Ausland Entgegenkommen zeigen und ist diese jetzt leichter zu erreichen, als dann, wenn der Stichtag verlaublich ist und wir gezwungen wären, zu diesem hohen Privatclearingskurs die Papiere einzulösen.“<sup>194</sup>

Bereits am 14. Jänner 1935 wurde die Kündigung vollzogen, die Umwandlung allerdings zog sich hin, wie die Badener Zeitung kritisierte.<sup>195</sup>

1936 wurde ein weiteres Darlehen – das Kommunaldarlehen von 1.000.000,- Schilling – bei der Landeshypothekenanstalt konvertiert. Bürgermeisterstellvertreter Julius Hahn referierte darüber. 27 von 31 Gemeindetagsmitgliedern waren anwesend – mehr als die notwendigen zwei Drittel – und der Vorschlag der Konvertierung wurde einstimmig angenommen.<sup>196</sup>

---

<sup>191</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann 178

<sup>192</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann 177-178

<sup>193</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 195

<sup>194</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle und Gemeindetagsprotokolle 1934, 27.12.1934

<sup>195</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 18 (2.3.1935) 4

<sup>196</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 23.1.1936

### 3.1.5 Budget

Tabelle 2: Überblick Budget

	Voranschlag	Jahresende	Schuldenstand
1933	+9.253,89		-16.322.000,-
1934		-223.798,11 <sup>197</sup>	-15.869.000,-
1935		+2.454,47...	
1936	-92.124,-	+6.209,84 <sup>198</sup>	
1937		-60.624,56 <sup>199</sup>	

Hatte die Stadtgemeinde Baden 1933 noch 16.322.000,- Schilling Schulden, so konnten diese bis 31. Dezember 1934 auf einen Schuldenstand von 15.869.000,- Schilling reduziert werden. Dieser Schuldenabbau wurde vor allem auf die Steuern, die das Spielcasino zahlte, zurückgeführt.<sup>200</sup>

#### 3.1.5.1 Budget 1933 und 1934

Zu den wichtigsten Themen im Gemeinderat zählte der Kostenvoranschlag für das jährliche Budget. Die Stadtgemeinde Baden budgetierte einen Überschuss von 9.253,89 Schilling für das Jahr 1933. Die Badener Zeitung schrieb dazu:

„Darüber hinaus ist noch eine weitere überaus bedeutungsvolle Feststellung zu machen. Dieses ausgeglichene Budget wird erreicht ohne irgendeine Erhöhung der städtischen Abgaben! Badens 20%ige Gemeindeumlage hat bereits Berühmtheit erlangt. Sie ist die niedrigste von allen österreichischen Gemeinden.“<sup>201</sup> Die Badener Zeitung betonte, dass die Bürger natürlich ihren Teil durch andere Abgaben (Hundesteuer, Lustbarkeitssteuer etc.) zum Finanzhaushalt von Baden beitrugen. Außerdem seien, wie die Badener Zeitung am 4. Jänner 1933 berichtete, die Gas- und Stromkosten nicht höher als in anderen österreichischen Gebieten, Wien ausgeschlossen. Darüber hinaus konnten einige Kosten auf die Kurgäste „übertragen“ werden.<sup>202</sup>

Durch radikale Sparmaßnahmen hatte die Stadtgemeinde den Voranschlag für 1933 um 167.000,- Schilling reduziert und hätte das Jahr ohne größere Verluste abschließen können,

<sup>197</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 12.3.1936

<sup>198</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1937, 17.3.1937

<sup>199</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1938, 3.3.1938

<sup>200</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 101 (19.12.1934) 1

<sup>201</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 1 (4.1.1933) 1

<sup>202</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 1 (4.1.1933) 1

doch durch die Einbrüche im Tourismus wurde das Gemeindebudget belastet. In Deutschland hatte die Regierung die 1.000-Mark-Sperre für die Ausreise nach Österreich erlassen.<sup>203</sup> Es kam 1933 zu einem Verlust von 624.000,- Schilling, den die Gemeinde nicht ausgleichen konnte. „So z. B. waren die Ertragsanteile um 103.000 Schilling, Fremdenzimmerabgaben um 44.000 Schilling, Bäder um 155.000 Schilling, Hotels um 77.000 Schilling in den Einnahmen geringer als vorherzusehen war.“<sup>204</sup> Vizebürgermeister Julius Hahn stellte den Antrag, die Schuld von 498.141,20 Schilling mit dem Darlehensbetrag von 400.000,- Schilling zu decken und den Rest vom Kapitalkonto abzuschreiben. Es handelte sich um ein für die Siedlungsaktion gemachtes Darlehen, das die Siedler nach und nach an die Gemeinde zurückzahlten. Am Jahresende 1933 vertagte der Gemeinderat den Kostenvoranschlag für 1934 mit der Begründung, man hätte für 1934 aufgrund des Baus des Spielcasinos noch keine konkreten Daten für einen Voranschlag. Der sozialdemokratische Gemeinderat Leitner nutzte diesen Umstand, um seine volle Unterstützung zuzusichern, aber zugleich auch klarzumachen, dass seine Partei immer noch „moralische Bedenken“ gegenüber dem Casino hatte. Gemeinderat Leitner betonte, dass er sich „keinen Goldstrom“ erwartete, jedoch hoffte, dass es zur wirtschaftlichen Besserung von Baden beitragen werde.<sup>205</sup>

Für das Jahr 1934 hoffte die Gemeinde Baden, auch durch die Spielcasinoeröffnung, auf eine finanzielle Verbesserung. Trotzdem wurden die Löhne der städtischen Angestellten gekürzt.<sup>206</sup> Am Ende des Jahres 1934 gab es einen Abgang von 223.798,11 Schilling.<sup>207</sup>

### 3.1.5.2 Budget 1935

Der Voranschlag für 1936 budgetierte einen Abgang von 92.124,- Schilling.<sup>208</sup> Kurz vor Jahresende 1935 kam es zu einem neuen Erlass, der die Stadt verpflichtete, von den Casino-spielabgaben eine zehnprozentige Quote an das Land Niederösterreich zu überweisen. Der Verlust für Baden betrug 76.000,- Schilling. Die Gemeinde verzichtete trotzdem auf die Verschönerungs- und Fremdenzimmerabgabe, d. h. auf 95.000,- Schilling, und versprach, „dass bei gleich bleibender Einhebung aller übrigen Abgaben vor allem keine Umlagenerhöhung, wie dies in Gerüchten der letzten Wochen immer wieder in Aussicht gestellt worden sei,

---

<sup>203</sup> Nikola Langreiter, *Niederösterreich Tourismus 1918-1995*, 131

<sup>204</sup> Badener Zeitung Jg.55, Nr. 12 (10.2.1934) 1

<sup>205</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 28.12.1933

<sup>206</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 172

<sup>207</sup> StAB, Öffentliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 12.3.1936

<sup>208</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 102/103 (21.12.1935) 1

vorgenommen werde.“<sup>209</sup> Wegen geringerer Steuereinnahmen konnte man keine neuen Investitionen (wie z. B. Reparaturen an städtischen Gebäuden etc.) vornehmen.<sup>210</sup>

Dass die Stadtgemeinde Baden nun einen beachtlichen Teil ihrer Einnahmen abgeben musste, war für die Kurstadt ein großer Verlust. Baden hatte nämlich im Grunde keine Möglichkeit, dies durch andere Einnahmen, wie die im Artikel angesprochenen Verschönerungs- und Fremdenzimmerabgaben, wieder hereinzubekommen. Neue Abgaben wären zwar die einfachste Lösung gewesen, jedoch wären diese praktisch nicht umzusetzen gewesen, da viele Bürger schon die bestehenden Steuern nur mit Mühe oder gar nicht bezahlen konnten, wie die häufigen Anfragen auf Steuernachlass, vor allem bei den Wertzuwachssteuern, belegten. Daher hatte die Stadtgemeinde gar keine andere Wahl. Sie musste auf das Geld und somit auf die nötigen Investitionen in Renovierungsarbeiten verzichten.

### *3.1.5.3 Budget 1936 und 1937*

Zum Jahresende 1935 hatte die Gemeinde Baden durch die Einnahmen aus dem Casino einen Überschuss von 2.454,47 Schilling erwirtschaftet und die Stadtgemeinde hoffte, wie die Badener Zeitung berichtete, dass es sich wirtschaftlich langsam wieder besserte.<sup>211</sup> Beim Abschluss 1936 sahen die Gemeindetagsmitglieder die Finanzen jedoch wieder etwas nüchterner.<sup>212</sup> Zwar hatte man 1936 noch mehr Gewinn erzielen können, aber es zeigte sich bereits eine Verschlechterung, die darauf schließen ließ, dass es 1937 einen größeren Abgang geben wird, wie Gemeindevertreter Franz Trenner in der vertraulichen Gemeindetagssitzung vom 30. Dezember 1936 sagte:

„Das Präliminare 1937 unterscheidet sich von demjenigen des Jahres 1936, wie schon Herr Referent darlegte, dass wir mit einem größeren Abgang rechnen müssen und wollen. Das ausgeglichene Präliminare 1936 ist dadurch zustande gekommen, dass im abgelaufenen Jahre ein Sparsystem eingeschaltet wurde [...]“<sup>213</sup>

Beim Abschluss 1937 kam es wie erwartet zu einem hohen Verlust, der insgesamt 389.712,56 Schilling ausmachte. Der effektive Abgang betrug am Ende, durch die Aufrechnung der anderen Einnahmen, „nur“ noch 60.624,56 Schilling. Dieser hohe Verlust ist auf die Renovierung des Kurbades zurückzuführen.

---

<sup>209</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 104 (28.12.1935) 1

<sup>210</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 104 (28.12.1935) 1

<sup>211</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 23 (18.3.1936) 1

<sup>212</sup> StAB, Vertrauliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 30.12.1936

<sup>213</sup> StAB, Vertrauliche Gemeindetagsprotokolle 1936, 30.12.1936

### 3.1.6 Februarunruhen

Bei den Februarunruhen waren Neunkirchen, das Traisen-, Gölsen- und das Ybbstal sowie St. Pölten die Zentren der Kampfhandlungen in Niederösterreich.<sup>214</sup> In Baden fanden keine Kämpfe statt.

### 3.1.7 Juliputsch

In Niederösterreich war vom nationalsozialistischen Putsch im Juli 1934 kaum etwas zu spüren.<sup>215</sup>

Der Badener „Heimatschutz“ (Heimwehr) wurde in der Steiermark gegen die putschenden Nationalsozialisten eingesetzt. Meissner vermerkt dazu, dass der örtliche Heimatschutz in einem anderen Bundesland in Aktion trat, wo er zur Bekämpfung der Putschisten gebraucht worden sei. „Die Badener Einheit wurde unter dem Kommando von Alfred Kloß und Fritz Fischer-See in Leoben eingesetzt.“<sup>216</sup>

### 3.1.8 Dollfußgasse in Baden

Am 25. Juli 1934 putschten die Nationalsozialisten in Österreich und ermordeten Bundeskanzler Dollfuß, dem Kurt Schuschnigg als Bundeskanzler nachfolgte.<sup>217</sup>

Zu Gedenken an die Ermordung Dollfuß' gab es am 30. Juli 1934 eine Trauersitzung im Badener Gemeindetag. Wie in vielen anderen Städten wurde auch in Baden zu Ehren des ermordeten Bundeskanzlers eine Straße nach ihm benannt. Die Pfarrgasse, die zuvor bereits Burggasse, Wiener Gasse und Kirchgasse geheißen hatte, wurde 1934 in Dollfußgasse

---

<sup>214</sup> Josef *Prinz*, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918- 1938. In: Stefan *Eminger*, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik (Wien, Köln, Weimar 2008) Seite 61

<sup>215</sup> Josef *Prinz*, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918- 1938, 63

<sup>216</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 187- 188

<sup>217</sup> Alexander *Lassen*, The Foreign Policy of the Schuschnigg Government 1934 - 1938: The Quest for Security. In: Günter *Bischof*, Anton *Pelinka*, Alexander *Lassen* (Hg.), The Dollfuß/Schuschnigg Era in Austria (New Jersey 2003) Seite 164



umbenannt. 1938 wurde sie von den Nationalsozialisten wieder umbenannt und zur Otto-Planetta-Straße gemacht.<sup>218</sup>

### 3.1.9 Bundeskanzler Schuschniggs Besuch in Baden

Am 26. April 1936 kam Bundeskanzler Schuschnigg zu Besuch nach Baden.<sup>219</sup> Die Badener Zeitung schrieb darüber:

„In wochenlanger Arbeit waren die Voraussetzungen geschaffen worden, der Sonntag des 26. April brachte den Lohn für alle Mühe. Reicher Flaggen- und Fahnenschmuck schuf einen stimmungsvollen Schauplatz, die Massenbeteiligung der Bevölkerung vervollständigte das festliche Bild.“<sup>220</sup>

Über den Ablauf des Besuchs schrieb die Badener Zeitung, dass Bundeskanzler Schuschnigg eine „Heldenehrung“ vornahm und einen Kranz auf den Stufen des Kriegerdenkmals für die „Studentenhelden“ niederlegte. Es wurde eine Dollfuß-Gedenkfanne geweiht sowie ein Ehrenzeichen übergeben. „Auf dem Wege zum Stadttheater besuchte der Bundeskanzler das Frontkämpfer-Heim Badens, wo ihm die Obmänner sämtlicher Kameradschaftsverbände und vier Besitzer der Goldenen Tapferkeitsmedaille vorgestellt wurden. Und nun ging in das neue ‚Kanzler Kurt v. Schuschnigg-Heim‘ der Badener Sturmsharen im ‚Batzenhäusel‘, Theaterplatz.“<sup>221</sup>

Außerdem nahm der Bundeskanzler laut der Badener Zeitung noch an einer Heimweihe und einer Eröffnung teil und er besuchte die Turner und das Stadttheater.<sup>222</sup>

In der Badener Zeitung wurde die Begrüßung folgend beschrieben: „wurde der Bundeskanzler Dr. Kurt von Schuschnigg von offiziellen Persönlichkeiten und den Herren der höheren Sturmsharföhren empfangen.“<sup>223</sup> Bürgermeister Kollmann wird in dem Artikel nicht ein einziges Mal erwähnt, es wird nur von offiziellen Persönlichkeiten gesprochen. Interessant daran ist, dass die Badener Zeitung normalerweise jeden Namen genau nannte, beim Schuschnigg-Besuch jedoch nicht.

---

<sup>218</sup> Julius *Böheimer*, Straßen & Gassen in Baden bei Wien, 86

<sup>219</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 36 (2.5.1936) 1

<sup>220</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 36 (2.5.1936) 1

<sup>221</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 36 (2.5.1936) 1

<sup>222</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 36 (2.5.1936) 1

<sup>223</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 36 (2.5.1936) 1

Dafür berichteten die Neue Freie Presse und die Reichspost<sup>224</sup> ausführlich über die „Badener Kundgebung des Bundeskanzlers“. In beiden Zeitungen wurde Bürgermeister Kollmann namentlich erwähnt. Die Neue Freie Presse berichtete sogar, dass Bürgermeister und Minister a. D. Josef Kollmann, wie sie ihn genau betitelten, von Bundeskanzler Schuschnigg das Goldene Ehrenzeichen bekommen hatte.<sup>225</sup>

## **3.2 Traiskirchen**

Traiskirchen ist mit seinen 6.781 Einwohnern im Jahre 1934 eine wesentlich kleinere Stadtgemeinde als Baden. Erst 1927 wurde der Ort zur Stadtgemeinde erhoben, zu der auch der Ort Möllersdorf gehört.

Wie eingangs schon erwähnt wurden im Zweiten Weltkrieg viele Unterlagen im Gemeindearchiv Traiskirchen vernichtet. Es gibt nur noch eine unvollständige Kopie eines Gemeinderatsprotokolls. Die hier verwendeten Quellen stammen aus dem Traiskirchener Archiv, dem Traiskirchener Museum sowie von Franz Schlögl, dem Traiskirchener Archivar, der sich auch als Zeitzeuge zur Verfügung stellte.

### **3.2.1 Die Gemeindeverwaltung**

Mit Februar 1934 änderte sich vieles in der vormals sozialdemokratisch regierten Stadtgemeinde Traiskirchen. Eine Verfügung der neuen Bundesregierung vom 16. Februar 1934 forderte die Annullierung der sozialdemokratischen Mandate. Der sozialdemokratische Bürgermeister Johann Schuster musste zurücktreten. An seiner Stelle kam Josef Ferschner.<sup>226</sup> Nicht nur der Bürgermeister, sondern alle sozialdemokratischen Beamten wurden entlassen. Der abgesetzte Bürgermeister Johann Schuster konnte in seinen alten Beruf als Lehrer an die

---

<sup>224</sup> Reichspost Jg. 43, Nr. 116 (27.4. 1936) 2

<sup>225</sup> Neue Freie Presse Jg. 1936, Nr. 25729A (27.4.1936) 1, 5

<sup>226</sup> DAW Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, 24

Volksschule Möllersdorf zurückkehren, jedoch wurde ihm der Titel Oberlehrer aberkannt und er war nur mehr als einfacher Lehrer angestellt.<sup>227</sup>

Der Gemeindeverwalter (Gemeindevertreter, Bürgermeister) konnte im Wesentlichen unabhängig vom Gemeinderat (Gemeindetag) entscheiden.

In einer Verlautbarung war zu lesen:

„Der Beirat ist ein lediglich beratendes Organ und kein beschließendes Organ (nach §§28-48). Der Gemeindeverwalter hat nach §52 die Gemeindeordnung alleine zu fertigen. Insbesondere die Fertigung von Dienststücken durch ein anderes Organ als den Gemeindeverwalter ist unzulässig.“<sup>228</sup> Die Dienststücke mussten mit der Bezeichnung „Gemeindeverwalter“ neben dem Namen versehen sein.<sup>229</sup>

Die nach § 51 Gemeindeordnung dem Gemeindevorsteher zustehende Disziplinargewalt gegen die Bediensteten der Gemeinde und der Gemeindeanstalt stand ausschließlich dem Gemeindeverwalter zu.<sup>230</sup>

Die Gemeindeverwaltung in Traiskirchen, die nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei und der Absetzung der sozialdemokratischen Politiker, eingesetzt wurde, setzte sich im April 1934 aus folgenden Personen zusammen:

Gemeindeverwalter:

Ing. Josef Ferschner, Traiskirchen 10

Gemeindebeiräte:

Ernst Huber, Oberpostenverwalter, Traiskirchen 216

Josef Buhns (?), Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 89

Johann Burger, Wirtschaftsbesitzer, Möllersdorf 30

Karl Gramespacher, Werkmeister, Möllersdorf 101

Ortschulrat:

Anton Eitler, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 107 als Obmann und Kassaführer

---

<sup>227</sup> Mündliche Auskunft von Franz Schlögl, Interview Dezember 2009

<sup>228</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Zi.11-255 23. F. 34

<sup>229</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Bezirkshauptmannschaft Baden Zi. 11-255 23. Februar 1934

<sup>230</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Bezirkshauptmannschaft Baden Zi. 11-255 23. Februar 1934

Johann Glanner, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 127  
Viktor Christ, Oberst d. R., Traiskirchen 139, Rechnungsprüfer  
Josef Schiefert, Angestellter, Traiskirchen 248  
Johann Nachtelberger, Weinbauer, Traiskirchen 235  
Karl Willixhofer, Sattlermeister, Möllersdorf 185  
Studienrat Franz Pieschl, Direktor der B.E.A. (Bundeserziehungsanstalt) Traiskirchen,  
Rechnungsprüfer  
Ludwig Schmid, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 125  
Direktor Emil Süsser, Hauptschuldirektor, Traiskirchen  
Ernst Huber, Oberpostverwalter, Traiskirchen 216, Schulaufseher für Traiskirchen  
Karl Drexler, Kaufmann, Möllersdorf 55, Schulaufseher für Möllersdorf

Weiters waren folgende Herren als Virilisten Mitglieder des Ortsschulrats:

Gemeindevorwalter Josef Ferschner

Pfarrer Godhalm Steiner als Vertreter der katholischen Kirche

Direktor Josef Bundialek (Schriftführer) als Leiter der Volksschule Traiskirchen und  
Oberlehrer Johann Schuster als Leiter der Volksschule Möllersdorf<sup>231</sup>

Ortsfürsorgerat Traiskirchen:

Ernst Huber, Oberpostverwalter, Traiskirchen 216 als Obmann

Franz Nachtelberger, Zimmermann, Traiskirchen 222

Rudolf Kautz, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 100

Josef Glanner, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 191

Wilhelm Bachmann, Vorarbeiter, Wienersdorf 61

Georg Skrianz jun., Landarbeiter, Wienersdorf 12

Leopold Vana, Vorarbeiter, Wienersdorf 62

Fritz Broschek, Bäcker, Traiskirchen 15

Johann Alphart, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 31

Robert Alphart, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 9

Ludwig Schmid, Wirtschaftsbesitzer, Traiskirchen 125

---

<sup>231</sup> Es handelt sich hier höchstwahrscheinlich um den sozialdemokratischen Bürgermeister, der vom Regime abgesetzt wurde. Eigentlich wurde ihn auch der Oberlehrer aberkannt, warum er trotzdem hier in der Liste steht, ist ein ungewöhnliches und nicht erklärbares Zeugnis jener Zeit.

Ortsfürsorgetrat Möllersdorf:

Karl Drexler, Kaufmann, Möllersdorf 55

Karl Willixhofer, Sattelmeister, Möllersdorf 185

Rudolf Fürst, Bäckermeister, Möllersdorf 18

Leopold Lang, Beamter, Möllersdorf 4

Johann Knotz sen., Werkmeister i. P., Möllersdorf 92

Karl Salzer, Baumeister, Möllersdorf 174

Franz Kaindl, Chauffeur, Möllersdorf 365

Ludwig Sagorz, Beamter, Möllersdorf 131

Josef Schmid, Arbeiter, Möllersdorf 123

Franz Gernovsky, Riemer, Möllersdorf 179

Ignatz Hofbauer, Arbeiter, Möllersdorf 168

Hans Malek, Beamter, Möllersdorf 57

Franz Felbab, Kantineur, Möllersdorf 63

Julius Ludwicek sen., Privat, Möllersdorf 157<sup>232</sup>

Hauptgruppenführer der Vaterländischen Front in Traiskirchen:

Direktor Ernst Huber<sup>233</sup>

Das Erste, das bei dieser Auflistung auffällt, ist, dass es keine Frauen im Traiskirchner Gemeindetag gab. Dies entsprach natürlich ganz den Vorstellungen des autoritären Regimes, da Frauen in erster Linie als Hausfrau und Mutter gesehen wurden. Sieht man sich die Berufe der Gemeindetagsmitglieder an, so war der Traiskirchner Gemeindetag von den Selbstständigen (zwölf Personen), den Bauern (zwölf Personen) und den Beamten (zehn Personen) dominiert. Mitglieder aus der Angestellten- und Arbeiterschicht gab es gerade einmal sechs – zwei Vorarbeiter, zwei einfache Arbeiter, einen Landarbeiter und einen Angestellten. Bedenkt man, dass in Traiskirchen viele Arbeiterfamilien lebten, so zeigt dies deutlich, welche niedrige Stellung Arbeiter im Dollfuß-Schuschnigg-Regime hatten.

---

<sup>232</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Zl. 1517 12. April 1934

<sup>233</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 47 (16.6.1937) 4

### 3.2.2 Bürgermeister in Traiskirchen

Nachdem der sozialdemokratische Bürgermeister Johann Schuster 1934 nach 15 Jahren im Amt von der austrofaschistischen Regierung abgesetzt und durch Josef Ferschner ersetzt wurde,<sup>234</sup> arbeitete er wieder als Lehrer, den Oberlehrerstatus erkannte man ihm ab.<sup>235</sup> Nach 1945 wurde er für weitere 15 Jahre zum Bürgermeister von Traiskirchen gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Josef Ferschner, der 1934 in undemokratischer Weise als Bürgermeister eingesetzt worden war. Nach drei Jahrzehnten im Amt schied Schuster schließlich aus Altersgründen aus.<sup>236</sup>

Auf Josef Ferschner, den Bürgermeister zwischen 1934 und 1938, folgte der Nationalsozialist Josef Mikulovszky als Bürgermeister von Traiskirchen.<sup>237</sup> Von 1945 bis 1960 war Josef Ferschner Vizebürgermeister von Traiskirchen und 1949 wurde er zum Ökonomierat ernannt.<sup>238</sup>

### 3.2.3 Februarkämpfe in Traiskirchen

Auch in Traiskirchen fanden sich Schutzbundmitglieder zusammen, die bereit waren, für die Demokratie zu kämpfen. Die Traiskirchner Mitglieder hatten geplant, sich den 4.000 „Schutzbündlern“, die vom Triestingtal Richtung Wien marschieren sollten, anzuschließen. Mit Waffen und Sprengkörpern ausgerüstet warteten die Schutzbundmitglieder, doch von den erwarteten Verbündeten kam niemand. Dafür wurden viele der Traiskirchner Mitglieder des Schutzbunds von der Polizei verhaftet und vom Gericht verurteilt.<sup>239</sup>

In der Zeitung „Neuen Wiener Journal“ wurde unter dem Titel „Der Traiskirchner Aufruhr“ folgendes berichtet:

„Viertausend Schutzbündler, die nicht eintrafen.

Privattelegramm des „Neuen Wiener Journals“. Wiener Neustadt, 2. Mai 1934

---

<sup>234</sup> Bezirksblatt Nr. 39, 23.11.2009 (online, per Mail 12.2.2010 11: 40)

<sup>235</sup> Mündliche Auskunft von Franz Schlögl, Interview Dezember 2009

<sup>236</sup> Stadtgemeinde Traiskirchen (Hg.), Die Stadt Traiskirchen 2007, 33, 57

<sup>237</sup> Stadtgemeinde Traiskirchen (Hg.), Die Stadt Traiskirchen 2007, 24, 27

<sup>238</sup> Republik Österreich Parlament. Dipl.-Ing. Josef Ferschner,

[http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD\\_00316/pad\\_00316.shtml](http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00316/pad_00316.shtml) 12.2.2010 11: 57

<sup>239</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Traiskirchner Aufruhr 1934

Vor einem Schwurgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Dr. Zweisel hatten sich sechzehn Schutzbündler aus Traiskirchen zu verantworten. Zweien von ihnen wurde Hochverrat zur Last gelegt. Es sind dies Josef Gmeiner und Johann Tabor. Die übrigen waren wegen Aufruhrs angeklagt.

Mitte Januar erhielt Gmeiner vom Schutzbundkommandanten in Traiskirchen Maximilian Berger fünfzig Sprengkörper (Schmiervasen) zur Aufbewahrung. Am 12. Februar adjustierte er mit Hilfe von Tabor die Schmiervasen, indem er sie mit Sprengpatronen und Zündsatz versah. Am 12. Februar trafen sich dann sämtliche Angeklagte beim Ziegelteich in Traiskirchen, wo sie mit den Sprengkörpern des Gmeiner ausgerüstet wurden. Außer dem Sprengkörper hatten sie sieben Militärgewehre, vier Pistolen und einen Sack mit Munition in ihrem Besitz. Die Gewehre hatten sie aus einem Misthaufen, der als Arsenal diente, ausgegraben. Nach Mitteilung sollten aus dem Triestingtal 4000 bewaffnete Schutzbündler im Anmarsch sein. Die Angeklagten legten sich zum Teich, um sich beim Erscheinen der Schutzbündler ihnen anzuschließen und über Mödling nach Wien zu marschieren. Die Angeklagten warteten und als bis 2 Uhr von den 4000 Schutzbündern noch keiner zu sehen war, versteckten sie die Waffen im Rohr des Teiches und gingen fort.

Gmeiner und Tabor waren geständig, erklärten aber, die Aktion nicht gegen den Staat, sondern lediglich gegen die Heimwehr geplant zu haben. Lediglich der Schutzbündler Rudolf Wecerka gab zu, darüber im Klaren gewesen zu sein, dass er die Sprengkörper gegen die Exekutive schleudern sollte. Alle Übrigen bestritten, den Zweck der Aktion gekannt zu haben. Nach durchgeführtem Beweisverfahren wurden Gmeiner und Tabor zu je vier Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die übrigen Angeklagten, mit Ausnahme eines einzigen, der freigesprochen wurde, erhielten schwere Kerkerstrafen in der Dauer von drei bis sechs Monaten.<sup>240</sup>

### **3.2.4 Verhaftete Widerstandskämpfer aus Traiskirchen**

Der Anklageschrift gegen die sozialdemokratischen Februarkämpfer kann man nachfolgende Fakten zu den Februarkämpfen in Traiskirchen entnehmen.

Maximilian Berger, geboren am 29. September 1898 in Wien, war der Ortsgruppenführer des Republikanischen Schutzbunds in Traiskirchen. Er wurde beschuldigt, 50 Stück Sprengkörper besessen zu haben und diese anderen Schutzbündern überlassen zu haben. Diese Sprengkörper und vier Armeepistolen sowie zwei Pakete hatte er Mitte Jänner erhalten und die Sprengkörper Josef Gmeiner zur Aufbewahrung gegeben. Während der Februarkämpfe am 12. und 13. Februar 1934 adjustierte Gmeiner gemeinsam mit Johann Tabor die Sprengkörper und verteilte sie an die Schutzbündler in Traiskirchen. Sechs Sprengkörper übergab Gmeiner am 22. Februar 1934 an Robert Reichel, einem am 5. Mai 1911 geborenen Gummiarbeiter aus Trumau, mit dem Auftrag, diese für ihn aufzubewahren, da er befürchtete,

---

<sup>240</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Traiskirchner Aufruhr 1934

es werde bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden. Berger gab vor Gericht zu, die 50 Sprengkörper Gmeiner gegeben zu haben. Dass er ihn instruiert hatte, diese zu verteilen, konnte ihm nicht nachgewiesen werden. Er wurde wegen des Verstoßes gegen § 6 Sprengstoffgesetz verurteilt.

Josef Ketal, geboren am 14. Februar 1913, ein Privatangestellter in Möllersdorf, gab vor Gericht zu, Gmeiner die Sprengkörper im Auftrag Bergers überbracht zu haben. Robert Reichel gestand ebenfalls, dass er von Gmeiner die sechs Sprengkörper erhalten hatte. Weiters wurde im Akt vermerkt, dass Robert Reichel ebenfalls gestanden hatte, sich darüber im Klaren gewesen zu sein, dass es sich um ein gefährliches Kampfmittel des ehemaligen Schutzbunds gehandelt hatte. Für das Gericht stand damit außer Zweifel, dass Reichel bekannt gewesen war, dass die Verwahrung zur weiteren Verwendung diene, denn sonst hätte er sie nicht genommen oder eine Anzeige erstattet.<sup>241</sup>

In der nachstehenden Tabelle sind die Schutzbündler aus Traiskirchen aufgelistet, die 1934 verurteilt wurden.

Tabelle 3: Verhaftungen von Schutzbündern aus Traiskirchen

Name	Urteil	Name	Urteil
Tabor Johann	4 Jahre	Kohl II	4 Monate
Gmeiner Josef	3 Jahre*	Pirhanzl	3 Monate
Berger Max	10 Monate	Großkopf	1 Monat
Horak R.	6 Monate	Wilfling	1 Monat
Kotal	6 Monate	Sedlak	9 Wochen
Reichl	6 Monate	Unger J.	3 Wochen
David	5 Monate	Görz	10 Tage
Schuler Fritz	5 Monate	Friedl II	10 Tage
Heiduschek	5 Monate	Straßer	8 Tage
Freißleben	5 Monate	Kropik	8 Tage
Jogwich	5 Monate	Friedl I	5 Tage
Pila	5 Monate	Pilz	5 Tage
Voß	4 Monate	Kropik P.	3 Tage

<sup>241</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Anklage 34 VZ; 1St 1505/34



Wecerka	4 Monate	Robl Johann	Freispruch
Kohl I	4 Monate		

(\* Im Akt steht 4 Jahre, siehe „Traiskirchner Aufruhr“)<sup>242</sup>

Liest man die Tabelle, so wirkt sie fast wie eine Aufzählung von Verbrechern. In Wahrheit waren es jedoch Widerstandskämpfer, die für die Demokratie eingetreten waren.

Dass das Strafausmaß bei den einzelnen Personen so unterschiedlich ausfiel, lag daran, dass Personen mit Funktionsposten oder Personen, denen man leitende Funktionen anlastete, für gefährlicher gehalten wurden als einfache Mitglieder oder Mitläufer.

### 3.2.5 Die Traiskirchener Gendarmerie im Einsatz gegen die Februarkämpfer

Vermerkt sind in den Akten nicht nur Widerstandskämpfer, sondern auch Kämpfer auf der Seite des austrofaschistischen Regimes. In Traiskirchen hatten gleich zwei Männer der Exekutive für ihren Einsatz bei den Februarunruhen eine Auszeichnung in Aussicht.

„[...] Revierinspektor May Schudy, Kommandant des Gendarmerieposten Traiskirchen und Rayonsinspektor Johann Zehetbauer des Gendarmeriepostenkommandos Traiskirchen, in Würdigung ihrer ganz hervorragenden Dienstleistungen während der Februarunruhen für eine Auszeichnung in Aussicht zu nehmen und sie dem Herrn Bundespräsidenten zur Verleihung der Silbernen Medaille für Verdienste um die Republik Österreich vorzuschlagen.“<sup>243</sup>

### 3.2.6 Aufforderung an die Februarkämpfer

Das Ziel der neuen Regierung war es, wie in ganz Österreich eine „faschistische Ordnung zu schaffen, unabhängig von demokratischen Parteien“<sup>244</sup>. In einem Schreiben vom 14. Februar 1934 appellierte die Regierung an die Bevölkerung, „unparteiisch“ und „hingebungsvoll“ in den „Dienst des Vaterlands“ zu treten: „An Ihnen, Frauen und Männer von Traiskirchen (eingefügt Möllersdorf und Wienersdorf), liegt es, dafür zu sorgen, dass diese schweren Tage sobald als möglich vorüber gehen und das Leben wieder seinen gewohnten Gang gehen kann.

<sup>242</sup> Stadtmuseum Traiskirchen 1. Stock

<sup>243</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Zl. 3051 / 24

<sup>244</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Zl. 753

Es liegt im Interesse eines jeden Einzelnen, dafür einzutreten, dass die Ruhe und Ordnung nirgends gestört wird.“<sup>245</sup>

Am selben Tag erging ein weiteres Schreiben an die Bevölkerung, nach dem sich all jene unter ihnen, die „feindlich“ gesinnt waren, am folgenden Tag (das war Donnerstag, der 15. Februar 1934) zwischen 7 und 12 Uhr bei der staatlichen Exekutive stellen sollten. Man sicherte den Sozialdemokraten zu, dass sie mit Ausnahme der verantwortlichen Führer „mit Pardon rechnen“ konnten. Nach Ablauf dieser Frist „gibt es für niemand und unter keinen Umstand irgend welchen Pardon.“<sup>246</sup>

### **3.2.7 Tragen des Abzeichens der Vaterländischen Front**

Dass die Gleichschaltung im Sinne des Faschismus nicht immer funktionierte, zeigt ein Schreiben vom 12. Oktober 1935 der Landeshauptmannschaft an den Bürgermeister von Traiskirchen, in dem dieser daran erinnert wurde, „dass die Bürgermeister, ihre Gemeindevertreter und sonstigen Gemeindefunktionäre bei Amtshandlungen ohne Abzeichen der Vaterländischen Front auftreten.“<sup>247</sup> Die Bürgermeister sollten dafür sorgen, dass die Abzeichen der Vaterländischen Front „womöglich immer“, aber „bei offiziellen Funktionen unbedingt“ zu tragen waren.<sup>248</sup> Die Mitglieder des Gemeindetags waren dazu verpflichtet, die Abzeichen der Vaterländischen Front immer zu tragen. Die Bezirksführer der Vaterländischen Front hatten den Auftrag, die Gemeinderäte, die dies nicht taten, bei höherer Stelle zu melden. Diesen wurden dann ihre Mandate aberkannt.<sup>249</sup>

### **3.2.8 Stadtrandsiedlung**

Dass die großteils sozialdemokratisch eingestellte Bevölkerung von Traiskirchen durch das autoritäre Regime stark verunsichert war, zeigt auch der Fall der Stadtrandbewohner, die auf

---

<sup>245</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Zl. 753

<sup>246</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Zl. 763

<sup>247</sup> Stadtarchiv Traiskirchen 3991/35 L.A. 12. 10. 35 Stad. Tr.

<sup>248</sup> Stadtarchiv Traiskirchen Landeshauptmannschaft Niederösterreich 3991/35 L. A. II/I-5414-XXII-1935 Wien 12. Oktober 1935 Stadt Traiskirchen

<sup>249</sup> DAW, N/T 2, Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen 123

Grundstücken der Gemeinde Traiskirchen Siedlungshäuser gebaut hatten und nun befürchteten, ihre Häuser zu verlieren oder neue ungünstige Verträge abschließen zu müssen. In einem Schreiben wurde ihnen von der neuen Gemeindeführung garantiert, dass die Rechte der Siedler auch unter der autoritären Gemeindeverwaltung gewahrt werden würden. Man sprach auch von Verträgen, die geschaffen werden mussten, um die Heime der Siedler zu erhalten. Jedoch ermahnte fast die Hälfte des Texts mit unterschweligen Drohungen die Siedler dazu, nichts gegen den Staat zu tun, da sie sonst ihr Haus verlieren könnten.<sup>250</sup>

„[...] Jedenfalls aber ist es die Pflicht eines jeden Siedlers nichts zu unternehmen, was gegen den Staat gerichtet ist und vor allem Waffen, falls solche sich in seinem Besitz finden oder in seinem Heim verwahrt sind, unverzüglich abzuliefern. Wer in dieser Hinsicht seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, beziehungsweise sich gegen den Staat und die Sicherheitsorgane auflehnt, würde seiner Rechte verlustig gehen. Ich richte daher den dringenden Appell an die Siedler, gegenüber dem Vaterland ihren Verpflichtungen nachzukommen und Ruhe zu bewahren.“<sup>251</sup>

### **3.2.9 Bau eines Wohnhauses als Arbeitsbeschaffung**

Zu der Unsicherheit kam noch die durch die Wirtschaftskrise hervorgebrachte Notlage. 1936 wurde in der Pfaffstättnerstraße 1 der Grundstein für das neue Gemeindefeldhaus gelegt. „Durch den Bau dieses Hauses sollte dazu beigetragen werden, die infolge der großen Arbeitslosigkeit herrschende Not zu lindern.“<sup>252</sup> Stadtpfarrer P. Godhalm Steiner segnete die Grundsteinlegung.<sup>253</sup>

### **3.2.10 Umbenennungen**

Das autoritäre Regime versuchte, seinen Einfluss auch dadurch zu erweitern, indem Institutionen und Feiertage umbenannt wurden. Einer der wichtigsten Schritte dazu war die

---

<sup>250</sup> Stadtarchiv Traiskirchen 16. Februar 1934 Zl. 176/7

<sup>251</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, 16.2.1934 Zl.176/7

<sup>252</sup> Stadtgemeinde Traiskirchen (Hg.), Die Stadt Traiskirchen 2007. Festschrift zur Erinnerung an die Stadterhebung am 30. Juni 1927 (Traiskirchen 2007) Seite 25

<sup>253</sup> Stadtgemeinde Traiskirchen (Hg.), Die Stadt Traiskirchen 2007, 25

Umbenennung des 1. Mai in „Tag des neuen Österreich“, zu „Ehren“ der Verfassung. Es war jedoch nicht nur ein „Ersetzen“ eines Feiertags zugunsten eines anderen, sondern ein Versuch, auch die Erinnerung an die Sozialdemokraten auszulöschen. Vor allem die Figur des „Märtyrerkanzlers“ Dollfuß nutzte das autoritäre Regime für propagandistische Zwecke, wie Straßen- und Institutionsumbenennungen belegen.

### *Der 1. Mai als „Tag des neuen Österreich“*

„So wie im Vorjahr soll auch heuer wieder der 1. Mai als „Tag des neuen Österreich“ ein Festtag der österreichischen Verfassung, ein Festtag der Vaterländischen Front und der Tag der Jugend sein.

Aus diesem Anlass sind alle öffentlichen und privaten Gebäude vom 30. April abends bis 1. Mai abends zu beflaggen und richtet der Bürgermeister an alle Hauseigentümer (Stellvertreter) das dringende Ersuchen, diesem Appell ausnahmslos zu entsprechen.

Durch das Bundesgesetz vom 28. Dez. 1936, B. g. BL. Nr. 444, wurde es erwünscht, dass die Beflaggung der Häuser möglichst zahlreich mit Kruckenkreuzfahnen durchgeführt wird.

Aus diesem Anlass übernimmt das Gemeindeamt in Vertretung der Werbestelle des Generalsekretariats der Vaterländischen Front Bestellung auf Kruckenkreuzfahnen oder Kruckenkreuzblätter (zum Aufnähen auf vorhandene Fahnen).

Bürgermeisteramt Traiskirchen

Am 21. April 1937<sup>254</sup>

### *Straßen*

Auch Traiskirchen erhielt im Zentrum (heutige Grabengasse) einen Dollfußplatz, der 1938 in Sudetendeutscher Platz umbenannt wurde.<sup>255</sup>

### *Umbenennung der Bundeserziehungsanstalt in Dollfuß-Akademie*

Die Bundeserziehungsanstalt sollte in eine Mittelschule mit besonderen Aufgaben umgewandelt werden. Damit man dies auch nach außen hin sah, sollte sie dann den Namen „Dollfuß-Akademie“ tragen, schrieb die Badener Zeitung am 16. Oktober 1937. Die Umbenennungen von Straßen und Einrichtungen gehörten natürlich auch zur Inszenierung des Dollfuß-Kults.

---

<sup>254</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Zl. 2011. 37

<sup>255</sup> DAW, N/T 2, Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, 123

### 3.2.11 Verleihungen von Auszeichnungen an Bürger aus Baden und Traiskirchen

Die Badener Zeitung berichtete regelmäßig über Auszeichnungen, die Bürger in Baden, Möllersdorf und Traiskirchen erhalten hatten. Es sind jedoch nicht alle Auszeichnungen in dieser Arbeit aufgezählt, sondern es wurden für jedes Jahr, soweit dies möglich war, ein bis zwei Beispiele exemplarisch herausgenommen.

#### *Möllersdorf*

Die silberne Medaille für die Verdienste an der Republik Österreich wurde dem Graveur Albert Leitner 1933 vom Bundespräsidenten verliehen.<sup>256</sup> Johann Alphart, Weinhauer und Mitglied des Kirchenchors der Kirche, bekam 1934 vom Bundespräsidenten die silberne Medaille für den Verdienst an der Republik Österreich taxfrei.<sup>257</sup> Für 40 Jahre treuen Dienst erhielt der Angestellte Karl Hauzal 1935 vom Bundespräsidenten die Ehrenmedaille.<sup>258</sup> Der Betriebsbedienstete Anton Faber erhielt 1936 vom Bundespräsidenten die bronzene Verdienstmedaille.<sup>259</sup>

#### *Traiskirchen*

Der Gemeindeverwalter der Stadt Traiskirchen und niederösterreichische Landes-Oberbaurat Ing. Friedrich Weigl erhielt 1934 für die Planung der Wasserleitung in Traiskirchen und die Vertretung der Interessen der Landwirtschaft das Ehrenbürgerecht verliehen.<sup>260</sup> Adolf Buchinger, der Amtssekretär der Traiskirchner Bundeserziehungsanstalt, bekam 1936 den Titel Amtsrat verliehen.<sup>261</sup> Der Professor der Bundeserziehungsanstalt für Knaben Monsignore Dr. Josef Hawala wurde 1937 taxfrei zum Studienrat ernannt.<sup>262</sup> Der Bundeskanzler verlieh als Frontführer der Vaterländischen Front dem Hauptgruppenführer von Traiskirchen Direktor Ernst Huber 1937 das bronzene Ehrenzeichen der Vaterländischen Front für seine

---

<sup>256</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 63 (9.8.1933) 5

<sup>257</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 30 (14.4.1934) 6

<sup>258</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 16 (23.2.1935) 4

<sup>259</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 82 (10.10.1936) 4

<sup>260</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 58 (21.7.1934) 6

<sup>261</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 21 (11.3.1936) 3

<sup>262</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 3 (13.1.1937) 3

langjährige Tätigkeit.<sup>263</sup> Andreas Netz, ein Produkthändler, bekam 1937 die silberne Verdienstmedaille vom Bundespräsidenten verliehen.<sup>264</sup>

### *Baden*

Hanskarl Reifhaber-Marzloff, Schüler der Offiziersakademie, bekam 1934 für seinen Einsatz bei den Februarkämpfen die bronzene Medaille.<sup>265</sup> Der akademische Maler und Mitglied des Badener Verbands für bildende Künste Louis Weißenbacher wurde 1934 die Goldene Medaille des Dürerbunds für seine Gesamtleistung überreicht.<sup>266</sup> Für sein Verdienst wurde der pensionierte Postamtsdirektor Karl Smetacek<sup>267</sup> 1935 zum Regierungsrat ernannt.<sup>268</sup> Der Orchesterdirektor in Ruhestand Anton Wimmer-Hain bekam 1936 vom Bundespräsidenten die Ehrenmedaille für „vierzigjährige treue Dienste“.<sup>269</sup> Der Bezirksführer der Vaterländischen Front Rudolf Woisetschläger bekam dafür, dass er von Anfang an die Funktion als Bezirksführer über hatte, das silberne Ehrenzeichen der Vaterländischen Front.<sup>270</sup>

## **3.3 Die Kommentare der Badener Zeitung zum Doppelverdienergesetz und Muttertag**

Die Dollfuß-Schuschnigg-Regime veränderte auch die Position der Frauen. Ein erster Angriff auf die staatsbürgerliche Gleichberechtigung war das Doppelverdienergesetz vom Dezember 1933. Mit diesem entließ man die verheirateten Beamtinnen, um für andere Arbeitsplätze frei zu machen, da verheiratete Frauen durch die Ehe ja versorgt wären.<sup>271</sup> Die Badener Zeitung vom 13. Jänner 1934 berichtete ausführlich. Um die ganze Dramatik der Sache darzustellen,

---

<sup>263</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 47 (16.6.1937) 4

<sup>264</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 93 (24.11.1937) 4

<sup>265</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 37 (9.5.1934) 3

<sup>266</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 39 (16.4.1934) 3

<sup>267</sup> Name ist im Original schwer zu entziffern

<sup>268</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 34 (27.4.1935) 4

<sup>269</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 37 (6.5.1936) 2

<sup>270</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 40 (22.5.1937) 1

<sup>271</sup> Irene Bandhauer-Schöffmann, Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat? In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933- 1938 (Wien<sup>5</sup> 2005) Seite 274

beginnt der Artikel mit einem Bericht über ein Paar, das wegen des Doppelverdienergesetzes nicht heiraten konnte.<sup>272</sup> Außerdem kritisierte der Artikel:

„Die, die sich noch ein wenig Vergnügen leisten konnten, müssen nun auch sparen, für andere bedeutet das neue Gesetz aber nicht, dass sie nun Arbeit bekommen.“ Weiters heißt es: „denn nicht nur, dass dieses Gesetz sehr komplex ist, schafft es verhältnismäßig wenig ‚neue‘ Arbeitsplätze.“<sup>273</sup>

Ein weiteres Problem dabei war, dass viele, die für die Frauenrechte eintraten, berechtigterweise die Befürchtung hatten, dass die Frau damit wieder vom Mann abhängig werden würde. Die katholische Frauenbewegung, die sich auf die Enzyklika „Quadragesimo anno“ berief (nach dieser ist der Haushalt „hauptsächlich“, aber nicht ausschließlich das Tätigkeitsfeld für Frauen), fand nur in den zwei Klerikern Georg Bichlmair S. J. und Peter Schmitz S.V.D. Unterstützer der Frauenerwerbsarbeit. „Da selbst die Erwerbsarbeit der unverheirateten Frau angegriffen wurde, war die Verteidigung der verheirateten berufstätigen Frauen im katholischen Milieu wohl ein aussichtsloses Unternehmen. Die katholische Frauenbewegung hob immer wieder die so genannte ‚Freiheit der Standeswahl‘, ‚das Recht auf menschenwürdiges Leben auch der Ehelosen‘ hervor, wenn sie die Berufstätigkeit der ledigen Frauen verteidigte. Und sie wies auf das demographische Faktum des Frauenüberschusses hin, der es gar nicht erlaubte, alle Frauen mittels der Institution Ehe vom Erwerbsarbeitsmarkt wegzubringen.“<sup>274</sup>

Für das austrofaschistische Regime waren die Aufgaben einer Frau klar: Sie war Hausfrau und Mutter. Zwar hob man einerseits die Wertigkeit der Hausarbeit an, andererseits weigerte das autoritäre Regime sich, Hausfrauen als eigene Berufsgruppe in die Standesvertretung einzubauen, da Hausarbeit nicht als Beruf gesehen wurde.<sup>275</sup>

Das wichtigste Fest, um die „Mütterlichkeit“ und das Leben als Hausfrau und Mutter nach der Vorstellung des autoritären Regimes zu inszenieren, waren die Muttertagsfeiern, bei denen neben Diplomen „für kinderreiche Mütter“ auch Pakete an bedürftige Mütter verteilt wurden.<sup>276</sup> In der Badener Zeitung finden sich zwischen 1935 und 1937 folgende Berichte über Muttertagsfeiern:

Ausführlich berichtete die Badener Zeitung über die Muttertagsfeier der Vaterländischen Front vom 12. Mai 1935, bei der auch unter anderem Stadtpfarrer Konsistorialrat Josef

---

<sup>272</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 4 (13.1.1934) 1

<sup>273</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 4 (13.1.1934) 1

<sup>274</sup> Irene Bandhauer-Schöffmann, *Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat?*, 275

<sup>275</sup> Irene Bandhauer-Schöffmann, *Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat?* 259

<sup>276</sup> Irene Bandhauer-Schöffmann, *Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat?*, 271

Stoiber, Bundeskulturrat Otto Sulzenbacher und die Frau von Bürgermeister Kollmann, Maria Kollmann, anwesend waren. Der Bericht ist jedoch nicht nur eine Beschreibung der Ereignisse, sondern versucht dabei noch, das positive Gefühl und die vaterländischen Werte weiterzuleiten:

„Die eigentliche Rede zum Tage hielt Fachlehrerin Frau Klara Gadringer von der Mädchenhauptschule. ‚An die Mütter‘ betitelte sich ihr von echter Herzenswärme, tiefem Gefühl und vielem Verständnis für die Nöte und Härten der Zeit erfüllter Appell an die Frauen. Ihre Rede, die so viele wahre, vom Herzen kommende und zu Herzen gehende Worte enthielt, die die Mission der Mutter als Erzieherin kraftvoller, sittlich hochstehender, vaterlandstreuer Jugend und Hüterin des Friedens in der Familie beleuchtete, war ein kleines Meisterstück [...]“<sup>277</sup>

Die zwei Stunden, die die Muttertagsfeier der Vaterländischen Front Baden dauerte, waren großteils von Schülern und Schülerinnen gestaltet worden. Für „verdiente Mütter“, das heißt für Frauen mit zehn Kindern, gab es Auszeichnungen, Diplome und Blumensträuße. Im Anschluss an die Feier wurden noch 50 Lebensmittelpakete an kinderreiche Mütter verteilt.<sup>278</sup>

Die Vaterländische Front veranstaltete auch 1936 wieder eine Muttertagsfeier, die von Aufführungen durch Schüler und Schülerinnen geprägt war. Die Badener Zeitung berichtete über das Ereignis:

„Die Säle des Hotels ‚Stadt Wien‘ konnten die Teilnehmersmengen kaum fassen, die sich zu der schönen und wohl gelungenen Feier eingefunden hatten.“<sup>279</sup>

Auch in diesem Bericht war die Badener Zeitung bemüht, die Stimmung den Lesern transparent zu machen. Die propagandistische Rede von Dr. Erich Christl war erneut ein Appell an die Frauen, sich ihrer Aufgabe im Sinne des autoritären Regimes zu stellen. Dazu aus der Badener Zeitung:

„Er sprach über die vielfältigen Aufgaben und Pflichten der Frau und Mutter, der Seele des kleinen Staates, den die Familie bildet, und richtete an die Mütter einen warmen Appell, in ihren Reihen für Liebe, Friede und Eintracht zu sorgen und ihre Kinder in diesem Sinne zu tüchtigen, heimattreuen Staatsbürgern zu erziehen.“<sup>280</sup>

Dieses Mal war Bürgermeister Kollmann selbst anwesend, wie die Badener Zeitung „erfreut“ berichtete, ebenso wie ranghohe politische Vertreter, die aber nicht namentlich erwähnt wurden. Am Ende gab es wie schon im Jahr zuvor 50 Lebensmittelpakete für kinderreiche

---

<sup>277</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 39 (15.5.1935) 2

<sup>278</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 39 (15.5.1935) 2

<sup>279</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 39 (13.5.1936) 2

<sup>280</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 39 (13.5.1936) 2



Mütter. Ob es Auszeichnungen oder Diplome für kinderreiche Müttern gab, wird in diesem Bericht nicht erwähnt.<sup>281</sup>

Die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs, kurz „Rohö“, veranstaltete 1936 ebenfalls eine Muttertagsfeier im Hotel Badener Hof. Man bot „bedürftigen“ Müttern eine Muttertagsjause.<sup>282</sup>

Am Sonntag, dem 25. April 1937 fand die von der Hauptgruppe der Vaterländischen Front Traiskirchen veranstaltete Muttertagsfeier statt. Pfarrer Godhalm Steiner übergab „verdienten Müttern“ künstlerisch gestaltete Madonnenbilder, die die Vaterländische Front gespendet hatte. Tags zuvor hatten die Mütter Lebensmittelpakete erhalten. Neben Bürgermeister Ferschner war auch der Bezirksführer der Vaterländischen Front Woisetschläger aus Baden anwesend, der „[i]n vollendeter Rede die Mutter als Erhalterin des Staates“<sup>283</sup> pries. Die anwesenden Mütter und Kinder wurden mit lustigen Theaterstücken unterhalten. Das Fest endete mit der Bundeshymne und dem Dollfuß-Lied.<sup>284</sup>

1937 wurde die Muttertagsfeier, die unter dem Titel „Muttertags-Matinee“ veranstaltet wurde, von der Ortssachwalterschaft<sup>285</sup> Baden des V. F.-Werks „Neues Leben“ veranstaltet. In diesem Jahr waren es junge Künstler, die für die Unterhaltung sorgten. Im Bericht der Badener Zeitung selbst fällt sofort auf, dass man nicht mehr versuchte, die Stimmung wiederzugeben. Es werden zwar die gehaltenen Reden erwähnt, jedoch wird nichts über deren Inhalt geschrieben. Der ganze Artikel ist kürzer. Es werden keine politischen Funktionäre erwähnt und auch nicht, dass es Lebensmittelpakete für kinderreiche Familien gab. Das gilt auch für Auszeichnungen, von denen, wenn es welche gab, schon 1936 nicht mehr berichtet worden war.<sup>286</sup>

Neben inszenierten Feiern gab es für die Hausfrauen immer wieder Veranstaltungen, bei denen sie sich hauswirtschaftlich weiterbilden konnten. Es gab Vorträge über Hygiene, aber

---

<sup>281</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 39 (13.5.1936) 2

<sup>282</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 39 (13.5.1936) 3

<sup>283</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 34 (1.5.1937) 4

<sup>284</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 34 (1.5.1937) 4

<sup>285</sup> Funktionäre der Vaterländischen Front heißen Sachwalter

<sup>286</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 37 (12.5.1937) 3

auch Präsentationen von neuen Produkten. Sehr aktiv bei diesen Veranstaltungen war die Rohö, die Reichsorganisation der Hausfrauen Österreichs.<sup>287</sup>

### **3.4 Die Vaterländische Front in Baden und Traiskirchen**

Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in ganz Österreich Heimwehrverbände, die Ende der Zwanzigerjahre jedoch an Einfluss eingebüßt hatten. 1930 versuchten sie mit dem „Korneuburger Eid“, wieder an politischem Einfluss zu gewinnen. Unterstützt wurden die Heimwehren von Teilen der Christlichsozialen Partei, wie zum Beispiel von Seipel. Die universalistische Lehre Othmar Spanns beeinflusste die Heimwehren in ihrer neuen Ständeideologie, die bei einem großen Teil der Heimwehren zum Programm wurde. Allerdings gab es innerhalb der Heimwehren große Meinungsunterschiede. Die Steirische Heimwehr war pronationalsozialistisch und spaltete sich unter der Führung Pfrimers ab, die Mehrheit der Heimwehren orientierten sich am italienischen Faschismus. Als im Sommer 1930 Starhemberg als Bundesführer eingesetzt wurde, verbesserte sich die Lage der Heimwehr sichtlich. Trotzdem blieben die Heimwehren politisch „unattraktiv“, wie die Wahl im Herbst 1930 zeigte, wo sie gerade einmal 6 % der Stimmen erhielten. Neuen Aufschwung erhielten die Heimwehren im Frühjahr 1932, als der „Bürgerblock“<sup>288</sup> zerfiel und die Heimwehren zur Stütze der Dollfuß- Regierung und des Austrofaschismus wurden. In ihnen sah man eine solide Basis gegen die immer stärker werdenden Nationalsozialisten. Unterstützt wurden sie dabei von Mussolini, der an einem Aufbau des Faschismus in Österreich interessiert war.<sup>289</sup>

#### **3.4.1 Kundgebungen und Tätigkeiten der Vaterländischen Front**

In der Badener Zeitung liest man regelmäßig von Kundgebungen, der Vaterländischen Front. Der Ball der Vaterländischen Front zählte zu den größten Ereignissen im Jahr. Die

---

<sup>287</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 31 (18.4.1934) 4

<sup>288</sup> Die Regierungskoalition von Christlichsozialen und Großdeutschen.

<sup>289</sup> Emmerich Tálos, Walter Manoschek, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus, 7,14-15

Vaterländische Front zeigte aber auch Engagement für Bedürftige. So gab es laut Badener Zeitung im Frühjahr 1935 eine Frühstücksaktion für hungernde Kinder<sup>290</sup> und eine Kleidersammelaktion für die Winterhilfe im Winter 1935.<sup>291</sup>

Da es für die Zeitungen eine strenge Zensur gab, muss man die Berichte über die Vaterländische Front sehr skeptisch betrachten. Die Artikel sind oft sehr oberflächlich geschrieben und sprechen sich selbstverständlich für die Vaterländische Front aus. Auf den Kundgebungen lobte man sich selbst, sagte den Demokraten nach, sie hätten die Demokratie lächerlich gemacht, warf anderen Parteien vor, den Zeitgeist und die Krise nicht erkannt zu haben.<sup>292</sup> Dollfuß selbst wurde als „bescheidener Held“ geehrt.<sup>293</sup>

Bezirksleiter und Gemeindevertreter Rudolf Woisetschläger erklärte, dass die Vaterländische Front eine „völlig unpolitische und gegen jedermann [eine] objektive Einstellung“<sup>294</sup> habe. Man hätte auch nach der Auflösung des Badener Arbeitersportvereins den Sportverein neu wieder aufgebaut, wie der Bezirksleiter der Vaterländischen Front Rudolf Woisetschläger stolz erklärte. „Jeder Arbeiter hat in der Vaterländischen Front Platz und sie hat bereits ihre soziale Richtung, wie sie Dr. Dollfuß gegeben hat, so gut als möglich bekundet.“<sup>295</sup> Er betonte aber auch, dass die Vaterländische Front stark genug ist, um Sabotageakte zu verhindern.<sup>296</sup>

Der stellvertretende Bürgermeister Dr. Julius Hahn sagte in einer Kundgebung am 10. November 1934, dass die Vaterländische Front das Land geeint habe, das durch die Parteien in Gegensätze gespalten worden war.<sup>297</sup> Im Gemeinderat wurden die nun leeren Stühle, auf denen einst die anderen Parteien gesessen waren, mit Mitgliedern der Vaterländischen Front aufgefüllt.

Die Vaterländische Front in Traiskirchen unterstand dem Gruppenleiter Ernst Huber. Zeugnisse von den Aktivitäten der Vaterländischen Front Traiskirchen gibt es vor allem durch die Badener Zeitung. Sie berichtete unter anderem von der Kammgarnspinnerei, die aufgrund wirtschaftlicher Probleme viele Arbeiter entlassen hätte müssen. Der Vaterländischen Vertretung sei es jedoch laut dem Artikel der Badener Zeitung gelungen, über 700 Arbeitsplätze zu „retten“.<sup>298</sup> Darüber hinaus zeugen Veranstaltungen wie Feiern zum Muttertag von ihrer Tätigkeit in der Stadtgemeinde Traiskirchen.<sup>299</sup>

---

<sup>290</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 22 (16.3.1935) 3

<sup>291</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 94 (23.11.1935) 2

<sup>292</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 88 (3.11.1934) 2

<sup>293</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 92 (17.11.1934) 4

<sup>294</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 88 (3.11.1934) 2

<sup>295</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 88 (3.11.1934) 2

<sup>296</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 88 (3.11.1934) 2

<sup>297</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 92 (17.11.1934) 4

<sup>298</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 30 (13.4.1935) 6

<sup>299</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 34 (1.5.1937) 4

### 3.4.2 Funktionäre der Vaterländischen Front in Baden und Traiskirchen

Badener Bezirksleiter der Vaterländischen Front: Rudolf Woisetschläger

Badener Hauptgruppenführer der Vaterländischen Front: Julius Hahn

Badener Gruppenleiter der Vaterländischen Front: Alois Schabner und Trudo Exner

Organisationsleiter von Baden: Leopold Leutgeb<sup>300</sup>

Badener Gruppenleiter der Vaterländischen Front: Franz Opawsky<sup>301</sup>

Traiskirchner Gruppenleiter der Vaterländischen Front: Ernst Huber<sup>302</sup>

Landesleiter: Dworschack<sup>303</sup>

### 3.5 Die Sozialdemokraten in Baden und Traiskirchen

Erste Ansätze zur Gründung einer Arbeiterorganisation hatte es schon 1867 gegeben, jedoch ließen die Bestimmungen für Vereine keine Organisation zu, die nicht nach dem Vorbild der bürgerlich-liberal orientierten Bildungsvereine gestaltet waren. Erst in den 1880ern, als die freien Lohnarbeiter zum dominierenden Arbeitertypus wurden, war es möglich, einen Arbeiterverein zu bilden. Um 1890 waren bereits 20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert. Nach dem Ersten Weltkrieg begann der Aufstieg der Sozialdemokraten, der 1929 einen Höhepunkt erreichte. Die Auswirkung der Wirtschaftskrise belastete die Sozialdemokratische Partei ebenso wie das neue Notverordnungsregime unter Dollfuß (ab März 1933).<sup>304</sup> 1934 wurden die Sozialdemokratische Partei und ihre Arbeiterorganisationen verboten.

Einige Sozialdemokraten leisteten Widerstand gegen das autoritäre Regime. Unter anderem wurden, wie von allen anderen illegalen Gruppierungen auch, Flugblätter auf den unterschiedlichsten Wegen verbreitet.

---

<sup>300</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 88 (3.11.1934) 2

<sup>301</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 92 (17.11.1934) 4

<sup>302</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 30 (13.4.1935) 6

<sup>303</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 30 (13.4.1935) 6

<sup>304</sup> Wolfgang Maderthaner, Die Sozialdemokratie. In: *Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger* (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918 - 1933 (Wien 1995) 177-178, 180, 184

### 3.5.1 Anklagen und Urteile gegen Widerstandskämpfer in Baden

Am 13. April 1934 stand der 21-jährige Karl Kogler vor dem Kreisgericht Wiener Neustadt wegen dem Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Karl Kogler wurde für schuldig erklärt, am 26. Mai 1934 mehrere Hundert Exemplare der Arbeiterzeitung Nummer 9 und 12 von 1934 in Baden und „etwa 50 Exemplare des in Maschinschrift hergestellten Aufrufes betreffend des Leichenbegängnisses des Franz Schenkenmayer“<sup>305</sup> besessen zu haben. Laut Anklage war darin zur „Verachtung und Hass wider die Regierungsform oder Staatsverwaltung“<sup>306</sup> aufgerufen worden. Da dieses Verbrechen als Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65a STG galt, wurde er zu vier Monaten schwerem Kerker, durch zwei harte Lager monatlich verschärft, und zum Ersatz der Kosten des Strafverfahrens und des Vollzugs nach § 389 StPO verurteilt.<sup>307</sup>

Am 23. Juni 1936 erhob die Staatsanwaltschaft Wiener Neustadt Anklage gegen acht Badener Sozialdemokraten: Robert Baczik, Franz Dobner, Michael Maier, Franz Slovacek, Rudolf Winter, Friedrich Schallmayer, Karl Baczik und Alois Hüttner. Das Gericht des autoritären Regimes warf den Angeklagten vor, in den Jahren 1934 und 1935 als Mitglieder der Revolutionären Sozialisten den Versuch unternommen zu haben, die Regierungsform durch „Herbeiführen einer Empörung oder eines Bürgerkrieges“<sup>308</sup> zu ändern. Den Angeklagten Robert Baczik, Franz Dobner, Michael Maier, Franz Slovacek und Rudolf Winter wurde weiters vorgeworfen, als Ortsleitung der Revolutionären Sozialisten Badens an Zusammenkünften der Gruppe teilgenommen sowie illegale Druckschriften verbreitet zu haben.<sup>309</sup>

### 3.5.2 Auflösung von Vereinen in Baden, die den Sozialdemokraten nahestanden

In Baden gab es eine Vielzahl von Vereinen und die Badener Zeitung berichtete über alle wichtigen Veranstaltungen. Nach den Februarkämpfen 1934 wurde die Sozialdemokratische Partei verboten und ihr Besitz enteignet. Viele Vereine, die den Sozialdemokraten nahestanden, wurden aufgelöst und ihr Vermögen wurde beschlagnahmt. Ihre Immobilien wurden

---

<sup>305</sup> Gertrud Gerhartl, Sozialisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934 – 1945, Bd.1 (Wien 1987) 79

<sup>306</sup> Gertrud Gerhartl, Sozialisten, 79

<sup>307</sup> Gertrud Gerhartl, Sozialisten, 79

<sup>308</sup> Gertrud Gerhartl, Sozialisten, 87

<sup>309</sup> Gertrud Gerhartl, Sozialisten, 86-87

von Vereinen der Vaterländischen Front übernommen.<sup>310</sup> Unter ihnen war der Arbeitersportverein Baden (ASV), der 1923 gegründet worden war. Als der Arbeitersportverein Baden nach dem Februar 1934 aufgelöst wurde, erfolgte eine Neugründung unter geänderten Namen, der Verein nannte sich nur noch Sportverein Baden.<sup>311</sup> Die Naturfreunde Österreich – Ortsgruppe Baden (gegründet 1921) und der Arbeitergesangsverein „Freiheit“ Baden (gegründet 1899) konnten nicht einfach nur den Namen ändern und wurden wie alle anderen sozialdemokratischen Arbeitervereine in Februar 1934 aufgelöst.

### **3.5.3 Auflösung des Betriebsrats in der Kammgarnspinnerei und von Vereinen in Traiskirchen**

In der Kammgarnspinnerei Möllersdorf wurde am 2. März 1934 der Arbeiterbetriebsrat durch eine Verordnung der Bundesregierung aufgelöst. Die Betriebsratsumlagen und das Kassabuch mussten im Gemeindeamt abgegeben und dort aufbewahrt werden. Am 2. März 1934 wurde auch eine Vorordnung zur Errichtung einer Einheitsgewerkschaft erlassen.<sup>312</sup>

„Herr Franz Holub, (in Vertretung des Obmannes Johann Boff) und Frau Barbara Prybil übergeben Bücher und Bargeld von 30,98 Schilling. 430.33 Schilling seien in der Firma noch deponiert, die noch nicht im Bucho stehen, laut Holub und Prybil.“<sup>313</sup>

Die Auflösung von sozialdemokratischen Vereinen betraf in Traiskirchen unter anderem den Tourismusverein „Die Naturfreunde“ und das „Arbeiterheim Möllersdorf“. Im Beschlagnahmebescheid der Bezirkshauptmannschaft Baden hieß es:

„Das gesamte Vermögen des Touristenvereines ‚Die Naturfreunde‘ Ortsgruppe Traiskirchen wird in Sinne des § 4 der Verordnung der Bundesregierung vom 16. August 1933, B. G. BL. Nr. 368 beschlagnahmt.

Begründung: Es ist amtsbekannt, dass das Vermögen des oben genannten Vereines dazu bestimmt ist, die Bestrebungen der Sozialdemokratischen Partei zu fördern, der mit der Verordnung der Bundesregierung vom 12. Februar 1934, B. G. BL. Nr. 78 jede Betätigung verboten ist.

Gegen diesen Bescheid steht Ihnen die binnen einer Woche bei der Bezirkshauptmannschaft Baden einzubringende Berufung an die n. ö. Landesregierung zu. Die Berufungsfrist beginnt mit dem der Zustellung dieses Bescheides nachfolgenden Tages. Eine aufschiebende Wirkung kommt der Berufung nicht zu.

Der Bezirkshauptmann“<sup>314</sup>

---

<sup>310</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 92 (17.11.1934) 4

<sup>311</sup> Julius Böheimer, Vereine von Baden bei Wien (Badener Presse Club 2001) 15

<sup>312</sup> Stadtarchiv Traiskirchen 2.3.1934 loser Zettel.

<sup>313</sup> Stadtarchiv Traiskirchen 2.3.1934 loser Zettel

Der Verein „Arbeiterheim“ legte Einspruch gegen die Beschlagnahme des gesamten Vermögens ein. Dieser wurde jedoch, wie zu erwarten war, abgelehnt.<sup>315</sup>

Der Auto-, Motor- und Radfahrverbund Österreich (ARBÖ) – Ortsgruppe Traiskirchen (gegründet 1924) wurde ebenfalls 1934 aufgelöst. Erst nach 1947 konnte er wieder weitergeführt werden. Der Verein „Freie Schule Kinderfreunde“ Ortsgruppe Traiskirchen/Möllersdorf musste ebenfalls die Tätigkeiten ab 1934 einstellen, wurde aber 1948 neu gegründet.

Die Stadtkapelle Traiskirchen, die 1919 als „Musiksektion der Möllersdorfer Metallarbeiter“ gegründet worden war, wurde zwar ebenfalls 1934 aufgelöst, konnte aber unter dem Namen „Musikkapelle Julius Ludvick“ bald wieder weitermachen.<sup>316</sup>

### 3.6 Kommunisten

In Österreich entstanden die Kommunisten um 1918, nachdem der Erste Weltkrieg die Sozialdemokraten in eine Krise gestürzt hatte. Zuerst hatten die Sozialdemokraten den Krieg trotz Bemühungen nicht verhindern können und danach war man mit der Linie der neuen Regierung mitgegangen. Das führte bei vielen Anhängern zu großer Unzufriedenheit. Man sah keine Zukunft mehr mit den Sozialdemokraten und so konnten sich neue Strömungen, die vor allem von Russland (Bolschewiki) beeinflusst waren, etablieren. Die kommunistische Bewegung entwickelte sich in Österreich, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, sehr früh. Zu einer Spaltung der Sozialdemokraten kam es jedoch nie, da die Kommunisten es nicht schafften, die „sozialdemokratische Hegemonie in der Arbeiterbewegung ernsthaft zu erschüttern.“<sup>317</sup>

Dies änderte sich erst nach dem Februar 1934, als viele enttäuschte Sozialdemokraten zu den Kommunisten übertraten.<sup>318</sup>

---

<sup>314</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Bezirkshauptmannschaft Baden Zl. XI 291/110 12. März 1934/ Beschlagnahmebescheid. Beschlagnahme des Vermögens der sozialdemokratischen Partei. Gerichtet an Herrn Max Berger in Möllersdorf.

<sup>315</sup> Stadtarchiv Traiskirchen, Bezirkshauptmannschaft Baden Zl. XI – 291/419 am 7. Mai 1934, Bescheid

<sup>316</sup> DAW, N/T 2, Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, 283-289

<sup>317</sup> *Josef Ehmer*, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Tólos, Dachs, Hanisch, Staudinger (Hg.) Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918-1933 (Wien 1995) 218-219

<sup>318</sup> Winfried R. *Garscha*, Kommunisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945, Bd.1 (1987 Wien) 160

Die Kommunistische Partei in Baden konnte im Jahr 1929 kein Mandat erreichen. Dass sie auch in Baden in den Jahren 1934 – 1938 als illegale Partei aktiv war, zeigen Fälle von Verhaftungen und politischer Propaganda.

### **3.6.1 Urteile gegen Kommunisten aus Baden und Traiskirchen**

1935 wurden zehn Personen aus Baden vom Kreisgericht Wiener Neustadt verurteilt, weil sie linksgerichtete Zeitschriften und Flugblätter verbreitet hatten.<sup>319</sup> Franz Zagler, Josef Kragler, Karl Harter, Franz Slavicek, Josef Berger, Elisabeth Gall und Leopold Vogel wurden am 4. April 1935 angeklagt, Druckwerke, die sich gegen die austrofaschistische Regierung wendeten, verfasst, vervielfältigt und verteilt zu haben.

Franz Zagler wurde zu 18 Monaten schwerem Kerker verurteilt, Josef Kragler zu acht Monaten schwerem Kerker, Karl Harter zu 18 Monaten schwerem Kerker, Franz Slavicek zu einem Jahr schwerem Kerker, Josef Berger zu sieben Monaten schwerem Kerker, Elisabeth Gall zu sechs Monaten schwerem Kerker, Leopold Vogel zu einem Jahr schwerem Kerker, Josef Franz Senger zu zwei Monaten Arrest und Rudolf Winter zu sechs Wochen Arrest.

Die Angeklagten wurden als „Anhänger der verbotenen Sozialdemokraten, von denen einige mehr kommunistisch eingestellt sind“, beschrieben. Weiters wurde in der Akte vermerkt, dass sie großteils geständig waren.<sup>320</sup>

Am 10. Mai 1935 wurde Roman Nemetz aus Baden wegen des Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe zu 15 Monaten schwerem Kerker verurteilt. Er gehörte ebenfalls zu der Gruppe von Franz Zagler.<sup>321</sup>

Anzeige gegen Andreas Lang aus Baden vom Gendarmeriepostenkommando Baden an das Bezirksgericht wegen Geheimbündelei:<sup>322</sup>

„Durch eine vertrauliche Mitteilung erhielt der Posten Baden Kenntnis, dass Lang seit Februar 1935 im Besitz verbotener kommunistischer Flugschriften sei. Bei der aus diesem Grunde [...] am 2.2. 1936 vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden tatsächlich, im Klosett versteckt, 8 Stück dieser kommunistischen Flugschriften, Jahrgang 17, Ausgabe November 1934, gefunden, desgleichen eine Flugschrift, herausgegeben von derselben Partei,

---

<sup>319</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 189

<sup>320</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 189-190

<sup>321</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 190

<sup>322</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 191



hetzerischen Inhaltes. Lang wurde vom hiesigen Posten [...] der Bezirkshauptmannschaft Baden wegen Besitz illegaler Flugschriften zur Anzeige gebracht und verbüßt dzt. eine politische Strafe im Notarrest in Baden.<sup>323</sup>

Am 3. Dezember 1936 wurden drei Traiskirchner, Karl Pirhanzl, Ernst Lehrner und Franz Gerger, vom Wiener Neustädter Kreisgericht wegen des Verstoßes gegen das Staatenschutzgesetz angeklagt.<sup>324</sup> Sie hatten beabsichtigt, Sowjetsterne aus rotem Papier auf den Straßen zu verstreuen.

Karl Pirhanzl wurde beschuldigt, am Abend des 16. Oktober 1936 eine größere Anzahl an aus rotem Papier gestanzten Sowjetsternen an Ernst Lehrner und Franz Gerger übergeben zu haben. Diese sollten die Sterne in den Nächten vor dem großen Aufmarsch der Vaterländischen Front in Wien, also am 17. und 18. Oktober 1936, auf den Straßen von Möllersdorf verstreuen. Ernst Lehrner und Franz Gerger trafen sich wie vereinbart in der Nacht, um die Sterne zu verstreuen. Sie wurden jedoch von einem Gendarmen, Leopold Hinsinger, angehalten und durchsucht. Bei der Durchsuchung fand der Beamte die Sowjetsterne bei Ernst Lehrner.

Karl Pirhanzl wurde zu sechs Monaten Kerker und Ernst Lehrner und Franz Gerger wurden zu jeweils drei Monaten und zwei Monaten Kerker verurteilt.<sup>325</sup>

### **3.7 Die NSDAP in Baden und Traiskirchen**

Als Vorläufer kann bereits die 1903 in Aussig (nordböhmische Stadt) gegründete Deutsche Arbeiterpartei bezeichnet werden. In der offiziellen Geschichte der Nationalsozialistischen Partei vermeiden die Nationalsozialisten diesen Zusammenhang. Doch schon 1903 in den Aussiger Parteistatuten hatte man die meisten der typischen nationalsozialistischen Forderungen (Antimarxismus, Antisemitismus, Abgrenzung der Völker, ...). Ab 1918 bekam

---

<sup>323</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 191

<sup>324</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 191

<sup>325</sup> Winfried R. Garscha, *Kommunisten*, 191

die Partei einen neuen Namen: „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“. Diese war auch eine der ersten Gruppen, die nach 1918 den Anschluss an Deutschland forderte.<sup>326</sup>

Ab 1931 kam es zu einer raschen organisatorischen Entwicklung und einem raschen Aufstieg der Nationalsozialistischen Partei. Mit 11. Juli 1931 wurde das „Land Österreich“ als Organisationseinheit unter einem Gauleiter geschaffen.<sup>327</sup>

Bei den Nationalratswahlen 1930 konnte die NSDAP noch keine Mandate erreichen. Dies änderte sich bei den Landtagswahlen im April 1932, bei denen die Partei in Salzburg sechs, in Niederösterreich acht und in Wien 15 und im November in Vorarlberg zwei Mandate erreichte. 1933 bei den Gemeinderatswahlen erreichte die NSDAP in einigen Gemeinden Niederösterreichs und Tirol einen durchschnittlichen Anteil von 20 bis 25 % der Stimmen.<sup>328</sup>

Auf das Betätigungsverbot für die Nationalsozialisten, das Bundeskanzler Dollfuß am 19. Juni 1933 erließ, war die NSDAP gut vorbereitet. Junge Aktivisten organisierten nach der Verhaftung der hohen Funktionäre zahlreiche Sprengstoffattentate und „Hakenkreuzschmierereien“. Allein bis Ende 1933 gab es mehr als 140 behördlich gemeldete Bombenanschläge in ganz Österreich.<sup>329</sup>

In Baden hatte die NSDAP im Jahr 1929 bei der Gemeinderatswahl 18 % der Stimmen und ein Mandat erlangt, das Franz Schmid (1877 – 1953) bekleidete. Ein zweites Mandat wurde knapp verfehlt.<sup>330</sup>

1932 brachte der nationalsozialistische Gemeinderat Franz Schmid, der nach dem Einmarsch Hitlers 1938 Bürgermeister von Baden wurde, auf einmal gleich sechs Anträge vor, die er, ohne auf die Geschäftsordnung Rücksicht zu nehmen, zu verlesen verlangte. Er forderte die Auflösung des Gemeinderats und die Abhaltung von Neuwahlen, da die Zusammensetzung des Gemeinderats nicht mehr die Stimmung in der Bevölkerung widerspiegeln sollte. Das begründete er damit, dass 18 % der Badener 1929 ihre Stimme der NSDAP gegeben hatten, was dem Dreifachen der vorherigen Wahl entsprach. Da die NSDAP weitere Zugewinne an Wählerstimmen erwartete, drängte ihr Vertreter Gemeinderat Schmid im Gemeinderat auf Neuwahlen. Die Debatte wurde immer hitziger und selbst Bürgermeister Kollmann bezeichnete die NSDAP als „Partei des Terrors und des Tiefstandes der Sitten, die der Mehrheit

---

<sup>326</sup> Gerhard Jagschütz, Die Nationalsozialistische Partei. In: *Tálos, Dachs, Hanisch, Staudinger* (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918- 1933 (Wien 1995) 231-233

<sup>327</sup> Gerhard Jagschütz, Die Nationalsozialistische Partei, 235

<sup>328</sup> Gerhard Jagschütz, Die Nationalsozialistische Partei, 236.

<sup>329</sup> Josef Prinz, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918 - 1938, 62

<sup>330</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 162

durch Anwendung von Gewalt ihren Willen aufzwingen will<sup>331</sup>. Der Antrag auf Neuwahlen wurde abgelehnt.<sup>332</sup>

### 3.7.1 Nationalsozialistische Gemeinderatsmitglieder in Baden

Die Ablehnung der Nationalsozialisten durch die anderen Parteien, war in allen Sitzungen deutlich spürbar. So klagte der nationalsozialistische Gemeinderat Franz Schmid in der Gemeinderatssitzung am 29. März. 1933 in seiner mehr als 13 Seiten langen Rede unter anderem darüber, dass der Badener Gemeinderat seine Partei vor allem als „Störer der Kurgäste“ sah.

„Was sich in den letzten Tagen abgespielt hat, darf man nicht alles auf das Konto der Einzelnen schreiben, denn was die Verbrecherschaft – Heimwehr genannt – getan hat, das spottet jeder Beschreibung und es hätte nicht viel gefehlt und wir wären ein Kriegsschauplatz in Niederösterreich geworden. Es ist nicht mehr viel darüber zu reden, dass wir mit derartigen Dingen nicht einverstanden sind, sondern wir wollen auf legalem Wege mitbestimmend im Staate wirken, aber die Zeitungen, welche über Baden Radaunachrichten bringen, erwiesen der Stadtgemeinde bestimmt keinen Dienst und wenn Sie die ‚Wiener allgemeine Zeitung‘ vom Mittwoch (29. März 1933) hernehmen, so finden sie die in’s Gesicht fallenden Lettern, die Aufschrift ‚Nazi gegen den Fremdenverkehr‘. Ich will hier ganz gehörig unterstrichen wissen, dass wir uns an die sogenannten losen Vereinbarungen immer gehalten haben und dass wir Nationalsozialisten in Baden im Sommer in keiner Weise einen Wirbel gemacht haben und wenn ein paar Jünger in blauen Blusen und braunem Hemd im Kurpark aneinander geraten sind, so kann man keine Leitung dafür verantwortlich machen, wenn man aber in der Zeitung mit derartigen Lettern hausieren geht und einzelne Terrorfälle aufzeigen will, so halte ich das für geschmacklos, denn in der Zeitung kommt nicht einmal ein Wort von Nazi vor, sondern es wird nur davon gesprochen, dass ein Plakat aus unserm Schaukasten: ‚Hitler schafft Arbeit‘ beschlagnahmt worden ist.“<sup>333</sup>

Beim Beschluss zur Sicherung Badens in der Gemeinderatssitzung am 5. April 1933 fehlte Schmid (aber auch die Großdeutschen Trenner und Kurtics). Es ist anzunehmen, dass dieses Fehlen einen strategischen Grund hatte, da vor allem die Sozialdemokraten forderten, dass die Heimwehr und alle anderen „Selbstschutzorganisationen“ aufgelöst werden sollten.<sup>334</sup>

---

<sup>331</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 175

<sup>332</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 175

<sup>333</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 29.3.1933

<sup>334</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 5.4.1933

### 3.7.2 Die Aberkennung der Mandate der Nationalsozialistischen Partei

Am 7. Juli 1933 verlas Bürgermeister Kollmann im Gemeinderat die Mitteilung der Landesregierung, mit der die Aberkennung der Mandate der NSDAP mitgeteilt wurde:

„P.1 Mitteilung

Ich habe folgende Mitteilung zu machen. Von der Landeregierung habe ich im Wege über die Bezirkshauptmannschaft folgende Zuschrift erhalten:

Bezirkshauptmannschaft Baden,

am 30. Juni 1933

Z: II – 1086/1

Nationalsozialistische

Deutsche Arbeiterpartei

Österreichs;

Erlöschen der Mandate.

An den Herrn Bürgermeister in Baden

Gemäss § 1 Abs. 1 des Landesverfassungsgesetzes vom 23. VI. 1933, L. G. BL. Nr. 137 sind mit dem Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieses Gesetzes, das ist dem 24. VI. 1933, die Mandate der Mitglieder (Ersatzmitglieder) der Gemeindevertretungen, die auf Grund von Vorschlägen der N.S.D.A.P (Hitlerbewegung) geworden sind, ohne jedes weitere Verfahren erloschen [...].<sup>335</sup>

„Ich habe auf Grund dieses Erlasses den Herrn GR. Franz Schmid nicht mehr eingeladen und es sind auch seine Ersatzmänner aus der Liste gestrichen. Wir sind nur 38 Mitglieder und werden bis zur nächsten Wahl mit 38 die Arbeit leisten“, <sup>336</sup> sagte Bürgermeister Kollmann im Gemeinderat.<sup>337</sup>

### 3.7.3 Die Gemeindeangestellten

Der Gemeindetag Baden erhielt am 30. Juli 1934 vom Bundeskommissar für Personalwesen den Auftrag, die Gesinnung aller Angestellten und Arbeiter der Gemeinden zu überprüfen, um „unzuverlässige oder gar mit Staatsfeinden sympathisierende Gemeindeangestellte“ zu finden.<sup>338</sup> Diese Angestellten sollten des Diensts und aller Bezüge enthoben werden und ein Disziplinarverfahren erhalten. Bürgermeister Kollmann teile am 14. August 1934 der Landeshauptmannschaft Niederösterreich mit, dass „hier [in Baden] kein einziger Fall vor-

<sup>335</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 7.7.1933

<sup>336</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 7.7.1933

<sup>337</sup> StAB, Öffentliche Gemeinderatsprotokolle 1933, 7.7.1933

<sup>338</sup> StAB Sign. C 139/: Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit (ungedrucktes Manuskript) 31

liegt, der Anlaß zur Sperre des Bezuges bilden würde.“<sup>339</sup> Dass es unter den Badener Beamten keine illegalen Nationalsozialisten gegeben haben soll, ist eher zu bezweifeln. Wie dieses „makellose“ Ergebnis zustande kam, ist daher nur schwer nachzuvollziehen.

### **3.7.4 Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten in Baden und Aktivitäten der Nationalsozialisten**

Im Oktober 1932 wurde ein Nationalsozialist in Baden von zwei Burschen beschimpft. Als er in seine Wohnung gehen wollte, schlugen die beiden ihm mit einem Gegenstand auf den Kopf. Das Opfer erlitt eine Risswunde am Kopf.<sup>340</sup>

Am 31. März 1933 besetzten junge Sozialdemokraten und Nationalsozialisten den Karlsplatz in Baden, da man Staatssekretär Fen erwartete, der aber nicht kam. Die Polizei und Gendarmerie räumten schließlich den Platz. Am Nachmittag des 1. April 1933 gingen die Demonstrationen weiter. 60 Jungsozialisten marschierten Richtung Hauptplatz. Erneut schritten die Polizei und Gendarmerie ein. Am darauffolgenden Tag, am 2. April um 9 Uhr zogen 40 Schutzbündler auf Fahrrädern durch die Stadt. Die Nationalsozialisten starteten ihre Demonstration mit einer Auto- und Motorradkolonne um 13 Uhr.<sup>341</sup> Einige Demonstranten wurden verhaftet. Darunter auch der Kurarzt Kieslinger. Dieser klagte gegen Polizeioberinspektor Klinger, der ihm bei der Auseinandersetzung während einer der Demonstrationen vorgeworfen haben soll, sich aus Geschäftssinn und nicht aus Idealismus bei der NSDAP zu beteiligen. Klinger wurde freigesprochen.<sup>342</sup>

Über die Tätigkeit der NSDAP zwischen 1934 und 1938 wurde über die Medien nur wenig bekannt. Wahrscheinlich befürchtete man, so die Nationalsozialisten bei ihrer Propaganda zu unterstützen. Das meiste weiß man durch die Erfolge der heimischen Exekutive bzw. Justiz, denn mit Ausnahme einiger spektakulärer Ereignisse, wie zum Beispiel den Anschlag auf die Badener Bahn, wurde über die terroristischen Anschläge der Nationalsozialisten und ihre sonstigen illegalen Aktivitäten in der Zeitung nicht berichtet.<sup>343</sup>

---

<sup>339</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit* 31

<sup>340</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit* 27

<sup>341</sup> *Badener Zeitung* Jg. 54, Nr. 27 (5.4.1933) 1

<sup>342</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*. 28; *Badener Zeitung* Jg. 54, Nr. 43 (31.5.1933) 5

<sup>343</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*. 28

#### *3.7.4.1 Der Anschlag auf die Badener Bahn*

Am 28. Juni 1933 verübten Mitglieder der Hitlerjugend Baden einen Anschlag auf die Badener Bahn.<sup>344</sup>

Zwei Kameradschaftsführer der Hitlerjugend Baden, der Badener Student Theodor Kalla und Karl Ratzenberger, wurden verhaftet. Die beiden gestanden bei der Gerichtsverhandlung im November 1933 in Wiener Neustadt, zusammen mit einem dritten flüchtigen Kameraden, Johann Gaza, den Anschlag auf die Badener Bahn verübt zu haben. Dabei hatten sie ein 56 cm langes Stück Schiene auf der Höhe Trabrennplatz herausgesprengt. Der Kurarzt Hermann Kieslinger, ein bekannter Nationalsozialist, wurde verhaftet, da einer der Täter mit ihm verwandt gewesen sein soll. Kieslinger hatte an vertraulichen Sitzungen der NSDAP teilgenommen.<sup>345</sup>

Kieslinger hatte weiters einen Bezirkskameradschaftsabend des Heimatschutzbunds gestört und eine Hakenkreuzfahne aus dem Fenster seiner Wohnung gehisst. Am Geburtstag Hitlers sang er das Horst-Wessel-Lied so laut bei offenem Fenster, dass sich eine Menschengruppe darunter versammelte. Zusammen mit seiner Tochter pöbelte Kieslinger auch jüdische Kurgäste an. Ob er in den Anschlag auf die Badener Bahn verwickelt gewesen war, konnte Wieser, der „Badens braune Vergangenheit“ verfasst hat, nicht klären. Fest steht, dass die Gemeinde den antisemitischen Kurarzt aus Baden entfernen wollte. Aus diesem Grund wurde ihm mit 7. Juli 1933 der Aufenthalt auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Baden durch den Gemeinderat verboten. Kieslinger zog daraufhin nach Pfaffstätten, einen angrenzenden Nachbarort.<sup>346</sup>

#### *3.7.4.2 Schlägerei und Schmieraktionen*

Am 21. Juli 1933 kam es zu einem Zwischenfall in einem Heurigen in Baden, bei dem ein bekannter Nationalsozialist dort anwesende Frontkämpfer provozierte. Mitglieder der Frontkämpfervereinigung (F.K.V.) in Baden hatten nach einer Besprechung einen Heurigenbesuch unternommen. Es waren nur noch wenige da, als der in der Akte als „polizeibekannt“ beschriebene Franz Merschitz ein Taschentuch mit einem Hakenkreuz herauszog und „Heil Hitler“ rief. Da ihm aber keiner antwortete, brüllte er: „Alle Assistenzmänner stech' ich nieder!“ Da sich der Aufruf eindeutig auf die uniformierten Frontkämpfer bezog, wollte einer

---

<sup>344</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 87 (1.11.1933) 4

<sup>345</sup> Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, 29

<sup>346</sup> Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, 29

von ihnen „den Stänkerer [...] zur Rede stellen.“<sup>347</sup> Der Nationalsozialist schlug mit einer Weinflasche auf den Frontkämpfer ein, die bei einer Abwehrbewegung des Angegriffenen zerbrach und diesen schnitt. Danach verließen Franz Merschitz und die anderen Nationalsozialisten den Heurigen. Einer der Nationalsozialisten, wahrscheinlich Franz Andre, verlor dabei ein Paket. Er bat einen unbeteiligten Passanten, es aufzuheben und zu verstecken. Als die Frontkämpfer den Heurigen verließen, trafen sie wieder auf die Nationalsozialisten, die über sie herfielen. Der Passant gab das Päckchen später der Polizei. In ihm befand sich eine Dose braune Farbe, die für eine Schmieraktion dienen sollte.<sup>348</sup>

Schmieraktionen waren ein beliebtes Mittel. Auch der Beethoven-Tempel wurde nicht verschont. Unbekannte bewarfen das Deckenfresko mit Eiern, die mit brauner Farbe gefüllt waren.<sup>349</sup>

Bei der Casinoeröffnung zündete ein Angehöriger der NSDAP aus Protest dagegen ein hakenkreuzförmiges Feuer an. Unter anderem verübten Nationalsozialisten 1934 auch einen Anschlag auf ein jüdisches Waisenhaus in Baden. Sie warfen in der Nacht faustgroße Steine gegen das Gebäude und schlugen fünf Fenster ein. Personen kamen bei dem antisemitischen Anschlag nicht zu Schaden.<sup>350</sup>

### **3.7.5 Nationalsozialisten in Baden**

Als bekannteste Nationalsozialisten in Baden sind Franz Schmid und der Kurarzt Kieslinger zu erwähnen. Der pensionierte Postdirektor und Gemeinderat (bis 1933) Franz Schmid wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1938 Bürgermeister von Baden.

Auch in Traiskirchen gelang der Exekutive ein Schlag gegen die nationalsozialistische Organisation. Als sich am 25. März 1936 im Gasthaus Weger in Traiskirchen Mitglieder des Reichsbunds der Österreicher trafen, unterbrach bald nach Beginn der Versammlung ein Kurzschluss die Stromversorgung und das Licht ging aus. Der Traiskirchener SA-Truppenführer Salmhofer, ein 25-jähriger Tischlergehilfe, hatte seinem unterstellten Scharführer Matthias Graf den Auftrag erteilt, um zwei Schilling Kupferdraht zu kaufen, diesen über die Stromleitung zu werfen und so einen Kurzschluss auszulösen. Durch die Aussage des noch

---

<sup>347</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*, 29

<sup>348</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*, 29-30

<sup>349</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*, 30

<sup>350</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*, 31

nicht 18-jährigen Matthias Reichl, der als Mittäter von einem Jugendgericht zu 15 Monaten strengem Arrest verurteilt und dann amnestiert wurde, konnte der Anstifter ausgeforscht werden. Bei seiner Verhaftung sagte Salmhofer aus, 1930 der NSDAP beigetreten zu sein und 1934 vom damals geflüchteten Adam zum SA-Truppenführer ernannt worden zu sein. Graf war für die Mitgliederbeiträge und die Verteilung illegaler Zeitungen zuständig. Das Verfahren wegen Hochverrats wurde eingestellt. Für die boshafte Sachbeschädigung wurde Karl Salmhofer zu acht Monaten schweren Kerkers mit zwei Fasttagen monatlich verurteilt.<sup>351</sup>

### 3.7.6 Ausbürgerung von Nationalsozialisten

Einige Badener Nationalsozialisten zogen es vor, nach Deutschland zu gehen. Mitte November 1933 war in der Badener Zeitung<sup>352</sup> zu lesen, dass Walter Bauer, ein 31-jähriger Beamter aus St. Veit a. d. Triesting, sowie Heinrich Herold, ein 32-jähriger Buchdrucker aus Leobersdorf, und der 25-jährige Georg Unger, ein Schlossergehilfe auch aus Leobersdorf, wegen ihrer „Flucht“ nach Deutschland aus ihren Heimatgemeinden ausgebürgert worden waren.<sup>353</sup>

## 3.8 Legitimisten

Die Legitimisten<sup>354</sup> erlangten dadurch eine gewisse politische Bedeutung, dass Schuschnigg sie als Mitstreiter gegen die Nationalsozialisten erwählte, jedoch war dies eher „eine leere Drohgebärde gegenüber Deutschland denn eine realistische politische Alternative“<sup>355</sup>, wie Josef Prinz in „Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918 – 1938“ schrieb. Die

---

<sup>351</sup> Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, 32. Wiesner bezieht sich auf die Verhandlung im August 1936 im Wr. Neustädter Kreisgericht gegen den 25jährigen Tischlergehilfen Karl Salmhofer wegen Hochverrats.

<sup>352</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 90 (11.11.1933) 4

<sup>353</sup> Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, 31

<sup>354</sup> „Legitimisten: Die Anhänger des monarchist. Legitimitäts-Prinzips, die nach dem Sturz einer Dynastie deren Wiedereinsetzung fordern, so in Frankreich im 19. Jh. vor allem die Anhänger der Bourbonen, in Spanien die Karlisten, in Österreich die Anhänger der Habsburger.“ In: Konrad Fuchs, Heribert Raab, Wörterbuch Geschichte (München<sup>13</sup> 2002) Seite 479

<sup>355</sup> Josef Prinz, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918 - 1938, 71



Legitimisten hatten zwar ab 1937 einen gewissen Zulauf von NS-Gegnern und Otto Habsburg erhielt in unzähligen Gemeinden Ehrenbürgerschaften – über 500 „Kaisergemeinden“ zählte man allein in Niederösterreich –, aber trotzdem waren sie eine zahlenmäßig unbedeutende Gruppe im Vergleich zu den Sozialdemokraten, die Schuschnigg aber schon aus ideologischen Gründen ablehnte.<sup>356</sup>

### 3.8.1 Adlige in Baden und Traiskirchen

In Baden lebten viele ehemalige Adelige, die auch politische und gesellschaftliche Funktionen ausübten. Auch als Gäste besuchten Adelige Baden und es wurde über jeden Besuch hoher Adelliger ausführlich in der Badener Zeitung berichtet.

Im Gegensatz zur Ersten Republik und der Zeit des Nationalsozialismus stand man 1934 – 1938 Adligen positiv gegenüber. Dies zeigt unter anderem die Legitimistenkundgebung im Hotel Stadt Wien, über die die Badener Zeitung am 12. Februar 1936 auf der Titelseite berichtete:

„Saal und Garten von Steigners Hotel Brusatti waren stets überfüllt, diesmal wurden noch die Räumlichkeiten der ‚Stadt Wien‘ zu eng. Der Vaterländischen Front angeschlossen, Sonderbestrebungen ablehnend oder sich einordnend, schreitet der Reichsbund der Österreicher im Eisernen Ring unter der ruhig-energischen Führung des Gesandten a. D. und bevollmächtigten Ministers Dr. Friedrich v. Wiesner auf der klar vorgezeichneten Bahn weiter zu dem Ziele, welches ein wahrhaft und logisch an die glorreiche Vergangenheit anknüpfendes Österreich erreichen will.“<sup>357</sup>

Geladen war natürlich auch ehemaliger hoher Adel. Um 8 Uhr trafen die ehemaligen kaiserlichen Hoheiten Erzherzog Anton und seine Frau Erzherzogin Ileana ein und wurden im passenden Ambiente empfangen.

„Bei der Ankunft wurde der Generalmarsch geblasen, die ausgerückte Abteilung präsentierte das Gewehr und die ‚kaiserlichen Hoheiten‘ schritten die Front ab. In der Halle des Hotels wurden sie von Kreisleiter Oberstleutnant von Kiefhaber und Bezirksleiter Franz Schanke ehrfurchtsvoll begrüßt, der Kreisleiter überreichte der hohen Frau einen Blumenstrauß [...], es erfolgte die Vorstellung der Ehrenkavaliere Exzellenz Feldmarschallleutnant Weitz v. Tihany und General Büttern (Beide Herren waren in der Generalsuniform erschienen) und sodann wurde das hohe Paar in den Saal geleitet.“<sup>358</sup>

---

<sup>356</sup> Josef Prinz, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918 - 1938, 71

<sup>357</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 13 (12.2.1936) 1-2

<sup>358</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 13 (12.2.1936) 1-2

Am 23. März 1936 fand im Gemeindegasthof Traiskirchen – laut der Badener Zeitung – eine Versammlung der Legitimisten statt. Die großen Säle waren voll besetzt mit Männern, Frauen, Arbeitslosen und Jugendlichen. Für die Redner gab es viel Beifall. Zum Abschluss wurde die Volkshymne gesungen.<sup>359</sup>

## 3.9 Wichtige politische Personen

### 3.9.1 Der Badener Bürgermeister Josef Kollmann (1868 – 1951)

Politisch gehörte Josef Kollmann der Christlichsozialen Partei an und ging in seinen Funktionen, sei es im niederösterreichischen Landtag oder nach 1918 als Nationalrat, vollkommen auf. Von Jänner bis Oktober 1926 war er Finanzminister. Ein Jahr, das er nicht ganz ohne Skandal überstand, da ihm einige Zeitungen Korruption vorwarfen.<sup>360</sup>

Meissner verbildlicht in seiner Biografie über Josef Kollmann dessen Art mit folgender Anekdote: „(Wem gehört die Gemeinde?) Als der sozialdemokratische Gemeinderat Leitner die Verwaltung der Gemeinde als faktisches Privateigentum des Bürgermeisters bezeichnet und unter allgemeiner Heiterkeit sagt: ‚Es wäre vielleicht die Aufschrift am Platze: Stadtgemeinde Baden, Firmen-Alleininhaber Josef Kollmann‘, erklärte Kollmann trocken: ‚Das wäre nicht dumm‘.“<sup>361</sup> Hierbei ist zu erwähnen, dass Bürgermeister Kollmann in Baden ein gut gehendes Geschäft hatte.

Sein durchaus schwieriger und auch dominanter Charakter zeigt sich auch darin, dass Bürgermeister Kollmann die Zeit für den Rechnungsabschluss für 1930 verstreichen hatte lassen und auch die Briefe ignoriert hatte, die ihn daran erinnerten. Die Opposition musste sich an den Rechnungshof wenden, der aber nicht nur Tadel für Kollmann übrig hatte, sondern von der genauen Buchführung sehr angetan war. Die Kritik daran führte allerdings zu einem ansehnlichen Medienlärm, wie Meissner schrieb. „Die riskanten Verschuldungsstrategien, die er [der Rechnungshof] immerhin als irreführend bezeichnet. Der Rechnungshof kritisiert weiters, dass bei der Feststellung der Vermögenswerte keine Abschreibungen (d.h.

---

<sup>359</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 26 (28.3.1936) 4

<sup>360</sup> Otto *Wolkersdorfer*, Josef Kollmann, 32, 46, 54, 81

<sup>361</sup> Hans *Meissner*, Josef Kollmann, 157

zu erwartende Wertminderungen und Amortisationen) berücksichtigt wurden.“<sup>362</sup> Für die Opposition stellte sich die Frage, ob ganz Baden mehr oder weniger an die niederösterreichische Landeshypothekaranstalt verpfändet werden würde oder nicht. Die Vereinbarung lautete aber: „Der Gläubiger hat Zugriff auf Ertragsanteile städtischen Vermögens bei Zahlungsunfähigkeit, ist aber nicht grundbücherlich als Pfandinhaber eingetragen.“<sup>363</sup> Der Skandal zog weite Kreise. „U. a. [schrieb] die ‚Sonn- und Montagszeitung‘ allerlei über den Diktator von Baden, der vom Rechnungshof ertappt wurde.“<sup>364</sup>

Andererseits war es Kollmann, der Baden mit seinen Thermalquellen groß herausbringen wollte und sich dabei immer wieder über Kritiker im Gemeinderat hinwegsetzte, um seine Bauvorhaben durchzusetzen. Als Vorsitzender der Kurkommission, konnte er sich ganz legal selbst Subventionen zukommen lassen, um seine Projekte (Trinkhalle, Strandbad) zu verwirklichen.<sup>365</sup> 1930 war Kollmann beim Eid auf das faschistische Programm der Heimwehr, das auch als „Korneuburger Eid“<sup>366</sup> bekannt ist, anwesend. Jedoch war Josef Kollmann ein bekennender Heimwehrgegner<sup>367</sup> und war wie einige andere Mitglieder der Christlichsozialen Partei gegen die neue Regierungsrichtung. 1933 ging er den Regierungskurs jedoch mit.<sup>368</sup> Kollmann war sogar bei jener schicksalhaften Sitzung zur Ausschaltung des Parlaments anwesend und dürfte eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben.<sup>369</sup>

Meissner schrieb dazu: „Über seine Empfindungen bei dieser Gelegenheit dürfen wir uns keinerlei Illusionen hingeben: er hat sich gefreut wie die meisten anderen seiner Parteifreunde. Er habe selbst in der letzten Sitzung des Nationalrates teilgenommen, in der es zur Lahmlegung des Parlaments gekommen sei, ohne dass dies eine der Parteien beabsichtigt, ja nur geahnt habe. Er habe sofort den Eindruck gehabt, dass dies eine Fügung der göttlichen Vorsehung gewesen sei. So Kollmann rückblickend in einem ungewohnt hymnischen Ton auf der Gründungsversammlung der Ortsgemeinschaft Baden des Deutsch-österreichischen Gewerbebundes am 11. Mai. 1933.“<sup>370</sup> Für ihn war es eine Genugtuung, dass die Sozial-

---

<sup>362</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 171

<sup>363</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 171

<sup>364</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 171

<sup>365</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 145

<sup>366</sup> Gegen Demokratie und Parlamentarismus, Anerkennung der faschistischen Grundsätze, die Kirche wird dem Staat unterstellt und ihr der Einfluss auf Erziehungsfragen entzogen. Es gibt für jede Standesgruppe nur einen einzig beauftragten und staatlich anerkannten Vertreter. Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich (Wien 1984) 58

<sup>367</sup> Vgl. Klaus-Dieter Mulley, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“ In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler, Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Bd. 1: Politik (Wien 2008) 440

<sup>368</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 85; Theodor Veiter, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich (Wien 1984) 58-60

<sup>369</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 85 und Hans Meissner, Josef Kollmann, 179

<sup>370</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 179

demokraten nun endgültig verloren hatten, und auch die NSDAP hoffte man damit einzudämmen.<sup>371</sup>

Bezieht man sich auf die vorhandenen Biografien, so kann man daraus schließen, dass Kollmann mit den Entwicklungen unter dem autoritären Regime bald nicht mehr zufrieden war. Welche Erwartungen er diesbezüglich hatte, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich ist, dass er sich erhofft hatte, sich somit der Kontrolle der Opposition, der Kontrolle durch die sozialdemokratischen Gemeinderäte, entziehen und Baden voll und ganz nach seinen Vorstellungen gestalten zu können.

Weiters kann man in Meissners Biographie lesen, dass Bürgermeister Kollmann sich aufgrund des „ständestaatlichen und proitalienischen Kurses der Regierung Dollfuß“<sup>372</sup> mit Überzeugung jenen anschloss, die innerhalb der Partei eine Opposition bildeten. Dies hieß jedoch nicht, dass sie öffentlich auftraten oder gar gegen den Kanzler arbeiteten. Dem Kanzler in den Rücken fallen konnten und wollten sie nicht.<sup>373</sup>

1935 kamen dann noch die Gerüchte auf, Kollmann wäre amtsmüde, jedoch erhielt er im selben Jahr die Ehrenbürgerschaft.<sup>374</sup>

Die internen Konflikte im autoritären Regime zeigen sich auch an folgender Aussage von Kollmann, die Meissner zitiert:

„Ich danke mein Amt Gott sei Dank nicht Bajonetten, sondern dem freien Willen (Hervorhebung im Original) der Badener Bevölkerung... Auch im Jahre 1934 gab es für den Heimatschutz in Baden keine Aufgaben zu erfüllen, er hatte hier weder etwas verloren, noch etwas zu suchen... Dass aber das Verlangen nach dem Badener Bürgermeisterstuhl schon längere Zeit der Wunsch Anderer ist, das weiß ich sehr wohl.“<sup>375</sup>

1940 stand er schließlich vor Gericht. Die Nationalsozialisten warfen ihm Amtsmissbrauch vor und dass er mit Bruno Wolff in Kontakt war, ihn sogar ohne Bezahlung im Kurhotel Herzoghof wohnen ließ. Das Problem für Kollmann daran war, dass Wolff Jude war. Bei der Zeugenvernehmung kam es jedoch zu einer überraschenden Wende: Bis auf den Nationalsozialisten Franz Schmid sprachen alle, auch die „einstigen Gegner“, für Kollmann und sorgten dafür, dass er nicht verurteilt wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass er 1935 150.000,- Schilling und 60.000,- Schilling Wertpapiere aus seinem Privatvermögen nutzte, um die Löhne der Beamten zu zahlen.<sup>376</sup>

---

<sup>371</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 179

<sup>372</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 181

<sup>373</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 181

<sup>374</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 195

<sup>375</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 198

<sup>376</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 116

Weiters kam es Kollmann zugute, dass er nie Funktionsgebühren entgegengenommen hatte.<sup>377</sup> Vom Vorwurf des Amtsmissbrauchs wurde er freigesprochen. „Gegen die Entscheidung des Landesgerichts Wiener Neustadt erhob die Oberstaatsanwaltschaft Nichtigkeitsbeschwerde.“<sup>378</sup> Auch von dieser wurde Kollmann freigesprochen.<sup>379</sup>

Am 16. Juni 1951 starb Josef Kollmann im Alter von 83 Jahren an Herzversagen.<sup>380</sup>

### **3.9.2 Der nationalsozialistische Badener Gemeinderat Franz Schmid (1877 – 1953)**

Franz Schmid, der pensionierte Postdirektor und einzige nationalsozialistische Gemeinderat in Baden, wurde am 25. Juni 1933, also kurz nach dem Betätigungsverbot der NSDAP, verhaftet. Schmid war gerade auf einem Ausflug auf der Rax, als er erfuhr, dass man ihn polizeilich suchte. Franz Schmid meldete sich sofort telefonisch und ließ sich am Abend widerstandslos festnehmen, wie die Badener Zeitung schrieb. Wiener Zeitungen legten den Rax-Ausflug allerdings als Fluchtversuch aus. Wegen Hochverrats saß er drei Wochen in Untersuchungshaft im Landesgericht I in Wien.<sup>381</sup>

Dass er vom Putschversuch der Nationalsozialisten 1934 wusste, ist anzunehmen. Aktiv war er aufgrund seines Alters in den Putsch aber nicht involviert. Während des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes saß er unter anderem sechs Monate in Haft, bekam drei Monate Hausarrest und mehrere Verwaltungsstrafen.

Nach dem Betätigungsverbot für die NSDAP 1933 verteilten die Anhänger an Angehörige von getöteten oder verhafteten Nationalsozialisten Gelder aus Deutschland über illegale Hilfswerke, deren Leiter Franz Schmid war. Mehrmals trat er in der Öffentlichkeit als „Wohltäter“ auf. Augenzeugen berichteten, er hätte auf der Straße Arbeitslosen Geld gegeben. Siebeneinhalb Monate saß er wegen illegaler Betätigung für die NSDAP im Kreisgericht Wiener Neustadt in Untersuchungshaft. Im Juli 1937 wurde er entlassen.<sup>382</sup>

Diese niedrigen Haftstrafen waren auf die persönlichen Kontakte des Manns seiner Nichte, Ökonomierat Josef Winkler, zurückzuführen, der durch seine Position in der Landeswirtschaftskammer näher mit Figl und Buresch bekannt war. Wegen seiner Betätigung

---

<sup>377</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 114

<sup>378</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 117

<sup>379</sup> Otto Wolkersdorfer, Josef Kollmann, 117

<sup>380</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 216

<sup>381</sup> Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, 37

<sup>382</sup> Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, 37

als illegaler Nationalsozialist blieb Schmidts Pension jedoch gestrichen.<sup>383</sup> Mit dem Einmarsch Hitlers wurde er Bürgermeister von Baden.<sup>384</sup> Damit konnte er endlich seine Projekte umsetzen. Er ließ in Baden eine Kaserne errichten, mit deren Bau und Betrieb er gleichzeitig Arbeitsplätze schuf.<sup>385</sup>

Nach 1945 verließ er die Stadt, kam aber unbemerkt wieder zurück.<sup>386</sup> Am 27. Juni 1953 starb er in Baden.<sup>387</sup>

---

<sup>383</sup> Christoph *Wieser*, *Badens braune Vergangenheit*, 37

<sup>384</sup> Christoph *Wieser*, *Badens braune Vergangenheit*, 37

<sup>385</sup> Christoph *Wieser*, *Badens braune Vergangenheit*. 33, 37

<sup>386</sup> Der genaue Zeitpunkt seiner Rückkehr ist nicht bekannt. Erst Nachforschungen vor einigen Jahren ergaben, dass er zurückkehrte und auch in Baden begraben worden war. Sein Grab gibt es heute nicht mehr.

<sup>387</sup> Christoph *Wieser*, *Badens braune Vergangenheit*, 39

## 4 Glaubensgemeinschaften, Veranstaltungen und Verkehrsentwicklung

### 4.1 Kirchengemeinden in Baden und Traiskirchen

Die Zahl der Katholiken unterlag in Österreich in den 1920er- und 1930er-Jahren starken Schwankungen. Die Austrittszahl aus der katholischen Kirche erreichte 1927 einen Höhepunkt. Allein in Wien traten 28.837 Personen aus der katholischen Kirche aus. Der Hintergrund für die hohen Austrittszahlen war die Unzufriedenheit mit dem Verhalten der bürgerlichen Parteien im Zusammenhang mit dem Justizpalastbrand. Als das „katholische Lager seine Herrschaft antrat“<sup>388</sup> und das Regime des „Christlichen Ständestaats“ errichtet wurde, kam es zu einer Eintrittswelle.

Obwohl es schon vor dem „Christlichen Ständestaat“ in der Christlichsozialen Partei klerikale Leitfiguren gab, sahen die Vertreter der katholischen Kirche im Regime unter Dollfuß' Führung durch dessen positive Einstellung zur katholischen Kirche eine größere Chance zur Errichtung eines „vorbildlichen christlichen Staat[s]“ mit einem „mustergültigen Konkordat“, das heißt ein die Privilegien der Kirche absicherndes Konkordat.<sup>389</sup>

Diese „Idee“ des „christlichen Staats“ wurde auch 1934 in der Verfassung verankert, welche mit den Satz beginnt: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung.“<sup>390</sup>

Die katholische Kirche musste aber bald einsehen, dass ihre Unterstützung des „Christlichen Ständestaats“ auf lange Sicht schwere Folgen nach sich zog, unter anderem den Verlust ihrer „seelsorglich-religiösen Glaubwürdigkeit“<sup>391</sup>. Dazu kam, dass es nicht nur die Nationalsozialisten waren, welche die Vereinigung von Politik und Religion im autoritären Staat kritisierten, auch aufgeschlossene Priester lehnten dies zunehmend ab. Außerdem war das Gesprächsklima zwischen Bundeskanzler Schuschnigg und dem obersten Vertreter der Kirche in Österreich, Kardinal Innitzer, sehr schlecht. Erzbischof Innitzer störte nicht die Diktatur, sondern die fehlende Moral. Und er klagte, dass in der Fastenzeit getanzt werde, die

---

<sup>388</sup> Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“. In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang *Neugebauer* (Hg.), *Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933–1938* (Wien<sup>5</sup> 2005) Seite 71

<sup>389</sup> Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, 73

<sup>390</sup> Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, 77

<sup>391</sup> Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, 83

Bademode zu freizügig war und dass sich katholische Vereine zugunsten des Regimes auflösen sollten. Dies und viele andere Punkte führten dazu, dass die katholische Kirche erkennen musste, dass für sie der Faschismus eine größere Bedrohung wurde, als es die Demokratie war.<sup>392</sup>

Während die höheren Geistlichen Pläne verfolgten, ihren politischen Einfluss zu erweitern, und Österreich gerne als „christlichen Staat“ gesehen hätten, schienen die sozialen und politischen Veränderungen auf regionaler Ebene, zumindest in Baden, nur bedingt Auswirkungen für die Pfarrgemeinden gehabt zu haben. Es war eher so, dass das Dollfuß-Schuschnigg-Regime kirchliche Ereignisse nutzte, um seine Macht zu demonstrieren. So kam es zu einer Neuordnung der Bittprozession, welche dazu führte, dass Bürgermeister Kollmann nicht direkt hinter dem Himmel gehen konnte, sondern hinter den niedrigrangigen Bundesbeamten gehen sollte. Dieser Machtkampf zwischen Bürgermeister Kollmann und den Funktionären der Vaterländischen Front soll sich laut Meissner das Jahr darauf wiederholt haben.<sup>393</sup>

Baden war und ist in die zwei Pfarrgemeinden St. Stephan und St. Helena unterteilt. Über die beiden Pfarrgemeinden ist nur wenig Archivmaterial aus den Jahren 1933 – 1938 erhalten geblieben.

Während der Zeit des austrofaschistischen Regimes war Josef Stoiber, der 1935 sein vierzigjähriges Priesterjubiläum feierte<sup>394</sup>, der Pfarrer von St. Stephan,<sup>395</sup> der Pfarrgemeinde, die mit 17.750 Katholiken die größere Kirchengemeinschaft in Baden war, während St. Helena (jetzt St. Christopher), die zweite Badener Pfarrgemeinde, nur 1.675 Mitglieder<sup>396</sup> zählte.<sup>397</sup>

In der Volkszählung 1934 erhob man, dass 22.208 Personen in Baden lebten. 19.435 oder in Prozent ausgedrückt 87,5 % der Badener Bevölkerung waren Katholiken.<sup>398</sup> Seit 1919 hatte es ca. 500 Kirchnaustritte gegeben.<sup>399</sup>

---

<sup>392</sup> Ernst *Hanisch*, Der politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“, 83-84

<sup>393</sup> Hans *Meissner*, Kollmann, 189

<sup>394</sup> DAW N/ B97, Johann *Ressel*, Register zu den Akten Pfarre Baden – St. Stephan [im Diözesanarchiv Wien]: 1851-1953 Baden: maschinschriftl. Manuskript (1990)

<sup>395</sup> DAW, W/B 121, Johann *Ressel*, 1934-1938 Johann Ressel: 60 Jahre Priester in Baden (1994)

<sup>396</sup> Nach der Kirchenzählung von 1936

<sup>397</sup> DAW, N/ B 98, Johann *Ressel*, Geschichte der Pfarre Baden St. Christoph – Baden: maschinschrift. Manuskript (1990)

<sup>398</sup> DAW, N/ B 98, Johann *Resse*, Geschichte der Pfarre Baden St. Christoph

<sup>399</sup> DAW W/ B 129, Chronik der Pfarre St. Stephan Baden



Ab 1934 gab es neben der neuen Ordnung bei der Bittprozession noch andere Veränderungen. So ging die Prozession beim Fronleichnamsumzug einen anderen Weg. Es wurden Betsingmessen an Sonn- und Feiertagen eingeführt, die um 9 Uhr begannen. Der Traiskirchner Msgr. Prof. Josef Havala hielt Bibelstunden ab. Festschriften und Kirchenblätter sind nicht vorhanden. Es gibt auch in der Pfarrchronik keinen Eintrag über einen Gottesdienst für die Opfer der Februarunruhen. In St. Helena hingegen hielt man wie auch in anderen Kirchen in Österreich einen Trauergottesdienst ab. Die Chronik berichtet außerdem, dass es durch die Krise zu einem starken Geburtenrückgang gekommen war.

Am 16. August 1936 starb der Pfarrer von St. Helena Josef Tauscher. Sein Amtsnachfolger wurde Eduard Fasching, der aber schon am 16. Juli 1937 verstarb. Ihm folgte Franz Herzog als Pfarrer in St. Helena nach.<sup>400</sup>

Auch zu St. Helena sind keine Festschriften oder Kirchenblätter erhalten.

Die Stadtgemeinde Traiskirchen war ebenfalls in zwei katholische Pfarrgemeinden unterteilt: die Traiskirchner und die Möllersdorfer Pfarre. Die erste Kirche in Traiskirchen wurde bereits 1082 erbaut. In Möllersdorf wurde auf dem Areal der Militärstrafgefängnisanstalt 1917 eine Kirche gebaut, die auch der Bevölkerung als Andachtsstelle diente.<sup>401</sup>

Die Kirche Möllersdorf wurde von Patern aus St. Gabriel bei Mödling mit betreut. Patres Johannes Riegler und Prof. Dr. Heinrich Kraus aus St. Gabriel führten Sozialprojekte ein, um sich der ärmeren Kinder anzunehmen. Man erhoffte sich dadurch auch, einen gewissen Einfluss auf die Kinder zu erlangen. 1928 eröffneten sie in Möllersdorf eine Zweigstelle des Vereins „Frohe Kindheit“, dessen Zentrale in Wien war. Das Vereinsheim wurde Ecke Broschekplatz und Mühlgasse erbaut. Eine besoldete Heimleiterin betreute die Kinder. Diese konnten dort zu Mittag essen, ihre Hausaufgaben erledigen und spielen. 1938 enteigneten die Nationalsozialisten dieses Heim und machten im Zweiten Weltkrieg ein Gefangenenlager daraus.<sup>402</sup>

Über die Kirche in Traiskirchen oder ihre Tätigkeit gibt es aus der Zeit 1933 – 1938 keine guten Aufzeichnungen. Der Kirchengang war für die katholische Bevölkerung unter dem Regime oftmals Pflicht. In den Schulen wurde montags teilweise sogar kontrolliert, ob alle Schülerinnen und Schüler in der Sonntagsmesse gewesen waren. Dazu war ein eigener Pass eingeführt worden, in dem jedes Kind jede Woche einen Sticker bekam, wenn es die Kirche

---

<sup>400</sup> DAW, N/ B 98, Johann *Ressel*, Geschichte der Pfarre Baden St. Christoph

<sup>401</sup> DAW, N/T 17, Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, (Manuskript)

<sup>402</sup> DAW, N/T 2, Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, 289

besucht hatte. Wer dem Kirchengang fernblieb, wurde vom Lehrer oftmals getadelt.<sup>403</sup> 1936 wurde am Platz des ehemaligen Hirtenhauses für ein Wohnhaus, das für Familien von Arbeitslosen gedacht war, der Grundstein gelegt. Für die Grundsteinlegung wurde der Tag der „Apostelfürsten“ Peter und Paul gewählt. Der Stadtpfarrer Pater Godhalm Steiner segnete das Gebäude.<sup>404</sup>

Festschriften und Kirchenblätter der zwei Traiskirchner Pfarrgemeinden aus der Zeit 1933 – 1938 sind nicht vorhanden.

## 4.2 Jüdische Gemeinde Baden

Beschäftigt man sich mit der jüdischen Bevölkerung in Baden während der 1930er-Jahre, so muss man dies immer im Zusammenhang mit dem vorherrschenden Antisemitismus sehen.

Die erste größere Organisation, die auf die sozialen und wirtschaftlichen Ängste der Menschen mit Antisemitismus antwortete, war die Christlichsoziale Partei. Das Ziel dahinter war leicht erkennbar: Viele Juden waren Sozialdemokraten und indem man ihnen die Schuld gab, schuf man eine Kluft zwischen den jüdischen und den nicht jüdischen Wählern. Mit dem antisemitischen Stereotyp des „undeutschen“ intellektuellen Fremden<sup>405</sup> sollte eine Distanz zwischen den Wählern und der Sozialdemokratischen Partei geschaffen werden.<sup>406</sup> Als die Nationalsozialisten stärker wurden, ging die offen antisemitische Haltung der Christlichsozialen zurück. Dollfuß und Schuschnigg garantierten den Juden und Jüdinnen im „Christlichen Staat“ uneingeschränkte bürgerliche Rechte und Religionsfreiheit. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime wollte damit in erster Linie zeigen, dass man sich dem Druck des nationalsozialistischen Deutschlands nicht beugen würde. Die Realität jedoch sah anders aus. Gegen den Antisemitismus und antisemitische Akte wurde nichts unternommen. Im Gegenteil. Das autoritäre Regime stärkte ihn sogar. So stand in einem Filmverkehrsabkommen, dass alle Künstler und Künstlerinnen einen Arianachweis vorlegen mussten, und auch unter den Wiener Rechtsanwälten kam es lange vor dem Anschluss zu antisemitischen

---

<sup>403</sup> Mündliche Überlieferung, Franz Schlögel Dezember 2009

<sup>404</sup> DAW, N/T 2, Friedrich Hink, Die Stadt Traiskirchen, 122

<sup>405</sup> Angelika Königseder, Antisemitismus 1933-1938. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik- Ökonomie- Kultur 1933–1938 ( Wien<sup>5</sup> 2005) Seite 60

<sup>406</sup> Angelika Königseder, Antisemitismus 1933-1938, 60

Aktionen, wie die Gründung des „Verbands deutsch-arischer Rechtsanwälte“ belegt. „Antisemitismus auf Gummisohlen“ betitelte die nationalsozialistische Zeitschrift „Die Tat“ dieses Verhalten.<sup>407</sup>

Dollfuß und Schuschnigg sprachen sich nicht gegen Antisemitismus generell aus, wohl aber gegen einen rassistisch motivierten Antisemitismus, wodurch sie den Nationalsozialisten wieder eine Angriffsfläche boten, die die Austrofaschisten als „zu weich“ bezeichneten.<sup>408</sup>

Baden hatte als Kurstadt schon immer ein vielfältiges Publikum. Sie lockte nicht nur viele jüdische (Kur-)Gäste an, sondern hatte auch im Jahr 1934 1.388 jüdische Bewohner und Bewohnerinnen.<sup>409</sup> Seit 1887 gab es den Verein Israelische Kultusgemeinde Baden.<sup>410</sup> In der Stadtgemeinde Baden gab es wie in vielen anderen größeren Städten auch unterschiedliche jüdische Gruppierungen. Eine der bekanntesten waren die Zionisten. Die Zionisten existierten in den Zwanzigerjahren zunächst als kleine Gruppe, wuchsen aber bis zum Jahr 1934 vor allem durch Zulauf aus der zionistischen Jugend zu einer größeren und gut organisierten Fraktion heran.<sup>411</sup> Im Jahr 1871 wurde eine Andachtsstelle in der Grabengasse 14 eingeweiht.<sup>412</sup> Später kaufte die Badener Kultusgemeinde mithilfe der Chewra Kadischa noch das Nebengrundstück (Grabengasse 12), damit die Tempelfenster frei blieben.<sup>413</sup> Die Wohltätigkeitsorganisation Chewra Kadischa Wien kaufte 1913 in der Braitnerstraße ein an der Schwechat gelegenes Grundstück. Die Organisation, die sich um arme Erkrankte bemühte, brachte dort Kurbedürftige unter, die sich sonst keine Kur leisten hätten können. Außerdem gab es eine Armenausspeisung, an der sich die Kultusgemeinde Baden ab 1924 beteiligte.<sup>414</sup> 1921 eröffnete das jüdische Waisenhaus.<sup>415</sup>

Als einzige Gemeinde in Niederösterreich besaß die Badener Kultusgemeinde ab 1924 ein rituelles Bad.<sup>416</sup>

Alle jüdischen Vereine wurden 1938/39 aufgelöst, wie zum Beispiel der Israelische Frauenwohltätigkeitsverein, dessen Vermögen von 796,95 Schilling beschlagnahmt wurde,

---

<sup>407</sup> Angelika Königseder, Antisemitismus 1933-1938, 56

<sup>408</sup> Angelika Königseder, Antisemitismus 1933-1938, 60

<sup>409</sup> Mit den Hauptwohnsitz in Baden. Die Kultusgemeinde selbst zählt nach dem Standesausweis 1934 (ein vom Ministerium für Kultus und Unterricht seit 1897 verlangter Beleg über die Mitgliederzahl) 2400 Mitglieder. Vgl. Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart (Mandelbaum Verlag 2005) Seite 70-71

<sup>410</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 138

<sup>411</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 108

<sup>412</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 71

<sup>413</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 77

<sup>414</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 101

<sup>415</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 99

<sup>416</sup> Thomas E. Schäfer, Jüdisches Leben in Baden, 96

der Literaturverein Maimonides<sup>417</sup>, der Sportklub Unitas (jüdischer Verein für Sport und Geselligkeit), der jüdische Sparverein und das BJJ – Bündnis jüdischer Frontsoldaten in Baden. In Baden gab es bis 1938 koschere Lebensmittelgeschäfte, Fleischereien, sogar Hotels und Speisehäuser.<sup>418</sup>

Für die jüdische Jugend gab es ebenfalls Vereine. Einige bemühten sich um die Organisation und Finanzierung von Ausreisen nach Palästina, denn mit dem aufkommenden Antisemitismus in den 1930er-Jahren sah man die Chancen der jüdischen Bevölkerung in Österreich schwinden und man half ihnen, nach Palästina zu kommen, wo man sich für sie eine bessere Zukunft erhoffte.<sup>419</sup>

Vom Antisemitismus waren nicht nur die ansässigen Juden betroffen, immer wieder wurden (Kur-)Gäste von Nationalsozialisten „angepöbelt“.<sup>420</sup> Die Badener Zeitung berichtete bis zum Einmarsch Hitlers regelmäßig über Veranstaltungen der jüdischen Gemeinde, jedoch ist kein Artikel über Angriffe gegen jüdische Menschen in der Badener Zeitung zu finden.

Schon vor 1938 waren viele Juden und Jüdinnen aus Baden geflohen, mit 1938 noch mehr. Einige wie Arnold Singer, dessen Frau und eine seiner Töchter schafften es nicht und starben im Konzentrationslager. Seine zwei Söhne und ihre andere Tochter konnten das Land noch verlassen.<sup>421</sup>

In Traiskirchen gab es keine jüdische Gemeinde. In der Volkszählung von 1934 sind jedoch 17 Personen mit jüdischem oder armenisch-katholischem Bekenntnis verzeichnet.<sup>422</sup>

---

<sup>417</sup> Thomas E. Schäfer, *Jüdisches Leben in Baden*, 147- 148

<sup>418</sup> Thomas E. Schäfer, *Jüdisches Leben in Baden*, 157-159; 165-174

<sup>419</sup> Thomas E. Schäfer, *Jüdisches Leben in Baden*, 150

<sup>420</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*, 29

<sup>421</sup> Thomas E. Schäfer, *Jüdisches Leben in Baden*, 184

<sup>422</sup> Mündliche Auskunft von Franz Schlögl, Interview Dezember 2009, vgl. Bundesamt für Statistik (Hg.): *Statistik des Bundesstaates Österreich. Heft 4: Die Ergebnisse der Österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934. Niederösterreich (Wien 1935)*

## 4.3 Veranstaltungen

### 4.3.1 Tischtennismeisterschaft in Baden

Feste und andere Veranstaltungen waren ein fester Bestandteil des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes. Jedoch hatten die Aktivitäten in der Öffentlichkeit nicht immer einen politischen Hintergrund. In Baden nutzte man sie unter anderem, um die Kurgäste zu unterhalten und in der Nebensaison den Tourismus zu beleben. Unter anderem organisierte Baden zwei Tischtennisweltmeisterschaften.

In der Badener Zeitung wurde am 18. Jänner 1933 von dem bevorstehenden Großereignis der Tischtennisweltmeisterschaft, die in Baden stattfinden sollte, berichtet und die positiven Auswirkungen auf den Fremdenverkehr wurden betont: „Baden rüstet jetzt mitten im Winter, also zu einer Zeit, da sonst die Kurgäste selten geworden sind, zum Empfang von Gästen aus aller Welt, denn schon am 31. Jänner sollen hier die Weltmeisterschaften im Tischtennis für das Jahr 1933 ihren Anfang nehmen.“<sup>423</sup>

Wenige Tage vor dem Ereignis trafen die Spieler und Delegierten der ausländischen Tischtennisverbände ein. Wie alle wichtigen Nachrichten, die nicht der Zensur unterlagen, konnte man auch dies in der Badener Zeitung<sup>424</sup> lesen. Der Bürgermeister selbst begrüßte die Gäste mit den Worten:

„In Österreich fanden bisher nur wenige sportliche Ereignisse vom Range einer Weltmeisterschaft statt. Dass die Austragung der Tischtennisweltmeisterschaft in unserer Stadt vor sich gehen soll, weiß Baden wohl zu würdigen. Die Bevölkerung wird sich sicher bemühen, den Gästen den Aufenthalt so angenehm als möglich zu machen. Diese Verpflichtung haben wir nicht nur unserer Heimatstadt, sondern auch unserem Heimatlande gegenüber, da uns allen doch der Fremdenverkehr und dessen werktätige Förderung am Herzen liegt. Die Sportler aus sechzehn Nationen, sowie die Delegierten des ‚Internationalen Tischtennisverbandes‘ seien aus diesem Anlass aufs herzlichste begrüßt. Mögen ihnen die Tage ihres Aufenthaltes in unserer Kurstadt stets in angenehmer Erinnerung bleiben.“<sup>425</sup>

Auch Laien sollten den Hergang verstehen und mitverfolgen können. Deshalb informierte die Badener Zeitung ausführlich darüber, wie eine Tischtennisweltmeisterschaft abläuft.<sup>426</sup> In der Ausgabe vom 04. 02. 1933 stellte die Badener Zeitung auf der Titelseite die Ungarn als Ge-

---

<sup>423</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 5 (18.1.1933) 1, Vgl. auch [http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft\\_1933](http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft_1933) Tischtennisweltmeisterschaft 1933 9:01 26.2.2010

<sup>424</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 8 (28.1.1933) 1

<sup>425</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 8 (28.1.1933) 1

<sup>426</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 8 (28.1.1933) 1

winner der Mannschaftsmeisterschaft vor. Natürlich mit einer detaillierten Auflistung der einzelnen Spiele und Spieler.<sup>427</sup> So wie in der Mannschaftsmeisterschaft hatte Ungarn sowohl bei den Damen als auch bei den Herren in den Einzel- und Doppelmeisterschaften gewonnen.<sup>428</sup>

Demselben Bericht kann man entnehmen, dass es viele für unmöglich gehalten hatten, dass ein kleiner Club wie Baden eine Weltmeisterschaft veranstalten könne. Der Badener Tischtennisclub war mit Recht stolz darauf, die Weltmeisterschaft organisiert zu haben. In der Badener Zeitung wurde die Organisation gelobt:

„Courage gehört schon dazu für einen kleinen Provinzclub, eine Weltmeisterschaft zu veranstalten. Und es hätten gewiss manche riesig gerne ein Haar in dieser Weltmeisterschafts-Suppe gefunden. Hat sich Baden doch das getraut, was man im großen Wien nicht zu riskieren wagte. Aber der Präsident des B.A.C., Reg.-Rat Rupprecht, erklärte, diese Sache dürfe keine Wald- und Wiesen-Veranstaltung werden, so quasi ich möcht' und kann nicht. Unter seiner energischen, expeditiven Leitung wurde in unzähligen Besprechungen jedes Detail minutiös genau festgelegt. Dr. Grabscheid, der Initiator, war der schwergeprüfte Turnierleiter und der sorgengequälte Finanzminister. Sein ‚Nein‘ bei Geldanforderungen war ein Eisenbetonklotz.“<sup>429</sup>

1937 wurde Baden erneut zum Austragungsort einer Tischtennisweltmeisterschaft.<sup>430</sup> Die Staatsmeisterschaft im Schwimmen wurde im Juli 1936 im Badener Strandbad abgehalten.<sup>431</sup>

#### **4.3.2 Aktivitäten des Vereins „Beethovengemeinde“**

Bedingt durch die Wirtschaftskrise musste sich die Stadt Baden Neues einfallen lassen, um für die Touristen aus aller Welt wieder interessant zu sein. So entstand eine Idee, die „Beethovengemeinde“ genannt wurde.

In der Ausgabe der Badener Zeitung vom 2. Oktober 1937 stand auf der ersten Seite ein Aufruf an die Bevölkerung Badens. Sie sollten am 5. Oktober zur Besprechung für das im September 1938 geplante Beethovenfest kommen – ein Fest, das Badens Bekanntheit als Kur- und Weinort stärken sollte.<sup>432</sup> Die Versammlung, die im Hotel Stadt Wien stattfand, wurde von allen einflussreichen Badenern besucht. Natürlich waren auch Bürgermeister Kollmann

---

<sup>427</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 10 (4.2.1933) 1

<sup>428</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 11 (8.2.1933) 1-2

<sup>429</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 11 (8.2.1933) 1-2

<sup>430</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 8 (30.1.1937) 1; [http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft\\_1937](http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft_1937)  
Tischtennisweltmeisterschaft 1937 9:02 26.2.2010

<sup>431</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 59 (22.7. 1936) 1

<sup>432</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 78 (2.10.1937) 1

sowie Bezirkshauptmann Carl Rupprecht und der Bezirksführer der Vaterländischen Front Rudolf Woisetschläger anwesend. Gleich zu Beginn wurde ein Komitee für die Beethoven-gemeinde gewählt – ein Viererkomitee bestehend aus Bürgermeister Kollmann als Leiter, dem Redakteur der Badener Zeitung Alfred Ehrmann, dem Historiker und Stadtarchivar Dr. Josef Kraupp und Franz Loyal. Die Idee war, dass Beethoven nachweislich einige Werke in Baden komponiert beziehungsweise vollendet hatte, und dieses künstlerische Schaffen sollte mit dem Fest in Erinnerung gerufen werden und als Werbeträger für Baden dienen.<sup>433</sup>

Es gab viele Interessenten an dem Projekt und so war das Beethoven-Komitee – laut eines Berichtes der Badener Zeitung vom 23. Oktober 1937 – überzeugt, dass man die für eine Vereinsgründung nötigen 40 Mitglieder zusammenbekommen würde. Das Komitee hatte in der Zwischenzeit die Statuten des Vereins „Beethovengemeinde“ beim zuständigen Amt eingereicht. Für die Musik und Literatur war Alfred Ehrmann zuständig, die Lokalgeschichte hatte Josef Kraupp über und für die Werbung war Franz Loyal zuständig, der hier sehr auf die Radiowerbung setzte.<sup>434</sup>

Als die Satzungen der Beethovengemeinde genehmigt worden waren, kam es erneut zu einer Versammlung, bei der wieder einmal sichtbar wurde, wie sehr die Wirtschaftskrise und die 1000-Mark-Sperre die Stadt geschädigt hatten. Die Zahl der Kurgäste war weiter zurückgegangen, die Kursaison hatte sich verkürzt und das Publikum im Allgemeinen hatte weniger Geld. Vielfach wurden Stimmen laut, die verlangten, dass die Stadtgemeinde dafür sorgen sollte, dass wieder mehr (Kur-) Gäste nach Baden kamen. Die Stadtgemeinde versprach sich jedoch alleine von einer verstärkten Kurortwerbung wenig, da es viele Kurorte mit besseren finanziellen Mitteln gab. Baden musste etwas Neues bieten, und das sollte das Beethovenfest sein. Einige befürchteten, dass damit Baden als Kurort vergessen würde. Die Organisatoren beteuerten, dass dem nicht so sei, aber der Ruf als Kurort alleine wäre im Moment zu wenig, um neue Zielgruppen zu erreichen. Mit Beethoven wollte die Stadt vor allem ein künstlerisch interessiertes Publikum anziehen. Mit provokanten Fragen, wie „Wussten Sie, wo Beethovens IX. Symphonie entstand?“ sollte den Besuchern die Möglichkeit gegeben werden, Beethovens Pfaden zu folgen. Dabei sollte Baden auch als Weinort wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, indem man betonte, dass alle Künstler, die nach Baden gekommen waren, Badener Wein getrunken hatten. Während der Zeit des Beethovenfests war deshalb auch ein „Fest des Weins“ geplant.<sup>435</sup>

---

<sup>433</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 80 (9.10.1937) 1-2

<sup>434</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 84 (23.10.1937) 2

<sup>435</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 92 (20.11.1937) 1

Das Werbemotto dieser Kampagne lautete „Baden, Beethoven und Biedermeier“. Die Stadt sollte als Kur- und Kulturort für fröhlichen Lebensgenuss und Erholung stehen.<sup>436</sup>

Das Komitee lud auch die einzelnen Badener Wirtschaftstreibenden ein und erklärte ihnen, was sie zum Erfolg des Fests beitragen konnten. Man wollte alle Berufsgruppen einbeziehen und so viel Werbung wie möglich machen. Die Stadt forderte sogar dazu auf, nicht in Baden wohnhafte Familienmitglieder, die man zu Weihnachten besuchte, vom geplanten Fest zu informieren.<sup>437</sup>

Das Beethovenfest fand großen, weltweiten Anklang, man erhielt Gründerbeiträge aus Amerika und ein im Ausland lebender Badener, Otto Eisenschmel, wollte das Fest mit Werbung unterstützen.<sup>438</sup>

Am 7. Dezember 1938 fand die erste Generalversammlung des Vereins „Beethoven-gemeinde“ statt. Nach dem bereits gewählten Viererkomitee wählte der Verein noch einen Aufsichtsrat mit zwölf Personen, einen Kunstbeirat mit sechs Personen und eine geschäftsführende Direktion mit vier Personen, die sich großteils aber aus dem Viererkomitee, jedoch ohne Bürgermeister Kollmann, zusammensetzte. Zum Finanzreferent ernannte der Verein Alois Zirps, der auch im Aufsichtsrat saß. Ein weiterer Punkt der Versammlung war die Organisation des Reiseverkehrs.

Hofrat Wimmer teilte bei der Versammlung mit, dass die Bundesregierung und die Gemeinde Wien dieses Fest unterstützen wollten.<sup>439</sup>

Über Reisebüros im Ausland wurde internationale Werbung gemacht (z. B. in Amerika, Rumänien etc.). Weiters halfen, so schrieb die Badener Zeitung am 25. Dezember 1937, Tourismusbetriebe bei der Werbung für das Beethovenfest mit und auch viele Ärzte aus dem In- und Ausland.<sup>440</sup>

Am 12. Jänner 1938 traf der Vereinsvorstand der Beethovengemeinde erneut zu einem Gespräch zusammen. Dabei wurden der Zeitpunkt, 3. bis 11. September 1938, die konkrete Ausführung und der Umfang des Programms besprochen. Erneut wurde betont, wie wichtig es wäre, in diesen schlechten Zeiten selbst die Initiative zu ergreifen.<sup>441</sup>

---

<sup>436</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 92 (20.11.1937) 1

<sup>437</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 94 (27.11.1937) 1

<sup>438</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 95 (1.12.1937) 2

<sup>439</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 98 (11.12.1937) 1

<sup>440</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 102/103 (25.12.1937) 1

<sup>441</sup> Badener Zeitung Jg. 59, Nr. 6 (19.1.1938) 1



Das geplante Programm laut Badener Zeitung vom 29. 01. 1938:

*„Samstag den 3. September 1938:*

Im ‚Sauerhof‘ (Beethoven-Stätte) abends:

Beethoven: Septett und Oktett, ausgeführt von Mitgliedern der Wiener Philharmoniker und Bläservereinigung der Wiener Philharmoniker.

*Sonntag den 4. September 1938:*

Im Stadttheater mittags:

Ludwig van Beethoven: Weihe des Hauses, Klärchenlieder, III. Symphonie (Eroika).

Ausführende:

Generalmusikdirektor Hans Knappertstbusch,  
Kammersängerin Luise Helletsgruber, die  
Wiener Philharmoniker.

*Montag den 5. September 1938:*

Im Saale des Sanatoriums Gutenbrunn

(an der Stätte ihrer Entstehung) abends:

Ludwig van Beethoven: Quartette.

*Dienstag den 6. September 1938:*

In der Stadtpfarrkirche abends:

Ludwig van Beethoven: C-Dur-Messe (in Baden komponiert), mit dem Einlagen Ave verum von Mozart (in Baden komponiert, dem damaligen Regenschori Stoll gewidmet) und Te Deum von Josef Haydn. Ausführende:

Badener musikalische Vereinigungen.

*Mittwoch den 7. September 1938:*

In den Stadtsälen abends:

Klavierabend. Werke von Beethoven.

*Donnerstag den 8. September 1938:*

Im Stadttheater abends:

Ludwig van Beethoven: VII. und VI. Symphonie (Pastoral-Symphonie).

Leitung:

Generalmusikdirektor Oswald Rabasta.

Ausführende:

die Wiener Symphoniker.

*Freitag den 9. September 1938:*

Beethoven-Weihestunde und Führungen zu den Beethoven-Gedenkstätten und Sehenswürdigkeiten Badens.

*Samstag den 10. September 1938:*

‚Fest der Traube‘

im Stadttheater abends:

Niederösterreichischer Heimatabend.

*Sonntag den 11. September 1938:*

‚Fest der Traube‘

Festveranstaltungen, historischer Festzug. Aufführung unter Mitwirkung von Künstlern des Burgtheaters.“

Es gab trotzdem noch einige Kritiker, die daran zweifelten, dass das Fest für den Aufschwung im Fremdenverkehr von Vorteil sein würde. Diesen entgegnete die Badener Zeitung, dass auf langer Sicht eine positive Auswirkung zu erwarten sei.<sup>442</sup>

Realisiert wurde der Plan eines Beethovenfests erst im Nationalsozialismus. Am 3. September 1938 wurde das Fest von Gauleiter Jury eröffnet, wenn auch in etwas abgeänderter Form, denn die Nationalsozialisten hatten nicht alle Programmpunkte, die vorgesehen gewesen waren, übernommen.<sup>443</sup>

### 4.3.3 Beispiele weiterer Veranstaltungen

Wichtige gesellschaftliche Ereignisse waren unter anderem die Bälle der drei freiwilligen Feuerwehren von Baden.<sup>444</sup> In Baden wurden viele Veranstaltungen organisiert, teilweise von Vereinen wie der Urania Baden<sup>445</sup>, einer Künstlervereinigung, und dem Verein der Kirchenmusik<sup>446</sup>, aber auch vom Verein „Die gute Hausfrau“, der Vorträge über hygienisches Haushalten oder modernes Kochen etc. hielt.<sup>447</sup>

### 4.3.4 Veranstaltungen der Vaterländischen Front

Selbstinszenierung durch Feste und Veranstaltungen war ein fixer propagandistischer Punkt im austrofaschistischen Regime. Diese Veranstaltungen der Vaterländischen Front, wie zum Beispiel die Vaterländische Sonnwendfeier<sup>448</sup> oder die Veranstaltungen der Vaterländischen Fahrkorps<sup>449</sup>, wurden in der Badener Zeitung als die wichtigsten Feste des Jahres hervorgehoben, allen voran der „Ball der vaterländischen Front“. Über den Vaterländischen-

---

<sup>442</sup> Badener Zeitung Jg. 59, Nr. 9 (29.1.1938) 1

<sup>443</sup> Badener Zeitung Jg. 59, Nr. 71 (BZ 3.9.1938) 2

<sup>444</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 1 (4.1.1933) 4

<sup>445</sup> Badener Zeitung Jg. 58, Nr. 10 (4.2.1933) 4

<sup>446</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 53 (5.7.1933) 4

<sup>447</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 4 (14.1.1933) 4

<sup>448</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 52 (30.6.1934) 4

<sup>449</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 53 (4.7.1934) 4

Ball am 23. März 1935<sup>450</sup> wurde schon vorher in mehreren Ausgaben der Badener Zeitung berichtet und in der Ausgabe am 27. März. 1935 gab es eine ausführliche Beschreibung des Abends. Besonders wurde hervorgehoben, dass man die Säle mit „vaterländischen Elementen“ so „geschmacksvoll“ dekoriert hatte. „Palmen an der Spiegelwand, in den vier Ecken des Saales die Embleme der Wehrformationen, die in der Vaterländischen Front vereinigt sind, in der Mitte das Kruckenkreuz, das sie alle zusammenhält.“<sup>451</sup> Neben dem Lob für den gelungenen Abend betonte die Badener Zeitung noch, welche wichtigen Persönlichkeiten zum Ball erschienen waren.<sup>452</sup> 1936 schrieb die Badener Zeitung über den am 8. März 1936 stattgefundenen Ball: „Über diesen ganz großen Tag des heurigen Ballkalenders [...]“<sup>453</sup>

Aber gerade bei diesen Inszenierungen der Vaterländischen Front zeigten einzelne Personen oder Personengruppen in Österreich immer wieder ihre Ablehnung gegenüber dem Regime. Zum Beispiel sagten in einigen Gemeinden die Ortsmusiker aus nichtigen Gründen Auftritte bei Festen der Vaterländischen Front ab.<sup>454</sup>

### 4.3.5 Traiskirchen

In der Badener Zeitung wurde berichtet, dass ein Stück namens „Der Deutschmeister-Reigen“ in Möllersdorf aufgeführt wurde. Unter anderem gab es in dem Stück Lieder von Anton Arnold zu hören, die Kinder unter der Leitung von Anton Reichl in Chorgesang vortrugen. Das Stück selbst stammte vom Möllersdorfer Gemeinderat Karl Drexler.<sup>455</sup>

Die Badener Zeitung berichtete auch über ein großes Sängerfest, das am Sonntag, dem 5. Mai 1935 von der Gemeinde Traiskirchen veranstaltet worden war. Die Traiskirchner hatten dafür 1.000 Sänger und Sängerinnen organisiert.<sup>456</sup> Bürgermeister Ferschner eröffnete das Fest, das von circa 4.000 Gästen besucht wurde.<sup>457</sup>

---

<sup>450</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 6 (19.1.1935) 3

<sup>451</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 17 (27.2.1935) 2

<sup>452</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 17 (27.2.1935) 2

<sup>453</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 13 (12.2.1936) 2

<sup>454</sup> Josef *Prinz*, Politische Herrschaft in Niederösterreich, 68

<sup>455</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 90 (10.11.1934) 5

<sup>456</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 35 (1.5.1935) 5

<sup>457</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 37 (8.5.1935) 5

Und sogar über eine Theatervorführung von „Jedermann“, die von Schülern der Bundeserziehungsanstalt und Schülerinnen des Badener Mädchengymnasiums aufgeführt worden war, berichtete die Badener Zeitung. Für die Inszenierung und das Schauspiel gab es großes Lob von der Badener Zeitung, die in ihrem Bericht auch die „vaterländische“ Bildung durch das Stück hervorhob:

„Die Aufführung war aber auch aus einem anderen Grund bedeutungsvoll. Im neuen Lehrplan der österreichischen Mittelschulen wird die Förderung nach vaterländischer und sittlich-religiöser Erziehung aufgestellt. Solche Aufführungen durch Schüler der oberen Klassen kommen dieser Förderung in hohem Maße nach, weil dadurch alte kulturelle und ethnische Werke erhalten bleiben und den jungen Menschen zum bleibenden Erlebnis werden.“<sup>458</sup>

## **4.4 Verkehrsentwicklung im Raum Baden**

### **4.4.1 Individualverkehr und die Zunahme der Kraftfahrzeuge**

Die Badener Zeitung berichtete immer wieder über die „Probleme“ und Veränderungen, die sich durch den zunehmenden Straßenverkehr für die Stadt Baden ergaben. Erschwerend kam noch dazu, dass es damals noch keine Fußgängerzone im Stadtkern gab.

Bereits 1933 gründete die Gemeinde Baden ein Verkehrskomitee<sup>459</sup>, dessen Ergebnisse zur Verbesserung der Verkehrssituation innerhalb der Stadt dem Badener Gemeinderat bereits im März 1933 vorgelegt wurden. Nicht alle vom Verkehrsausschuss gestellten Anträge wurden vom Gemeinderat angenommen.

Von den weitreichenden Plänen des Verkehrsausschusses, die Einbahnen, Fahrverbote und Verkehrsberuhigung vorsahen, wurde, sehr zum Bedauern der Bewohner, nicht sehr viel umgesetzt, wie der Zeitungsartikel in der Badener Zeitung vom 29. Juli 1933 zeigt.<sup>460</sup> Zwar montierte die Gemeinde viele Verkehrstafeln, aber von den geplanten Einbahnen zur Verkehrsberuhigung wurden nur die in der Frauengasse, der Rathausgasse und der Beethovengasse sowie der Rundverkehr um den Karlsplatz tatsächlich verwirklicht. Die Badener Zeitung kommentierte das folgendermaßen: „Wenn Baden einmal in den Verruf einer so lärmenden Stadt gekommen ist, dass man hier nicht mehr schlafen kann, dann werden

---

<sup>458</sup> Badener Zeitung Jg. 57, Nr. 32 (18.4.1936) 5

<sup>459</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 18 (4.3.1933) 2

<sup>460</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 60 (29.7.1933) 1

die Geschäftsleute, die sich in Verkennung der Tatsachen gegen die Umlegung des Verkehrs ausgesprochen haben, ihren Irrtum zu spät bereuen.“<sup>461</sup> Dass die Pfarrgasse keine Einbahn geworden war, kritisierte man besonders, da hier an Samstagen und Sonntagen wie auch an anderen verkehrsreichen Tagen für Fußgänger eine große Gefahr durch ein vorstehendes Haus bestand, ganz abgesehen vom Lärm, unter dem auch die Bewohner der Gutenbrunner Straße und der Vöslauer Straße litten.<sup>462</sup> Der entscheidende Punkt beim Badener „Lärmproblem“, der in den Berichten nicht explizit genannt wurde, aber immer wieder durchscheint, war, dass die Badener Bevölkerung zu Recht befürchtete, der Lärm könnte eine negative Wirkung auf die ohnehin rückläufigen Kurgästeszahlen haben.

Ein weiteres Problem war das Hupen während der Nachtzeiten. Insbesondere der Casinobetrieb wurde als Lärmverursacher gesehen.<sup>463</sup>

Der Straßenverkehr blieb ein Problem und, wie man in der Ausgabe der Badener Zeitung vom 1. Juni 1935 erkennt, nicht nur wegen des Lärms, denn den Menschen fehlte oftmals noch das Gefühl für die neue Situation der zunehmenden Motorisierung. Viele Unfälle führten die zuständigen Stellen auf die Unaufmerksamkeit der Fußgänger zurück. Auch schienen die Fußgänger die Verkehrszeichen nicht zu kennen. Der Österreichische Touring Klub bot deshalb an, Heranwachsenden die Verkehrsregeln nahezubringen.<sup>464</sup>

#### 4.4.2 Öffentlicher Verkehr

Hans Sternhart schildert die Situation des öffentlichen Verkehrs während der 1930er-Jahre in Baden folgendermaßen:

„Auch zur Krisenzeit hatten so viele Leute noch genügend Geld, dass Österreich 1934 im Panhans auf dem Semmering und im Kurhaus Baden seine ersten Spielcasinos eröffnete. Neben über 50.000 Kurgästen jährlich zählte die Stadt vor 1938 schätzungsweise 2 Millionen Tagesausflügler, was die Leistungsfähigkeit des Schienenverkehrs eindrucksvoll beleuchtet, denn die 1931 eingeführten Buslinien erfassten vorerst nur bescheidene Mengen von Luxusreisenden. Immerhin begann 1936 bereits die Stilllegung von Straßenbahnlinien.“<sup>465</sup>

---

<sup>461</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 60 (29.7.1933) 1

<sup>462</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 61 (2.8.1933) 1-2

<sup>463</sup> Badener Zeitung Jg. 55, Nr. 45 (6.6.1934) 1

<sup>464</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 44 (1.6.1935) 1

<sup>465</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn. Die Geschichte der Badner Straßenbahn und der Lokalbahn Wien-Baden (Wien 1973) 10

Für die Pendler und die Touristen waren die guten Verkehrsverbindungen ein Vorteil, vor allem Wiener kamen oftmals als Tagesausflügler nach Baden.

Durch die Wirtschaftskrise und den zunehmenden Automobilverkehr kam es jedoch zu einem empfindlichen Rückgang der Fahrgäste der Badener Straßenbahn. Am 14. September 1931 wurde (werktags) die Straßenbahn nach Rauhenstein eingestellt. Der Autobusbetrieb nach Rauhenstein ersetzte langsam die Straßenbahnlinie. Am 6. September 1936 wurde die Straßenbahnlinie Baden – Südbahnhof – Rauhenstein ganz stillgelegt.<sup>466</sup>

Am 30. September 1931 wurde die Linie Baden – Sooß – Bad Vöslau und am 14. Dezember 1931 Baden – Traiskirchen – Aspangbahnhof ganz eingestellt. Die Auflassung der Vöslauerbahn hingegen stieß auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung und ihre Proteste waren erfolgreich: Ab 20. Dezember 1931 wurde der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen.

1934 startete die Wiener Lokalbahn einen Probetrieb mit der Straßenbahn von Wien zum Kurhaus Baden. Durch den Casinobetrieb schien dies sinnvoll, scheiterte aber am Einspruch der Anrainer.<sup>467</sup> Dass es nicht nur über die Zuglinien, sondern auch wegen der Zugverkehrszeiten unterschiedliche Ansichten gab, belegt ein Bericht aus der Badener Zeitung, in dem die Wirte forderten, dass die Züge länger verkehren sollten, weil viele Gäste aus Wien aufgrund des „letzten Zugs“ lieber auf ein weiteres Glas verzichteten. Den Hoteliers wäre es hingegen lieber gewesen, die Züge würden noch früher eingestellt werden, damit mehr Gäste bei ihnen übernachteten.<sup>468</sup>

1918 beförderten die Linien der Wiener Lokalbahn insgesamt 7.545.420 Personen.<sup>469</sup>

Da die Daten nicht immer getrennt aufgelistet sind und es verkehrstechnische Änderungen gab, ist ein Eins-zu-eins-Vergleich mit 1936 und 1937 nicht möglich, aber der Zahlenunterschied stellt die Verschlechterung, welche auf die Wirtschaftskrise und die damit fehlenden Touristen, aber auch den zunehmenden Automobilverkehr zurückzuführen ist, trotzdem gut dar.

---

<sup>466</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn, 34

<sup>467</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn 101

<sup>468</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 8 (26.1.1935) 1

<sup>469</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn, 27

Tabelle 4: Beförderte Personen mit den Bahnlinien der Wiener Lokalbahn<sup>470</sup>

	Wien – Baden <sup>471</sup>	Badener Linien <sup>472</sup>	Zusammen
1936	1.935.452	642.400	2.577.852
1937	1.975.227	305.724	2.280.951
1938	2.718.736	-	-
1939	4.748.566	-	-

### *Preise für Bahnkarten*

Im Jahr 1935 kostete eine normale Fahrkarte für eine einfache Fahrt von Wien nach Baden 2,50 Schilling. Eine Karte für die Hin- und Retourfahrt Wien – Baden kostete 4,70 Schilling. Die Wiener Lokalbahn bot auch eine günstigere Karte an, die zu bestimmten Tageszeiten oder an Wochenenden Gültigkeit hatte. Ausflügler an Wochentagen konnten eine sogenannte „Ausflugs- oder Frühlingfahrkarte“ Wien – Baden um 2,60 Schilling und Meidling – Baden um 2,20 erwerben, die Samstags ab 14 Uhr gültig war. Für den späteren Casinozug galt diese „Ausflugs- oder Frühlingfahrkarte“ nicht beziehungsweise nur, wenn aufgezahlt wurde.<sup>473</sup>

### *Busse der Wiener Lokalbahn*

Die Wiener Lokalbahn AG erkannte frühzeitig den neuen Trend hin zum Busfahren und so wurden die eingestellten Bahnlinien oftmals mit Bussen geführt.

Am 19. Juni 1931 pachtete die Wiener Lokalbahn Gesellschaft (WLB) die den Gemeinden Baden und Bad Vöslau zustehenden Konzessionen für die parallel zur Lokalbahn Wien – Baden – Bad Vöslau verlaufende Strecke, wodurch man auch eine Station am neuen Strandbad hatte.<sup>474</sup>

Zuerst fuhr man nur während der Badesaison. Nach der Eröffnung des Spielcasinos (1934) wurde die Buslinie ganzjährig betrieben. Dazu wurden sieben weitere Busse angeschafft.

Die Badener Zeitung berichtete über die neue Linie:

„Eröffnung der Autobus-Linie Wien-Baden-Bad Vöslau und deren Strandbäder. Diese Autobuslinie wird mit 1. Juni 1933 eröffnet und die Abfahrt erfolgt nicht wie bisher vom

<sup>470</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn, 33- 34

<sup>471</sup> Die Wiener Lokalbahn Baden-Wien hatte auch eine Haltestelle in Traiskirchen und in Möllersdorf

<sup>472</sup> Baden-Rauhenstein und Baden-Sooß-Bad Vöslau

<sup>473</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 8 (26.1.1935) 1-2

<sup>474</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn, 45

Schillerplatz, sondern vom Kärntnerring-Kärntnerstraße in der Nähe Café Bristol. Die Wagen verkehren immer zur Stunde und 40 Minuten.<sup>475</sup>

Nachdem 1937 die Helenentalbahn zur Gänze eingestellt worden war, kaufte die Wiener Lokalbahn weitere vier Busse.<sup>476</sup>

Im Juni 1933 wurden die Preise für die Linie Wien – Baden, Strandbad bzw. Bas Vöslau erhöht.

Tabelle 5: Preise für Busfahrkarten 1933<sup>477</sup>

		Erhöhter Preis ab Juni 1933
Einfache Fahrt	2,50 Schilling	3,00 Schilling
Hin- und Retourfahrt	4,70 Schilling	5,00 Schilling
Vier Fahrten	8,00 Schilling	9,00 Schilling
Wochenkarte	20,00 Schilling	24,00 Schilling
Kinder, Hunde, Gepäckkarte	1,40 Schilling	1,50 Schilling

Busfahren war relativ teuer, dafür schneller und bequemer.<sup>478</sup>

### *Schnellbahn*

Am 17. Mai 1931 wurde die neu renovierte Schnellbahnstation in Baden eröffnet. Zur Feier kamen die Vertreter der Bundesbahndirektion sowie der spätere Bundeskanzler und damalige Bundesminister für Landwirtschaft Dollfuß nach Baden.<sup>479</sup> Für Baden brachte die Zugverbindung eine schnellere Verbindung nach Wien.

Im Jahr 1935 kostete eine normale Karte für eine einfache Fahrt von Wien nach Baden oder umgekehrt 2,50 Schilling. Eine Karte für die Hin- und Retourfahrt Wien – Baden kostete 5 Schilling. Wie die Wiener Lokalbahn bot auch die Schnellbahn eine günstige Wochenendkarte für die Strecke Wien – Baden an, die ab 12 Uhr mittags bis 10 Uhr am

<sup>475</sup> Badener Zeitung Jg. 54, Nr. 43 (31.5.1933) 4

<sup>476</sup> Hans Sternhart, Dr. Hans Pötschner, Hundert Jahre Badner Bahn, 45

<sup>477</sup> Erich Novak: Der Autobusbetrieb der Wiener Lokalbahn AG. Von 1929- 2000 (Eigenverlag Novak 2000) Seite 4

<sup>478</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 8 (26.1.1935) 2

<sup>479</sup> Hans Meissner, Josef Kollmann, 170



Montag gültig war und 3,90 Schilling kostete, und es gab zusätzlich noch eine günstige Karte von Meidling weg, die 3,90 Schilling kostete.

Die Sonn- und Feiertagskarte für die Hin- und Retourfahrt zwischen Wien und Baden kostete 2,70 Schilling und enthielt auch zwei Fahrten mit der Straßenbahn, weshalb sie nur beim Straßenbahnschaffner gelöst werden konnte. Für Urlauber gab es eine „Ausflugs- oder Frühlingsfahrkarte“ Wien – Baden, die 2,60 Schilling kostete, und Meidling-Baden, die 2,30 Schilling kostete. Diese Ausflugskarten galten ebenfalls ab 14 Uhr bis zum letzten Zug.<sup>480</sup>

---

<sup>480</sup> Badener Zeitung Jg. 56, Nr. 8 (26.1.1935) 1-2

## 5 Conclusio

Wie im ersten Teil meiner Arbeit dargelegt waren die Wirtschaftskrise und deren Folgen für die Menschen im Raum Baden die zentralen Themen meiner Untersuchung. Der Rückgang in allen wirtschaftlichen Bereichen und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit stellten für Österreich ein großes Problem dar.

Die beiden Fallbeispiele, die Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen, waren da keine Ausnahmen. Bei der Untersuchung stützt sich diese Arbeit auf die vorliegenden regional- und lokalhistorische Forschung, eine systematische Auswertung der Badener Zeitung und Archivalien in den örtlichen Archiven in Baden und Traiskirchen, wie auch auf jene im Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien.

Baden hatte als bekannter Kurort mit einem starken und stetigen Rückgang der Gäste zu kämpfen. Da die Stadtgemeinde Baden keine Industriebetriebe wie die Stadtgemeinde Traiskirchen hatte, konnte die Kurstadt kaum woanders als im Tourismusbereich agieren. Die ersten Maßnahmen waren deshalb, dass die Stadt die Gastwirte und Hoteliers aufforderte, die Preise zu senken, um als Ausflugsziel wieder interessant zu werden. Bürgermeister Josef Kollmann erkannte aber früh, dass Werbung für Baden als Kurort aufgrund der starken Konkurrenz nicht ausreichen würde, und forcierte die moralisch umstrittene Idee, ein Casino in Baden zu eröffnen. Dieses Projekt wäre beinahe am Nein des einzigen nationalsozialistischen Gemeinderats Franz Schmid gescheitert, aber als Dollfuß ein Betätigungsverbot für die Nationalsozialisten in Österreich erließ, erlosch die Stimme des nationalsozialistischen Gemeinderates Franz Schmid und Baden konnte als einer von drei Orten in ganz Österreich ein Casino eröffnen. Bürgermeister Kollmann hatte aber noch weitere, moralisch weniger bedenkliche, Ideen. Unter anderem ließ er aus dem Heilwasser Emanationswasser gewinnen, das nur in Baden verkauft wurde.

Durch die zunehmende Motorisierung kam es zu einem vermehrten privaten und öffentlichen Verkehr. Für die Kurstadt war dies einerseits ein Vorteil und andererseits ein Nachteil. Der Vorteil darin bestand, dass es den Touristen die Anreise erleichterte. Die verschiedenen Bahnlinien boten überdies noch günstige Tickets für „Ausflügler“ an. Der Nachteil war, dass vor allem durch den privaten Verkehr mehr Lärm in die Stadt kam und viele Straßen noch nicht für die neuen Verkehrsteilnehmer ausgerüstet waren.

Von diesen Veränderungen und den Ideen zur Belebung der Badener Wirtschaft profitierten jedoch nicht alle Unternehmen. Das Theater und die Trabrennbahn zum Beispiel hatten weiterhin finanzielle Schwierigkeiten, bei denen auch die im Gemeindetag erlassene Steuer-senkung nur wenig half. Die Badener Trabrennbahn musste am Ende sogar mit der Wiener Trabrennbahn zusammengeschlossen werden.

Neben dem vom Dollfuß-Schuschnigg-Regime so gerne für Propagandazwecke genutzten Veranstaltungen, fanden im Raum Baden auch Veranstaltungen statt, die in erster Linie wirtschaftlichen Zwecken dienten. Unter anderem veranstaltete die Stadtgemeinde Baden zwei Tischtennisweltmeisterschaften, um die Nebensaison zu beleben. Das größte Ereignis im Bereich der Kultur waren die Vorbereitungen für das Beethovenfest. Hier sollte sich die Kurstadt Baden im Herbst 1938 der Welt als Kultur-, Wein- und Erholungsgebiet präsentieren, in dem große Künstler wie Beethoven gastiert hatten. Das Fest wurde in der Zeit des Nationalsozialismus realisiert.

In der Stadtgemeinde Traiskirchen hatte man andere wirtschaftliche Probleme als in Baden. Viele der großen Unternehmen mussten ihre Produktion einschränken und einen Teil ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen. Im Grunde hatte Traiskirchen kaum Möglichkeiten, für die Menschen Arbeit zu schaffen. Das einzige belegte Projekt war der Bau eines Gemeindebaus, der kurzfristig Arbeit schaffen und den Familien Arbeitsloser ein Heim bieten sollte. Ansonsten setzte die Stadtgemeinde Traiskirchen auf die Stadtrandsiedlung, wo die Menschen einen Garten zur Selbstversorgung zur Verfügung hatten.

Es ist deutlich zu erkennen, dass sich in beiden Gemeinden die Gemeindevertreter bemühten, Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme auf ihrem Verwaltungsgebiet zu finden. Baden gelang es kurzfristig, eine wirtschaftliche Verbesserung herbeizuführen. Behandelt man die Jahre des autoritären Regimes, so muss festgestellt werden, dass beide Stadtgemeinden im Bezug auf ihre wirtschaftliche Grundvoraussetzung daran scheiterten, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Eine Folge der Wirtschaftskrise war, dass in ganz Österreich die Zahl der Bettler und Hausierer zunahm. Vor allem die Zunahme der Hausierer war für viele Einzelhändler ein Problem. Zwar gab es für das Betteln und das Hausieren strenge Gesetze, aber in der Not konnten viele darauf keine Rücksicht nehmen. Immer wieder gab es Stimmen, die behaupteten, dass es die Menschen gar nicht nötig hätten, einer solchen „Arbeit“ nachzugehen, aber wie man am Beispiel von Baden erkennt, entsprach dies nicht der Realität. Baden ging hart gegen die Bettler vor, indem die Kurstadt sogenanntes „Bettelgeld“ einführte. Aber das

Hausieren verbot man nicht ganz, was Baden eigentlich gekonnt hätte und in anderen Gemeinden gemacht wurde, da die Badener Gemeindevertreter erkannt hatten, dass es für viele Familien aufgrund der wirtschaftlichen Lage oftmals die einzige Einnahmequelle geworden war. Einzig bei Kindern verbot man die Hausiererei, aus moralischen Gründen, wie in der Gemeinderatssitzung betont wurde.

Die Einstellung gegenüber armen Menschen spiegelt sich auch in der Sozialpolitik wider. Viele der in den 1920er Jahren geschaffenen sozialen Einrichtungen und staatliche Hilfen wurden abgeschafft oder eingeschränkt. Es galt das Prinzip der christlichen Nächstenliebe; das heißt, Private sollten freiwillig Hilfsdienste leisten. Das wohl wichtigste Projekt dieser Zeit auf regionaler Ebene war die Winterhilfe, die, wie diese Arbeit gezeigt hat, während der ganzen autoritären Herrschaft aufgrund der Not nicht wegzudenken war.

Die regionalen Fallbeispiele zur wirtschaftlichen und sozialen Situation der Menschen und die damit verbundene Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung verdeutlichen das völlige Versagen des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes darin, die österreichische Wirtschaft wiederaufzubauen oder diese zumindest zu stabilisieren. Die Dollfuß-Schuschnigg-Regierung hatte es nicht geschafft, die wirtschaftliche Situation zu entschärfen und hatte sich dazu noch mit ihrer eigenwilligen Auffassung von Sozialpolitik den Unmut der Betroffenen, die durch die schlechte Wirtschaftslage immer mehr wurden, zugezogen.

Politisch gesehen war diese Ära von Instabilität geprägt. Die „Neugestaltung“ der Politik, bei der Oppositionsparteien verboten waren oder ein Betätigungsverbot hatten, war in der Stadtgemeinde Baden ein eher kleiner Prozess, da die Kurstadt ja schon zuvor christlich-sozial regiert worden war. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass es während der Februarkämpfe und des Juliputsches in Baden ruhig blieb – ganz anders als in Traiskirchen, wo die sozialdemokratisch eingestellte Bevölkerung im Februar 1934 zum Teil aktiven Widerstand leistete. Das autoritäre Regime versuchte zwar, in Österreich durch strenge Gesetze und härtere Strafen potenzielle politische Gegner auszuschalten, trotzdem kam es immer wieder, sowohl in Baden als auch in Traiskirchen, zu Widerstandsaktivitäten und gewalttätigen Anschlägen durch die verschiedenen politischen Gruppen. Die Nationalsozialisten, die das autoritäre Regime am meisten unter Druck setzten, waren im Raum Baden besser organisiert und verübten zahlreiche Anschläge. Viele Anhänger der NSDAP, aber auch Sozialdemokraten und Kommunisten wurden verurteilt und inhaftiert. Die Arbeit listet die verurteilten Widerstandskämpfer im Raum Baden auf.

Um sicherzugehen, dass keine politischen Gegner mehr in Ämtern vertreten waren, ließ das Dollfuß-Regime die sogenannte Beamtäuberung durchföhren. In Baden kam es dabei zu einem unerwarteten Ergebnis, denn Bürgermeister Kollmann gab an, dass keine politischen Gegner gefunden worden seien – etwas, das möglich sein könnte, wenn man sich die Wahlergebnisse der letzten freien Wahl vor Augen führt. Verwunderlich ist auch, dass dieses Ergebnis von den höheren Instanzen akzeptiert wurde. Man könnte dies als weiteren Beweis für die Schwäche des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes ansehen.

In Traiskirchen wurden, anders als in Baden, alle Sitze des Gemeindetags neu besetzt. Für die Traiskirchner Bewohner kam es zu großen Veränderungen. Unter welchem Druck die großteils sozialdemokratisch eingestellte Traiskirchner Bevölkerung durch das autoritäre Regime stand, belegen die Quellen. Beispielhaft dafür ist der Aufruf an die Bewohner der Stadtrandsiedlung, denen man indirekt mit Konsequenzen drohte, sollten sie an ihrer sozialdemokratischen Überzeugung festhalten. Trotz des politischen Druckes schaffte es das Dollfuß-Schuschnigg-Regime nicht, die Menschen für seine Idee zu gewinnen, wie die Mahnung an die Beamten von Traiskirchen zeigt, in der diese bei Androhung des Amtsverlustes aufgefordert wurden, die Abzeichen der Vaterländischen Front zu tragen. Wären die eingesetzten Beamten vom autoritären System überzeugt gewesen, hätten sie ohne weitere Ermahnung aus eigenem Antrieb die Abzeichen der Einheitspartei getragen. Und auch die oben bereits erwähnten Anschläge, die es auch in großer Zahl in Traiskirchen gab, waren ein Zeichen des Widerstands.

Nach dem Tod von Bundeskanzler Dollfuß durch putschende Nationalsozialisten hoffte das autoritäre Regime, endlich ein Bindeglied zu der Bevölkerung gefunden zu haben. Es entstand ein regelrechter Märtyrerkult um den verstorbenen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß. Viele Orte bekamen einen Dollfußplatz und viele Institutionen wurden ebenfalls nach dem Märtyrerkanzler benannt. In Traiskirchen wurde die Akademie in Dollfußakademie umgewandelt. Wie ausführlich im Kapitel „Politik“ dargelegt änderten sich im Gemeinderat, der unter dem autoritären Regime Gemeinderat genannt wurde, nicht nur die Personen, sondern auch die Kompetenzen. Allein der Bürgermeister hatte alle Befugnisse auf der regionalen Ebene, der Gemeinderat hatte nur noch eine beratende Funktion. Sieht man sich die beiden Bürgermeister der Fallbeispielgemeinden an, so ist klar, dass der Badener Bürgermeister Josef Kollmann über diese Änderung wohl erfreut war – eine Freude, die jedoch nur von kurzer Dauer war, da er zwar alle Gewalten hatte und die Opposition losgeworden war, aber nun alles von höheren Instanzen vorgeschrieben bekam. Die Mandate der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten wurden von Mitgliedern der Vaterländischen Front eingenommen. In

Traiskirchen wurde der gesamte Gemeindegang neu eingesetzt, Bürgermeister Josef Ferschner war mit dem Gemeindegang erst durch das Dollfuß-Regime ins Amt gekommen.

Ein Gesetz des autoritären Regimes, das in der weiblichen Bevölkerung für Unmut sorgte, war die Doppelverdienerverordnung. Damit sollten die verheirateten Frauen im Bundesdienst zurück in den Haushalt gebracht und die nun freien Arbeitsplätze mit Männern besetzt werden. Gleichzeitig hob man den Wert als Mutter und Hausfrau nach außen hin an. Die Vaterländische Front organisierte auch im Raum Baden prachtvolle Muttertagsfeste und es gab immer wieder Veranstaltungen speziell für Hausfrauen. Dazu kam, dass trotz der Glorifizierung der Rolle als Mutter und Hausfrau das autoritäre Regime nicht bereit war, die Hausarbeit als vollwertige Arbeit anzuerkennen, und man gestand den Frauen damit auch keine eigene Berufsvertretung in der geplanten, aber nur ansatzweise verwirklichten berufsständischen Ordnung zu.

Obwohl die Mitgliederzahlen sehr hoch waren, konnte die Vaterländische Front die Menschen nicht für sich gewinnen. Viele waren nur aufgrund des politischen Druckes Mitglieder der Vaterländischen Front geworden. Auch die vielen von der Vaterländischen Front veranstalteten Feste und Ausflüge konnten daran nichts ändern. In dieser Arbeit wurde anhand der Berichte in der Badener Zeitung rekonstruiert, welche Veranstaltungen die Vaterländische Front auf lokaler Ebene durchführte.

Ein letzter großer Bereich, der eng mit der Zeit verbunden ist, sind die Religionen. Die katholische Kirche erhoffte sich, dass durch die Dollfuß-Regierung ein mustergültiger „christlicher Staat“ entstehen würde, musste aber schon bald erkennen, dass sich immer mehr Menschen dadurch von der katholischen Kirche abwendeten und man in anderen Ländern durch diese Haltung an Glaubwürdigkeit verlor. Die katholische Kirche unterstützte das Regime, doch die Beziehungen zu den politischen Funktionären war nicht konfliktfrei, wie man am Beispiel der Stadtgemeinde Baden erkennt, wo der höchste Gemeindevertreter in Baden, Bürgermeister Kollmann, beim Fronleichnamsumzug nicht mehr als Erster hinter dem Himmel gehen sollte. Aber all die Veranstaltungen, waren es nun kirchliche Feste oder andere, die einzig der Propaganda für die Vaterländische Front dienten, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nationalsozialisten an Einfluss gewannen, und auch die jüdische Bevölkerung spürte dies deutlich. Gerade in Baden waren einige mit der oft offenen antisemitischen Haltung nicht einverstanden, waren doch viele Kurgäste Juden, und es gab auch eine große ansässige jüdische Gemeinde, die viel zum gesellschaftlichen Leben beitrug. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime sprach sich zwar immer gegen einen rassistischen Antisemitismus aus, erließ sogar Gesetze zum Schutz der jüdischen Bevölkerung, aber wegen des

christlichen „Antijudaismus“ und da man Angst hatte, noch mehr Menschen an die Nationalsozialisten zu verlieren, tat das autoritäre Regime auch nichts gegen antisemitische Gewaltakte. In Baden wurden zum Beispiel jüdische Kurgäste angepöbelt.

Diese Arbeit hat auf lokaler Ebene untersucht, wie die politischen Konflikte während der 1930er Jahre in zwei Kleinstädten ausgetragen wurden.

Die Stadtgemeinde Baden mit den alteingesessenen Christlichsozialen, die noch frei gewählt worden waren und den autoritären Weg mitgehen wollten, und die Stadtgemeinde Traiskirchen, deren Gemeindevertreter erst durch das Dollfuß-Regime ihre Ämter erhielten. Trotzdem gelang es in keiner, für das Dollfuß-Schuschnigg-Regime breite Zustimmung durchzusetzen. Die Widerstandsaktivitäten der in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten und Kommunisten und die vielen Anschläge durch die mit einem Betätigungsverbot belegten Nationalisten, welche auch durch noch so harte Strafen nicht verhindert werden konnten, belegen das.

## **6 Anhang**

### **6.1 Vereine**

Durch die Vielzahl an Vereinen in Baden ist es fast unmöglich, alle damals vorhandenen aufzuschreiben, und deshalb sind hier nur diejenigen angeführt, die es heute noch gibt.

Die Veranstaltungen der Vereine wurden meist in der Badener Zeitung angekündigt und/oder es wurde davon berichtet.

#### **6.1.1 Vereine in Baden**

Arbeiter-Turn- und Sportverein Baden (ATUS) 1907

Arbeitersportverein Baden (ASV) 1923

Badener Athletiksport Club (BAC) 1899

ÖTB-Turnverein Baden 1862

Schützengesellschaft Baden 1560

ARBÖ Ortsklub Stahlroß Baden

Niederösterreichische Imkerverband Ortsgruppe Baden 1893

ÖAMTC Baden 1930

Ortsweinbauverein Baden bei Wien 1895

Tierschutzverein Bezirk Baden im Wiener Tierschutzverein 1892

Trabrennverein zu Baden bei Wien 1892

Wohlfahrtsverein der Badener Musiker (WBM) 1897

Österreichischer Kameradschaftsbund – Stadtverband Baden 1874

Schlaraffia Baden 1885

Briefmarkensammlerverein Baden 1925

Gartenbauverein Baden 1864

Kleingartenverein Baden 1915

Kleintierzuchtverein Baden und Umgebung 1928

Naturfreunde Österreich – Ortsgruppe Baden 1921

Österreichischer Alpenverein – Zweig Baden 1905

Schachclub Baden 1928



Sektion Baden des Österreichischen Touristen-Klub 1878  
Zweigvereinigung Baden der Landesgartenbauvereinigung Niederösterreich 1933  
Rotary-Club Baden bei Wien – Mitglied von Rotary International 1930  
Badener Urania 1923  
Kunstverein Baden 1915  
Niederösterreichische Landesfreunde 1893  
Badener Trachtenkapelle 1923, 1928 letzte Umbenennung vor dem Zweiten Weltkrieg in  
„Kameradschaftskapelle Baden“  
Arbeiter Gesangsverein „Freiheit“ Baden 1899  
NÖ Pfadfinder – Gruppe Baden 1930  
Kolpingfamilie Baden 1892<sup>481</sup>

### **6.1.2 Vereine in Traiskirchen und Möllersdorf**

#### *Traiskirchen*

Auto-, Motor- und Radfahrverbund Österreich (ARBÖ) – Ortsgruppe Traiskirchen  
1924 gegründet, 1934 aufgelöst und 1947 wieder gegründet  
Freiwillige Feuerwehr Traiskirchen I, gegründet 1868  
Freiwillige Feuerwehr Semperit Traiskirchen vor 1912  
Kirchenmusikverein Traiskirchen 1925  
Kleintierzuchtverein Traiskirchen und Umgebung, gegründet 1935  
Männergesangsverein „Sängerbund“ Traiskirchen gegründet am 25. November 1861  
Siedlerverein Traiskirchen, Stadtrandsiedlung 1934<sup>482</sup>  
Freie Schule Kinderfreunde – Ortsgruppe Traiskirchen/Möllersdorf  
Stadtkapelle Traiskirchen  
Touristenverein „Die Naturfreunde“ – Ortsgruppe Traiskirchen, gegründet 1923  
Weinbauverein Traiskirchen, gegründet 1872<sup>483</sup>

---

<sup>481</sup> Julius Böheimer, Vereine von Baden bei Wien, 15-246

<sup>482</sup> DAW, N/T 2, Friedrich Hink, Die Stadt Traiskirchen, 274

<sup>483</sup> DAW, N/T 2, Friedrich Hink, Die Stadt Traiskirchen, 272-283

### *Möllersdorf*

Freiwillige Feuerwehr Traiskirchen II – Möllersdorf, gegründet 1866

Freiwillige Betriebsfeuerwehr Stoffdruck Möllersdorf, gegründet 1897

Männergesangsverein „Möllersdorfer Liedertafel“, gegründet am 18. Jänner 1883

Verein Frohe Kindheit, gegründet 1928<sup>484</sup>

Wiedergründungen jüdischer Vereine sind nicht in der Literatur enthalten. Viele waren aber schon vor 1938 aufgelassen worden. Es ist denkbar, dass es aktuell keine jüdischen Vereine in Baden gibt.

## **6.2 Die Badener Zeitung als Quelle**

Da die Badener Zeitung als Quelle häufig in dieser Arbeit genutzt wurde, ist es sinnvoll, an dieser Stelle etwas genauer auf das Blatt einzugehen.

Gegründet wurde die Zeitung, die zu Beginn noch Badener Bezirks-Blatt hieß, im Jänner 1881. Ab 1933 war Rudolf M. Rohrer der Herausgeber, Eigentümer, Drucker und Verleger. Der Schriftführer war Alfred Ehrmann. Der Regierungswechsel 1934 hatte keine Auswirkungen auf die Leitung der Zeitung. Da die Herausgeber der Badener Zeitung Unterstützer des Christlichsozialen Bürgermeisters Kollmann waren, gingen sie, politisch gesehen, relativ konform mit dem autoritären Regime. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass es auch hier zu einer strengen Zensur kam. Man erkennt gut, dass im Lauf der Zeit die politischen Themen in der Badener Zeitung immer weniger beziehungsweise die Artikel dazu unpräziser wurden. Sogar die Berichte über die Gemeinderatssitzungen, die nach Februar 1934 Gemeindetagssitzungen hießen, rückten vermehrt auf die hinteren Seiten der Zeitung, sodass die Berichte über die Gemeinderatssitzungen teilweise stark gekürzt (im Vergleich zu den Berichten vor 1934) unter Tagesgeschehen erwähnt wurden. Kritik an der Regierung findet man nicht. Es gab kurze Berichte zu Anschlägen der Nationalsozialisten, wenn der

---

<sup>484</sup> DAW, N/T 2, Friedrich Hink, Die Stadt Traiskirchen, 283, 289

Exekutive ein Schlag gegen eine dieser Gruppen gelungen war.<sup>485</sup> Die Zeitung versuchte, ein Bild der Eintracht aufrechtzuerhalten, das es in der Realität wohl so nicht gab.

Ankündigungen und Berichte über Veranstaltungen wie Berichte über Unfälle und dergleichen, die unter der Rubrik „Tagesgeschehen“ gedruckt wurden, oder „neutrale“ Themen wie Erinnerungen aus früheren Zeiten füllten die Zeitung immer stärker. Regelmäßig findet man auch das Kino-, Radio- und Theaterprogramm, die Sportnachrichten sowie Werbung.

Wenn Zeitungen als Quellen genutzt werden, muss man sich darüber im Klaren sein, dass sie immer für ein bestimmtes Publikum „gemacht“ wurden. In diesem Fall waren die LeserInnen die großteils bürgerliche Bevölkerung der Stadt Baden. Die Zeitung musste sich dabei nicht nur auf die LeserInnen selbst immer wieder neu einstellen, sondern hatte auch das Problem, dass sie nach 1933 wegen der Zensur nicht immer alles schreiben durfte. Dazu kommt, dass es in Baden viele verschiedene Zeitungen gab und das Blatt auch interessant bleiben musste, damit das Publikum nicht zur Konkurrenz abwanderte. Dies sind alles Fakten, die man berücksichtigen muss, wenn man eine Zeitung als Quelle benutzt. Allerdings ist die Zeitung eine wichtige Quelle für die lokale Geschichte. Neben der Badener Zeitung gab es als lokale Zeitschrift noch die Neue Badener Nachricht und das Badener Volksblatt. Berichte über Baden finden sich aber auch in anderen Zeitungen wie zum Beispiel in der Reichspost.

### **6.2.1 Aufbau der Zeitung**

Auf der ersten Seite der Badener Zeitung befinden sich die Schlagzeilen des Tages. Wichtige Themen wie die Gemeinderats- beziehungsweise Gemeindetagssitzungen findet man meist ebenfalls auf der Titelseite.

Die Struktur der Seiten ist allerdings für heutige Leser gewöhnungsbedürftig. Die erste Seite ist fast immer ab der Hälfte geteilt und behandelt im unteren Teil meist sehr „neutrale“ Themen wie Reisen und Erinnerungen aus vergangenen Tagen, die auf der nächsten Seite wieder fortgesetzt werden, wenn der Text nicht auf eine Seite passt. So kommt es vor, dass ein begonnener Artikel unter mehreren anderen weiterläuft. Zwischen den Artikeln gibt es oft noch einen Werbebanner, meist für Lebensmittel, zum Beispiel von der Firma Knorr, oder für Genussmittel wie Kaffee, aber auch für lokale Geschäfte.

---

<sup>485</sup> Christoph Wieser, *Badens braune Vergangenheit*, 28

Bis 1935 folgten auf diese langen Artikel die Kurgästelisten, Mitte des Jahres 1935 wurde die namentliche Auflistung der Kurgäste eingestellt.

Danach kommt – der Aufbau ändert sich über die Zeit nie – der Teil mit dem „Tagesgeschehen“. Unter dieser Rubrik veröffentlicht die Badener Zeitung Verschiedenes: Alltägliches, Ankündigungen von Konzerten und Bällen, aber auch Unfälle und Kurioses. Regelmäßig sind kirchliche Ereignisse wie Hochzeiten oder Messen eingetragen. Dasselbe gilt für die jüdische Kultusgemeinde, die in beinahe jeder Ausgabe bis zum Einmarsch der Nationalsozialisten zur Gebetsstunde lud.

Weiters folgen Gerichtssaalberichte und/oder Interessantes aus der Umgebung. Leserbriefe, wie wir sie heute aus Zeitungen kennen, gab es damals in der Badener Zeitung selten, sie waren unter dem Titel „Eingesendet“ zu finden. Die Kino-, Theater- und Radioprogramme gefolgt von den Sportnachrichten sind die nächsten Kategorien. Den Abschluss machen die Werbungen für lokale Geschäfte oder Weinbauer. Danach folgen die Annoncen für Arbeitsstellen und ganz unten steht noch oftmals der Verleger und Inhaber der Zeitung.

## 7 Interviews

### 7.1 Baden

Name: Maria Grill

Geboren: 1915

Aufgewachsen in: Baden

1934 war sie 19 Jahre alt.

Wohnhaft 1933 – 1938: Waltersdorferstraße 10 auf Zimmer-Küche-Kabinett

Geschwister: insgesamt fünf Kinder, ein Bub und vier Mädchen

Beruf des Vaters: im Gaswerk in Baden bei einer Zwölf-Stunden-Schicht, aber relativ gut bezahlt

Die Mutter war Hausfrau.

Beruf der interviewten Person: Floristin

1929 beendete Maria Grill die Bürgerschule und begann ihre Lehre als Floristin. Sie erinnert sich, dass es viele Arbeitslose gab, aber dass es „politisch noch ruhig war“. Erst Anfang der Dreißiger, als die Not größer wurde, begann es, unruhiger zu werden. Maria Grill aber hatte das Glück, dass sie immer Arbeit hatte und durch ihr Trinkgeld auch ihren ausgesteuerten Bruder und die durch ihre Behinderung arbeitslose Schwester unterstützen konnte. Politisch war sie nicht sehr interessiert und ihr Vater betonte immer wieder, Hände und Hirn seien wichtig. Sie erinnert sich, dass „das mit den Nationalsozialisten nach dem Dollfuß-Attentat erst richtig losgegangen war“. Zwar trugen die illegalen Nationalsozialisten die Abzeichen verdeckt, aber immer wieder tauchten Plakate auf. Sie wusste, dass jeder Nazi eine eigene Nummer hatte und es nachts zu Zusammentreffen im Geheimen kam.

Das Jahr 1934 hatte aus ihrer Sicht keine großen Auswirkungen auf ihren Alltag, der größtenteils mit Arbeit ausgefüllt war. Um 06:30 Uhr ging es los. Der Arbeitstag dauerte bis 20:00 Uhr, am Sonntag von 07:00 Uhr bis Mittag, aber oft kam sie später heim. Sie erinnert sich, dass ihr sonntägliches Mittagessen oft schon verkocht war, weil sie es fast nie rechtzeitig nach Haus schaffte. Die Bezahlung war gut, aber Urlaub hatte sie so gut wie keinen, obwohl ihr zwei Wochen zugestanden hätten. Der Chef kam oft schon nach zwei Tagen und wollte, dass sie zumindest für ein paar Stunden arbeitete. Nein sagen konnte sie nicht und einen Jugendschutz gab es noch nicht. Sie machte ihre Lehre in zwei Jahren und nicht in drei, da sie aus finanziellen Gründen nicht in die weit weg gelegene Binderschule gehen konnte und alles mittels Fernunterricht erlernte. Ihr „gutes Trinkgeld“ als Floristin erwähnt Frau Grill öfters. Sie hatte für damalige Verhältnisse mit ihrem Beruf auch Glück, wie sie selbst sagt. Schneiderinnen, so erinnert sie sich, bekamen nur 16 Schilling in der Woche und bei den Friseurinnen war das Trinkgeld schon im Lohn eingerechnet.

Gut erinnert sich Frau Grill noch an die vielen Verordnungen, die das Leben oft erschwerten und nicht erleichterten. Was genau das für Verordnungen waren, weiß sie nicht mehr. „Eine Diktatur eben.“ Auch für ihre Eltern hatte sich kaum etwas geändert.

Auf die Frage, an welche besonders einprägsamen Erlebnisse sie sich erinnern könne, fällt Frau Grill zuerst nur das Dollfuß-Attentat ein, dann aber erinnert sie sich noch an das Begräbnis von Fischer-See.

Frau Grill erklärt, sie hätte nicht die Zeit gehabt, um sich der Politik zu widmen, und schon gar nicht das Interesse. Wenn Zeit war, fand man Erholung bei Spaziergängen im Wald. Und wenn es finanziell möglich war, ging sie mit ihrer Mutter und ihrer Schwester ins Kino. Zuerst gingen sie ins Theater. Die Stehplätze kosteten aber so viel wie die günstigsten Kinositzeplätze. So ging man ins Kino. Ihre Mutter sagte immer: „Besser schlecht gegessen als gut gestanden.“ Alleine, so berichtet Frau Grill, hätte sie sich schon bessere Karten leisten können, aber sie hätte es nicht über das Herz gebracht, alleine dem Vergnügen des Kinos zu fröhnen, und so saß man zu dritt in der Klavierreihe (die erste und schlechteste Reihe neben dem Klavier).

Von Veranstaltungen bekam sie nur wenig mit. Auch an die so gerühmte Beethovengemeinde und das Beethovenfest erinnert sie sich nicht.

Je näher das Jahr 1938 rückte, erinnert sich Maria Grill, desto mehr hörte man „hinter vorgehaltener Hand: ‚Hitler kommt.‘“

Auf die Frage nach der Polizeipräsenz – immerhin lebte man in einer sehr stark von der Regierung kontrollierten Zeit – antwortete sie, dass es zwar Ansätze einer Polizeikontrolle gab, aber die Nationalsozialisten einfach stärker gewesen seien.

Am 13. März 1938, dem Tag des Einmarschs, war sie zufällig in Wien, da sie für ihre erkrankte Schwester eingesprungen war. Die Familie, bei der ihre Schwester damals gearbeitet hatte, waren Nationalsozialisten und Maria Grill fiel auf, dass sie sehr hektisch waren. Sie geht davon aus, dass diese als Mitglieder schon mehr wussten als der Rest der Bevölkerung.

## 7.2 Traiskirchen

Name: Theresa Drexler

Geboren: 1926

Aufgewachsen in: Möllersdorf

1934 war sie acht Jahre alt.

Wohnhaft 1933 – 1938: Möllersdorf Hauptplatz

Geschwister: keine

Beruf der Eltern: Fleischhauer mit eigenem Geschäft

Vater: Fleischhauer und Fuhrwerker

Mutter: im Geschäft

Theresa: Schülerin (Volksschule Möllersdorf und Hauptschule Traiskirchen)

Frau Drexler erinnert sich, dass sie 1932 in die Volksschule eingetreten war und sie in der ersten Klasse insgesamt 48 SchülerInnen waren. Sie hatten eine sehr junge Lehrerin und zum Nikolaus bekamen alle ihren ersten Federstil in den Landesfarben Rot-Weiß-Rot, der aber so dick war, dass sie ihn kaum halten konnten. Auf die Frage, ob auch sie ein Abzeichen der Vaterländischen Front tragen musste, meinte Frau Drexler: „Ja, aber das war nicht schlimm. Das trugen wir doch gerne.“ Für sie und, wie sie sagte, ihre Mitschüler war das mehr „ein Schmuck.“ In der zweiten Klasse bekamen sie dann den „Herrn Oberlehrer“, der gleichzeitig der Bürgermeister von Traiskirchen war, Herrn Johann Schuster, als Lehrer. (Sein Amt als Bürgermeister verlor er 1934, da er Sozialdemokrat war.)

Die Nachmittage verbrachte sie unter der Aufsicht einer jungen und einer alten Dame bei dem katholischen Verein „Frohe Kindheit“, wo sie für zehn Groschen die Woche spielen und lernen konnten. Heute ist an der Stelle der Pfarrsaal von Möllersdorf. Für sie als Kind hatte sich mit 1934 wenig geändert. 1936 kam sie in die Hauptschule. Dass man ins Gymnasium ging, sei nicht üblich gewesen. Auch die Einserschüler gingen in die Hauptschule in Trais-



kirchen. Aber auch hier merkte man wenig. Wirkliche Veränderungen kamen erst mit 1938. Hatte man bis dahin am Morgen gebetet, so musste nun einer ein Lied anstimmen, aber kein kirchliches. Da man im Gesangsunterricht immer mehr politische Lieder lernte, waren es dann auch hauptsächlich politische Lieder, die gesungen wurden.

Vor 1938 gab es viele Arbeitslose, weshalb man, wie Frau Drexler meint, Hitler auch so zujubelte. Sie erinnert sich, dass einige wie sie ihre Hefte und Bücher selbst kaufen mussten. Kinder von armen beziehungsweise arbeitslosen Eltern bekamen diese von der Schule. Die Hefte mussten aber, wenn sie vollgeschrieben waren, wieder zurückgegeben werden und der Lehrer zählte nach, ob auch alle Blätter vorhanden waren.

Die Leute hatten in den Lebensmittelgeschäften viele Schulden. Am Monatsanfang zahlten sie einen Teil, aber schon am Ende der Woche wurde wieder angeschrieben. Der Händler aber musste die Waren bar bezahlen. Da ihre Familie selbst ein Geschäft hatte, erinnert sich Theresa Drexler an dieses Problem. Nach 1938 war das vorbei. Die Menschen hatten wieder eine Arbeit und konnten ihren Kindern das damals „ultimative“ Geschenk, ein Fahrrad, machen. Theresa Drexler erinnert sich, dass die Schule dann mehr Radständer brauchte, weil so viele mit den Rad fuhren. Von Möllersdorf zur Traiskirchner Hauptschule geht man gut 20 Minuten zu Fuß. Im Winter wurde nicht so gut geräumt wie heute und durch die Felder gab es auch wenig Wind- und Wetterschutz.

Bei der Zwischenfrage, ob in den Dreißigern getauscht wurde, wenn man nicht zahlen konnte – immerhin befand (und befindet) sich Traiskirchen doch in einer bäuerlichen Gegend –, sagt sie, dass das erst nach 1945 aufkam.

Die Lebensmittel waren eigentlich nicht so teuer, aber ein Hilfsarbeiter bekam nur 15 – 17 Schilling in der Woche. In der Spinnerei war es mit 25 Schilling schon besser. Die Preise für die Lebensmittel waren alle in Groschen. Sie glaubt, sich zu erinnern, dass selbst das Schnitzfleisch unter einen Schilling kostete. Sicher ist sich Frau Drexler, dass eine Semmel sieben Groschen und mit zwei Radeln Extrawurst zehn Groschen kostete.

Dadurch, dass ihre Eltern eine Fleischerei hatten, ging es ihnen doch ein wenig besser und es kam nicht zu größeren Veränderungen. Da der Vater auch die Fuhrwerkdienste machte, hatten sie immer ein Auto und eines der drei Telefone in Möllersdorf, neben der Post und dem Kaufmann. In Traiskirchen gab es mehr Telefone, aber wie viele, weiß sie nicht so genau.

Die Eltern haben natürlich geredet, etliche wurden eingesperrt und kamen nach Wöllersdorf. Vor allem „Soziale“ und Nazis, das hat sie des Öfteren gehört.

Theresa Drexler erinnert sich an das Dollfuß-Attentat. Als Kind tat ihr Dollfuß leid, weil, wie sie sagt, „da einfach einer kam und ihn umgebracht hatte.“ Den Grund hat sie damals noch nicht verstanden.

In der Schule lernten sie ein Dollfuß-Lied, aber der Großteil der Menschen war sozialistisch eingestellt, auch in der Dollfuß-Zeit. Schon davor war es nicht einfach mit dem Kirchengehen gewesen, da dahinter immer eine politische Einstellung vermutet wurde. Das änderte sich auch ab 1934 nicht, obwohl die Regierung der Kirche positiv gegenüberstand. Man hetzte die Kinder schon von zu Haus aus dagegen auf. Die, die im Verein „Roter Falke“ (hier ist sie sich nicht ganz sicher, ob die Bezeichnung korrekt ist) waren, den es auch, wie sie fälschlicherweise meinte, nach 1934 gab, beschossen andere Kinder, die in die Kirche gingen, mit Steinen und auch die Fronleichnamsprozessionen waren problematisch. Die Menschen in Industriegebieten wie Traiskirchen waren der Kirche gegenüber feindlich eingestellt. Es war nicht so wie heute, erklärte Frau Drexler. Die einzelnen Menschen hatten einen richtigen persönlichen Hass aufeinander, und das nur deshalb, weil sie unterschiedliche Gesinnungen hatten.

Von den Heftchen mit Stickern für den Kirchengang, von denen Herr Schlögl berichtete, hatte sie gehört, hatte selbst aber keines gehabt.

Sie erinnert sich an eine Musikkapelle, die 1919 gegründet und nach dem Krieg zur Stadtkapelle wurde. Damals übten sie dort, wo heute die Trafik ist (Ecke Broschekplatz), im ersten Stock. Zu dieser Zeit war es ein Gemeindesaal. Ein- bis zweimal die Woche übten die Musikanten und im Sommer, wenn die Fenster offen waren, dann tanzten die Leute unten mit. Ein Radio hatte kaum einer. Frau Drexlers Familie hatte ein Radio, aber seit wann, das weiß sie nicht mehr so genau. Ab 1934 hatten sie sicher eines.

In den Dreißigerjahren gab es noch sehr viele kleine Lebensmittelgeschäfte. Sie schätzt zehn Stück mindestens, zwei Milchgeschäfte und drei Fleischhauer. Gelebt hat man mehr schlecht als recht. Die Konkurrenz war hoch. Jeder wollte günstiger sein, um die Kunden zu haben, aber die konnten oft gar nicht bezahlen.

Da ihre Familie eine Fleischerei besaß, kennt sie auch die damit verbundenen Probleme. Neben dem Geld war auch die Kühlung schwieriger als heute. Das Kühlhaus wurde mit Eisblöcken gekühlt. Lieber sagte man den Kunden, dass man dies oder jenes nicht hatte, bevor man öfters als nötig die Tür öffnete. Als ihre Eltern 1932 die elektrische Kühlanlage bekommen hatten, schrieben sie es sogar auf die Reklame. Man hatte als Fleischer auch

sonntags bis Mittag offen, da viele damals keinen Eiskasten (heute sagt man Kühlschrank) hatten, das Fleisch aber kühl gelagert werden musste.

Damals gab es in Möllersdorf noch viele „richtige“ Bauern, wie Frau Drexler es ausdrückt, mit Tieren und Äckern. Es gab für alle nur eine Dreschmaschine, die einer nach dem anderen zum Ernten bekam. Nach 1945 kam es hier zu einer schnellen Entwicklung, so kam es ihr jedenfalls vor. Sie meint, dass sich von 1900 bis zum Krieg in der Landwirtschaft wenig getan hatte, aber nach 1945 kam es zu einer raschen Modernisierung.

Theresa Drexler erinnert sich auch, dass Möllersdorf keinen eigenen Pfarrer hatte; der kam extra aus St. Gabriel. Die Kirche war die ehemalige Strafgefangenenkapelle. Früher, vor ihrer Zeit, hatte es in Möllersdorf ein Gefängnis gegeben. (Die Strafgefangenenkapelle ist hinter der heutigen Feuerwehr.)

Dort, wo heute in etwa die Kirche steht, war einst ein „Glockenhäusel“. Daneben waren Bänke, auf denen die Arbeitslosen ihre Zeit verbrachten. Da diese oft und heftig politisierten, nannte man den Platz scherzhaft „Das Parlament“. Wir, die Kinder, so berichtet Theresa Drexler, spielten dort oft Eckerlgucken oder, da die Straßen noch nicht asphaltiert waren, Kugelscheiben.

Sie wohnte auf Zimmer-Küche. Das Klo war über den Hof und zuerst hatten sie vor der Küche noch einen Brunnen, später eine Wasserleitung. Zum Wäschewaschen ging man an den Mühlbach, damit man sich das Wasserschöpfen ersparte. Die Fabrikwohnungen hatten das Wasser am Gang.

Auf die Frage, wie das mit dem Heizen war, antwortet Theresa Drexler, dass ihrer Meinung nach keiner gefroren hat. Es gab im Wald genug Kleinholz, das man aufsammeln konnte. Man war nicht so verschwenderisch wie heute.

Dort, wo heute der Supermarkt SPAR steht (B17, Kreisverkehr Traiskirchen), war früher Sumpfgebiet, das im Winter zufror und auf dem die Menschen kostenlos eislaufen konnten. Später kam dann etwas weiter weg eine Kunsteislaufbahn, die etwas kostete. Im Kino war sie als Kind nicht. Ihre Eltern schon. Sie war auch bei keinem Verein Mitglied.

Die Vaterländische Front setzte sich nie durch, erinnert sich Frau Drexler. Dazu hatte man in Möllersdorf zu viele Kommunisten. „Es hieß immer“, erzählt sie, „bei uns in Traiskirchen gäbe es mehr Kommunisten als in ganz Tirol. Wir wurden Klein-Moskau genannt.“ In der NS-Zeit wurden einige eingesperrt, wie Frau Hasnörl (Schreibweise nicht bekannt), und Herman sei enthauptet worden. Die Interviewte berichtet, dass er Hečman geheißen habe. Von

den Nazis hörte man erst ab 1936 vermehrt und viele Kommunisten liefen mit 1938 auch zu ihnen über.

Name: Franz Schlögl

Geboren: 1928

Aufgewachsen in: Traiskirchen

1934 war er sechs Jahre alt.

Wohnhaft 1933 – 1938: Traiskirchen

Geschwister: keine

Beruf des Vaters: Semperit

Mutter: Hausfrau

Franz: Schüler (Volksschule Traiskirchen)

Herr Schlögl berichtet, dass er bis 1938 nur wenige Erinnerungen hat. „Nur das, was man als Kind so mitbekommt.“ Der große Kampf um die Arbeit, dass viele ausgewandert sind. Die Vaterländische Front hatte einen großen Einfluss. Sie trugen Abzeichen in Rot-Weiß-Rot. Man sollte „einig sein“. Wer es nicht trug, wurde vom Lehrer unter Druck gesetzt. Viele Schüler trugen aber auf der Rückseite schon das Hitler-Abzeichen.

Der Vater hatte zum Glück in der Semperit Arbeit. Durch das Doppelverdienergesetz war seine Mutter zu Hause. Der Lohn des Vaters reichte jedoch, um die Familie halbwegs zu versorgen.

Herr Schlögl erinnert sich daran, dass, als man 1934 in Wien schoss, man es bis Traiskirchen hörte. An jenem Abend kam sein Vater von der Arbeit heim und sagte: „Jetzt wird's brenzlig.“ Am nächsten Tag stand die Polizei bei ihnen vor dem Haus zur Durchsuchung. Der Vater war beim Schutzbund gewesen und auf der Liste verzeichnet. Zwar war der Schutzbund seit 1933 verboten, lebte jedoch illegal weiter.

Auch im Gemeinderat musste man die Abzeichen tragen, sonst verlor man seinen Posten, erinnert er sich. „Das war unter Hitler genauso.“ Die Kirche hatte 1934 – 1938 großen

Einfluss, erzählt Herr Schlögl. Ihn als Protestant betraf das wenig, aber seine Frau erzählte ihm, dass man jeden Sonntag in die Kirche musste. Dafür gab es extra einen Ausweis mit „Pickerl“ und die Kinder, die am Montag keinen weiteren Sticker im Ausweis hatten, wurden vom Lehrer gerügt.

Unter Bürgermeister Ferschner wurden viele Plätze umbenannt. So wurde der Hauptplatz in Möllersdorf zum Broschekplatz umgetauft. In Wienersdorf gab es eine Brunnerstraße. Nach dem Dollfuß-Attentat wurde der Sokofplatz (?) in Dollfußplatz umbenannt, später in Rennerplatz. Unter Hitler wurde jeder Hauptplatz zum Adolf-Hitler-Platz.

Franz Schlögl war später bei der Gemeinde Traiskirchen tätig, wo er vor allem mit Baupläätzen und Straßen zu tun hatte. Außerdem ist er selbst sehr an Geschichte interessiert und ist heute noch im Traiskirchner Archiv tätig.

### 7.3 Resümee zu den Interviews

Deutlich wird, wenn man die Interviews vergleicht, wie unterschiedlich die Ereignisse wahrgenommen wurden. Sogar Situationen, die mehr oder weniger identisch sind, zeigen sich in jeder Erzählung anders – sei es beim Kirchengang oder beim Tragen der Abzeichen. Während Herr Schlögl davon berichtete, dass viele Buben bereits auf der Rückseite das Abzeichen der Nationalsozialisten trugen und gerne damit angaben, berichtete Frau Drexler, dass sie (und auch ihre Mitschüler, wie sie meinte) die Abzeichen gerne trugen. Je nachdem welchem politischen Milieu der oder die Interviewte angehörte, wurden Ereignisse unterschiedlich wahrgenommen und bewertet.

Bei der Badener Probandin kommt noch dazu, dass sie im Gegensatz zu den Traiskirchner Probanden wesentlich älter war und ihr Leben damit in ganz anderen Bahnen verlief und sie daher auch ganz andere Prioritäten und Probleme hatte – sei es der Erhalt ihres Arbeitsplatzes oder die Unterstützung der Geschwister. Darüber hinaus zeigt sich auch die persönliche Einstellung der einzelnen Personen. Während Frau Grill eher familienbezogen lebte, ist Frau Drexler eine kontaktfreudige Person, die auch durch das Geschäft ihrer Eltern immer sehr gut informiert war, ebenso wie Herr Schlögl, dessen persönliches Interesse an der Geschichte Traiskirchens sicher auch eine Rolle spielt. Nicht zu vergessen ist der regionale Unterschied: Baden war doch eine Kurstadt, während man in Möllersdorf/Traiskirchen doch ländlicher lebte und viel über Mundpropaganda weitererzählt wurde.

Ein richtiger Vergleich zwischen den drei Interviewten ist nicht möglich, dafür bekommt man einen guten Einblick in die persönlichen Erlebnisse aus der Zeit.

## 8 Abstract

Die Schwerpunkte dieser Diplomarbeit sind die wirtschaftliche und politische Situation im Raum Baden zwischen 1933 und März 1938. Als Fallbeispiele dienen dazu die beiden Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen, die in insgesamt drei großen Kapiteln bearbeitet werden.

Der große Vorteil an den Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen als Fallbeispiele ist, dass sie trotz ihrer Nähe zueinander so unterschiedlich sind. In der Stadtgemeinde Baden, die als Kurort sehr bekannt ist, lebte in den 1930er-Jahren das Bürgertum und man war traditionell christlich-sozial. Traiskirchen hingegen war weitgehend eine Bauern- und Arbeitergemeinde mit einigen bekannten Unternehmen wie zum Beispiel der Gummireifenerzeugung Semperit.

Ausführlich geht diese Diplomarbeit auf die wirtschaftlichen Probleme ein, unter denen beide Stadtgemeinden infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 litten. In Baden blieben die Gäste aus und in Traiskirchen mussten die Unternehmen ihre Produktivität drosseln. In beiden Orten bemühte sich die Gemeinde, die Wirtschaft wiederzubeleben. Die Kurstadt Baden hatte neben dem Gästeverlust noch das Problem, dass es viele Kurorte gab. Daher setzte der Badener Bürgermeister Josef Kollmann auf Veranstaltungen und das 1934 erbaute Casino, um sich von den anderen Kurorten abzuheben und somit für Gäste aus aller Welt interessant zu werden – ein Plan, der allerdings nur teilweise aufging. Der Traiskirchener Bürgermeister hatte diese Möglichkeiten nicht. Feste dienten in erster Linie dazu, den Menschen den tristen Alltag zu erleichtern und der Propaganda. Mit einem Gemeindewohnungsbau 1936 versuchte Traiskirchen, einerseits Arbeitsplätze zu schaffen und andererseits den Familien Arbeitsloser ein Zuhause zu sichern.

Die Politik, das zweite große Kapitel dieser Arbeit, zeigt erneut, wie unterschiedlich die beiden Gemeinden sind. Wie oben angedeutet hatte Baden schon vor dem autoritären Regime einen christlich-sozial dominierten Gemeinderat. Daher änderte sich im Gemeinderat die Besetzung nur teilweise. In Traiskirchen hingegen, das zuvor einen sozialdemokratischen Bürgermeister hatte, kam es zu einer kompletten Neubesetzung des Gemeinderats, der nach 1934 in Gemeindetag umbenannt worden war.

Trotzdem spürten beide Gemeinden die einschränkenden politischen Veränderungen. Hier gibt es vor allem von Baden gute Aufzeichnungen. In Traiskirchen brannte das Archiv im Zweiten Weltkrieg ab, sodass nur sehr wenig aus den Jahren 1933 – 1938 erhalten ist.



Das letzte große Kapitel in dieser Arbeit beschäftigt sich mit Themen, die im Kontext zu den beiden Schwerpunkten stehen, aber noch nicht weiter behandelt wurden. Dazu gehören die katholische Kirche, die zu Beginn hinter Dollfuß stand, und die Situation der Juden und Jüdinnen, die zunehmend antisemitischen Angriffen ausgesetzt waren. Außerdem beschäftigt sich das Kapitel mit den wirtschaftlichen und propagandistischen Aufgaben der Veranstaltungen. Den Abschluss macht der Verkehr, dessen Entwicklung vor allem für Baden eine Rolle spielte, da die verbesserten öffentlichen und privaten Verkehrsmittel die Anreise erleichterten, aber auch Lärm mit sich brachten.

Im abschließenden Resümee werden die erarbeiteten Daten zusammengefasst und bewertet. Außerdem werden die beiden Stadtgemeinden, die als Fallbeispiele dienten, einander gegenübergestellt und die wichtigsten Aspekte beziehungsweise die auffälligsten Unterschiede hervorgehoben.

Eine Liste von Vereinen, die nach 1945 wieder neu gegründet wurden, findet sich im Anhang ebenso wie drei zusammengefasste Interviews mit Personen aus den Stadtgemeinden Baden und Traiskirchen, die über ihre Erinnerungen an jene Zeit aus ihrer ganz persönlichen Sicht erzählen.

## 9 Abstract (englisch)

This thesis deals with the time of the Dollfuß-Schuschnigg era between 1934 and March 1938 in the Austrian region of Baden.

The city of Baden itself as well as Traiskirchen are used as case studies. The main aspects discussed in this thesis are politics and economics. Baden and Traiskirchen were chosen as exemplary cities as they are located close to each other yet are very different in political and economic terms. At that time, Baden was an exclusive spa town with a Christian-Catholic mayor, and Traiskirchen was an industrial town with a social democratic mayor. This is also the reason why the development and the possibilities of these two cities differ as well. In Traiskirchen, almost all members of the city council were replaced, and there were less economic possibilities since most people worked in the big factories which faced numerous economic problems. In contrast, most of the members of Baden's council remained in their position after 1934, and Josef Kollmann was still the mayor of Baden. The spa town had to come to terms with the same economic problems as Traiskirchen, however, it had more possibilities to do so. Mayor Kollmann achieved the opening of the casino in order for the town to become more attractive for tourists. Still, Baden was not able to stabilize the economy in the long term either.

A third main chapter of this thesis focuses on other central aspects such as religious groups, events, and public and private traffic, which were especially important for Baden.

In the conclusion, the findings are summarized and evaluated.

In the appendix, a list of the clubs which have been newly founded after 1945 and summaries of interviews with contemporary witnesses can be found.

## 10 Literatur- und Quellenverzeichnis

### 10.1 Literatur

Irene *Bandhauer-Schöffmann*, Der „Christliche Ständestaat“ als Männerstaat? In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 254-280

Julius *Böhheimer*, Straßen & Gassen in Baden bei Wien, Baden 1997

Julius *Böhheimer*, Vereine von Baden bei Wien, Badener Presse Club 2001

Josef *Ehmer*, Die Kommunistische Partei Österreich. In: Emmerich Tálos, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 218–230

Kornelius *Fleischmann*, Baden 1918 – 1948. 30 Jahre im Spiegel der Badener Zeitung, Baden 1979

Konrad *Fuchs*, Heribert *Raab*, Wörterbuch Geschichte, München<sup>13</sup> 2002

Winfried R. *Garscha*, Kommunisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945 Band1, Wien 1987, 160–419

Gertrud *Gerhartl*, Sozialisten. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945 Band1, Wien 1987, 31–159

Ernst *Hanisch*, Der Politische Katholizismus als ideologischer Träger des „Austrofaschismus“. In: Emmerich Tálos, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933 – 1938, Wien <sup>5</sup>2005, 68–87

Friedrich *Hink*, Franz *Schlögl*, Die Stadt Traiskirchen, Traiskirchen 1977

Friedrich *Hink*, Die Stadt Traiskirchen, Manuskript

Hans *Hobik*, Gerhard *Reicheberger*, Viktor *Wallner*, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 3. Jahrgang Nummer III: 100 Jahre Trabrennverein zu Baden bei Wien (Baden) 1934 – 1994

Gerhard *Jagschitz*, Die Nationalsozialistische Partei. In: Emmerich Táló, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 231–244

Walter Kleindel, Die Chronik Österreichs, Dortmund 1984

Angelika *Königseder*, Antisemitismus 1933–1938. In: Emmerich Táló, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 54–65

Alexander *Lassen*, The Foreign Policy of the Schuschnigg Government 1934–1938: The Quest for Security. In: Günter Bischof, Anton Pelinka, Alexander Lassen (Hg.), The Dollfuß/Schuschnigg Era in Austria, New Jersey 2003, 163–186

Nikola *Langreiter*, Niederösterreich Tourismus 1918–1995. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert Bd. 2: Wirtschaft, Wien 2008, 123–163

Oskar *Lehner*, Verfassungsentwicklung. In: Emmerich Táló, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 45–58

Wolfgang *Maderthaner*, Die Sozialdemokratie. In: Emmerich Táló, Herbert Dachs, Ernst Hanisch, Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 177–194

Siegfried *Mattl*, Die Finanzdiktatur. In: Emmerich Táló, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 202–221

Waltraud *de Martin*, Die Weilburg in Baden. Entstehung und Geschichte, Baden 1978

Gerhard *Melinz*, Fürsorgepolitik(en). In: Emmerich Táros, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 238–253

Klaus-Dieter *Mulley*, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“? Die Heimwehr in Niederösterreich. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik, Wien, Köln, Weimar 2008

Erich Novak, Der Autobusbetrieb der Wiener Lokalbahn AG. Von 1929–2000, Eigenverlag Novak 2000

Hugo *Portisch*, Österreich I. Die unterschätzte Republik. Ein Buch zur gleichnamigen Fernsehdokumentation von Hugo Portisch und Sepp Riff, Wien<sup>2</sup> 1989

Josef *Prinz*, Politische Herrschaft in Niederösterreich 1918–1938. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert, Bd. 1: Politik, Wien, Köln, Weimar 2008, 73–102

Thomas E. *Schäfer*, Jüdisches Leben in Baden. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Wien 2005

Maren *Seliger*, Führungsprinzip und berufständische Vertretung auf kommunaler Ebene?. In: Emmerich Táros, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik– Ökonomie– Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 162–178

Gerhard *Senft*, Anpassung der Kontraktion. In: Emmerich Táros, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik– Ökonomie– Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 182–201

Hans *Sternhart*, Dr. Hans *Pötschner*, Hundert Jahre Badner Bahn. Die Geschichte der Badner Straßenbahn und der Lokalbahn Wien – Baden, Wien 1973

Emmerich *Táros*, Sozialpolitik im Austrofaschismus. In: Emmerich Táros, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 222–237

Emmerich *Tálos*, Walter *Manoschek*, Aspekte der politischen Struktur des Austrofaschismus. In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 124–161

Emmerich *Tálos*, Walter *Manoschek*, Zum Konstituierungsprozess des Austrofaschismus. In: Emmerich *Tálos*, Wolfgang Neugebauer (Hg.), Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien <sup>5</sup>2005, 6–25

Stadtgemeinde Traiskirchen (Hg.), Die Stadt Traiskirchen 2007. Festschrift, zur Erinnerung an die Stadterhebung am 30. Mai 1927, Traiskirchen 2007

Theodor *Veiter*, Das 34er Jahr. Bürgerkrieg in Österreich, Wien 1984

Sigrid *Wadauer*, Ökonomie und Notbehelfe in den 1920er und 1930er Jahren. In: Stefan Eminger, Ernst Langthaler (Hg.), Niederösterreich im 20. Jahrhundert Bd. 2: Wirtschaft, Wien 2008, 537–573

Viktor *Wallner*, Badener Betrachtungen: Ausgewählte Reden, Baden 1987

Viktor Wallner, Kaiser, Kuren und Kommandos. Baden von 1804 bis 1918, Baden 1999

Viktor Wallner, Neue Badener Blätter. Unterhaltsames und Wissenswertes aus dem Kurort Baden bei Wien. 5. Jahrgang, Nummer III: Das Spielcasino Baden 1934 – 1994, Baden

Otto *Wolkersdorfer*, Josef Kollmann. Politiker der Verständigung. Eine Biographie, ungedr. geisteswiss. Dipl. Wien 1993

## 10.2 Quellen

### *Zeitungen*

Badener Zeitung

Neue Freie Presse

Reichspost

Bezirksblatt

### *Statistiken*

Statistik des Bundesstaates Österreich Volkszählung von 22. März 1934

### *Bücher und Manuskripte*

#### *Im Badener Stadtarchiv*

Christoph Wieser, Badens braune Vergangenheit, Baden o.J., ungedrucktes Manuskript

Hans Meissner, Josef Kollmann. (1868–1951) Bürgermeister von Baden, Baden 2000

#### *Im Diözesanarchiv Wien*

Johann Ressel, 60 Jahre Priester, Baden 1994

Johann Ressel: Geschichte der Pfarre Baden St. Christoph, Baden maschinschrift. Manuskript  
1990

## 10.3 Archivquellen

### *Badener Stadtarchiv*

Die öffentlichen und geheimen Gemeinderatsprotokolle der Stadtgemeinde Baden 1933–1938

*Traiskirchener Stadtarchiv*

Dokumente und Dokumentsfragmente des Traiskirchener Archivs

*Traiskirchener Museum*

Liste der Verhaftungen von Schutzbündlern aus Traiskirchen

*Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien*

Chronik der Pfarre St. Stephan Baden

Johann Ressel: Register zu den Akten Pfarre Baden – St. Stephan [im Diözesanarchiv Wien]:  
1851–1953, Baden maschinschriftl. Manuskript 1990

## **10.4 Onlinequellen**

[http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft\\_1933](http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft_1933) Tischtennisweltmeisterschaft  
1933

Stand: 26.2.2010 um 9:01

[http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft\\_1937](http://de.wikipedia.org/wiki/Tischtennisweltmeisterschaft_1937) Tischtennisweltmeisterschaft  
1937

Stand: 26.2.2010 um 9:02

<http://www.buehnebaden.at/spielstatten/geschichte-stadttheater>

Stand: 20.2.2010 um 10:35

[http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD\\_00316/pad\\_00316.shtml](http://www.parlament.gv.at/WW/DE/PAD_00316/pad_00316.shtml) Republik Österreich  
Parlament. Dipl.-Ing. Josef Ferschner,

Stand: 12.2.2010 um 11:57



# **Veronika Lucia Oeller**

## **Persönliche Daten**

Geburtsdatum: 13.05.1984

Staatbürgerschaft: Österreich

Familienstand: ledig

## **Ausbildung**

1990–1994 Volksschule Möllersdorf

1994–1998 Wirtschaftshauptschule Baden

1998–2003 Höhere Lehranstalt Baden für Modemarketing

2003–2004 Wirtschaftsuniversität

Ab 2004 Universität Wien; Lehramt Geschichte und Psychologie/Philosophie

## **Hobbies**

Lesen, Klettern, Jiu Jitsu, Malen, Theater- und Museumsbesuche, Reisen